



Die Kinder der Rückkehr

ERNST BERGER/RUTH WODAK

Der nachfolgende Beitrag hat Kinder jener Eltern zum Inhalt, welche die Zeit des Nationalsozialismus als KommunistInnen bzw. revolutionäre SozialistInnen im Exil, auf der Flucht, im Widerstand, im Untergrund, in den Armeen der Alliierten kämpfend, in den Gefängnis oder im Konzentrationslager interniert überlebten. Diese Gruppe von nun ca. 60- bis 75-Jährigen trifft sich seit 2001 regelmäßig jedes zweite Jahr bzw. seit 2016 jährlich. Sie bilden kein Netzwerk, das sich etwa genaue Ziele und Funktionen vorgegeben hätte. Es geht vielmehr darum, sich auszutauschen und einander weiter als FreundInnen bzw. Bekannte zu begleiten. Diese Gruppe verbinden recht ähnliche Erfahrungen, oft von frühester Kindheit an, im Nachkriegsösterreich, wo die rückkehrenden Eltern – allesamt Opfer des Nationalsozialismus – vielfach nicht willkommen waren. Im Herbst 2011 überlegten wir – die beiden AutorInnen dieses Beitrags –, wie wir eine Gruppe, die sich selbst als „Kinderjause“ bezeichnet, und deren Lebensgeschichten bzw. die erinnerten Geschichten ihrer Eltern systematisch erfassen könnten. Dieser Beitrag beruht auf unserem im März 2018 erschienenen Buch „Kinder der Rückkehr“ (Wiesbaden: Springer 2018). Er gibt einleitend einen Überblick, auf den einige Einzelthemen mit Interviewpassagen (kursiv gesetzt) folgen.

Forschungsfragen

Am Anfang des Projekts standen Fragen, auf die wir nur spekulative Antworten hatten: Wie hatten die Eltern ihren Kindern ihre Erlebnisse und Entscheidungen vermittelt? Was hatten sie überhaupt über die Jahre des NS-Terrors und des Widerstands erzählt? Wie hatten sie den Kindern ihre Rückkehr erklärt? Welche Ziele verfolgten die Eltern, welche Visionen und Werte hatten sie; und haben sie diese weitervermittelt, explizit oder implizit? Wie gingen sie mit dem Schweigen und Leugnen von Kriegsverbrechen im offiziellen Österreich um?

Und wie erlebten die Kinder die nicht selten dogmatischen Einstellungen und Ideologien ihrer Eltern – angesichts des Kalten Kriegs, des Aufdeckens stalinistischer Verbrechen, der Krisen in Osteuropa und der demokratischen Neuerfindung der österreichischen Republik?

Zunächst waren wir uns der mehrfachen, kontroversiellen und ambigen Bedeutungen der Konzepte „Marginalisierung“ und „Vom Rand in die Mitte“ in unserem Projekt-Arbeitstitel nicht bewusst. Wir dachten, es sei für alle eindeutig, dass Marginalisierung in unserem Verständnis keineswegs negativ gemeint war, sondern lediglich als Beschreibung einer Tatsache – nämlich, dass (jüdisch-) kommunistische RückkehrerInnen aus Exil, Widerstand, KZ und Haft in Österreich nach 1945 nicht unbedingt willkommen waren und demnach an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Sie sollten möglichst unsichtbar bleiben, ihr politisches und soziales Engagement sollte verhindert werden.

In unserem Buch kommen vier Generationen zu Wort: in wenigen Fällen die Großeltern der Kinder der Rückkehr, nämlich wenn es gelang, Originaldokumente über sie zu finden. Von der Eltern- generation besitzen wir in manchen Fällen Briefe und andere Quellen; manche hatten Interviews als ZeitzeugInnen gegeben, die wir mit den erzählten Erinnerungen ihrer Kinder in Beziehung setzten. Die im Mittelpunkt stehende Gruppe – die Kinder der Rückkehr – konnten wir selbst interviewen. Die vierte Generation, deren Kinder, zogen wir auch ins Gespräch, denn oftmals erfuhren die Enkel mehr von den RückkehrerInnen als die eigenen Kinder. Insofern ist es uns gelungen, ein recht vollständiges Bild einer bisher in der Öffentlichkeit wie auch in der Forschung vernachlässigten Gruppe innerhalb der österreichischen Gesellschaft zu rekonstruieren: Informationen über und Erinnerungen an aufrechte WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus und Nationalsozialismus, also jene Menschen, die den rassisti-

schen Rattenfängern nicht auf den Leim gegangen waren. Das nicht nur, weil sie teilweise in den Augen des nationalsozialistischen Regimes und dessen Ideologie ohnehin zur Gruppe der Ausgeschlossenen, also der Jüdinnen und Juden gehörten; sondern aus bewusster politischer Einsicht, aus tiefster Überzeugung.

Die RückkehrerInnen wurden, wie auch aus den Interviews ersichtlich wird, häufig als bedrohlich empfunden, da sie im Laufe der NS-Diktatur, des Kriegs und der Shoah vieles gesehen und erlebt hatten, was manche gerne unter den Teppich gekehrt hätten bzw. haben. Keinesfalls wollte das offizielle Nachkriegs-Österreich an die begangenen Kriegsverbrechen, Deportationen und Arisierungen erinnert werden. Außerdem stellten diese RückkehrerInnen und Überlebenden den bekannten österreichischen Nachkriegsmythos vom „ersten Opfer des Nationalsozialismus“ allein durch ihre Anwesenheit in Frage; denn sie waren ZeugInnen dafür, dass es viele österreichische Täter und Mittäter, Mitwisser und Denunzianten unter den Nazis gegeben hatte, viele auch in führenden Positionen. Außerdem brachten die RückkehrerInnen die alternative Vision einer anderen und besseren Welt mit, einer Welt, die den Nachkriegskonsens, vor allem im damals gerade beginnenden Kalten Krieg – so meinten viele – unterminierte, die Vision einer egalitären, antifaschistischen Gesellschaft, getragen von einem klaren und lauten „Nie wieder“. All dies war der hegemonialen Meinung fremd und wurde als gefährlich empfunden.

Erzählte Erinnerungen

„Marginalisierung“ bedeutete in manchen Fällen, wie unsere InterviewpartnerInnen erzählten, von einigen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen zu werden, auch von manchen wichtigen Debatten, Öffentlichkeiten und Karriereoptionen. Der Kalte Krieg ab den 1950er Jahren beruhte darauf, dass es wieder eine klar dichotomisierte Welt gab, in der der Westen als gut und der Osten als

böse galt. Deshalb wurden die Eltern der „Kinder der Rückkehr“ ein zweites Mal ausgegrenzt: ab 1934 als AntifaschistInnen und nach 1945 als KommunistInnen. Subjektiv fühlten sich die „Kinder der Rückkehr“ allerdings zumeist nicht marginalisiert, da sie in einer relativ geschlossenen Gruppe aufwuchsen, gefüttert mit all den Utopien und Wünschen ihrer Eltern und umhüllt von einem Schleier des Schweigens. Denn auch die RückkehrerInnen und Überlebenden erzählten meist wenig. Dennoch übertrugen sich Ängste, Wut und Traumata natürlich in den Familien unbewusst und prägten das Leben der Nachkriegsgenerationen in vielerlei Weise. In unserem Fall das Leben unserer InterviewpartnerInnen und ihrer Kinder, der dritten Generation.

Unsere Interviews zeigen, dass viele KinderjausnerInnen überraschend wenig Konkretes über die Kriegs-, Exil- und Gefangenschafts-Erfahrungen der Eltern wussten. In der dritten Generation hingegen gibt es, wie unsere Fallstudien über drei bzw. vier Generationen hinweg beweisen, einige, die dieses Wissen aktiv vertieft haben – teilweise noch im Gespräch mit den Großeltern, die den Enkelkindern oftmals mehr Details erzählten als den Kindern. Erstaunlicherweise hatten viele aus der zweiten Generation, vor allem Männer, nicht oder nur selten nachgefragt. Die Erzählungen waren, wie unsere Interviewanalysen illustrieren, zumeist nüchtern und berichtartig, mit ganz wenigen Ausnahmen. Eruptiv und unerwartet brachen dann bei manchen KinderjausnerInnen abgespaltene szenische Erinnerungen hervor, meist begleitet von Tränen und Emotionen. Wir ordneten diesen Episoden den Namen „Tränenthemen“ zu und widmeten ihnen ein eigenes Kapitel. Doch weil die Eltern vor allem als KämpferInnen (manchmal auch als HeldInnen) und selten als Opfer erlebt worden waren, fokussierten die Erinnerungen auf den siegreichen Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus und nur selten auf das erlittene Leid, meist recht nüchtern und rational erzählt. Diese Abwehr gegen Emotionen aller Art, die Distanzierung, die viele KinderjausnerInnen durchgemacht haben, trug – so unsere Interpretation – erheblich zur Resilienz der Nachkriegsgeneration bei, gemeinsam mit den Erinnerungen an eine zumeist angenehm erlebte Kindheit – ganz im Gegensatz zu Kindern traumatisierter Holocaust-Überlebender.

Die Frage, warum die Eltern wenig erzählt haben, ist nicht einfach zu beant-

worten; dafür gibt es viele Gründe. Einer davon war sicherlich die Belastungsvermeidung. Die Widerstandsgeneration wollte die Kinder nicht durch Erzählungen über ihre Erlebnisse belasten – so Gundl Herrnstadt-Steinmetz. Sicher standen die Überlebenden auch ganz pragmatisch vor der Frage, was denn das „richtige“ Alter sei, um den Kindern von dieser Zeit zu erzählen, insbesondere, wenn es um Details und um eigene emotionale Betroffenheit ging. Auch Scham und Schuldgefühle werden eine Rolle gespielt haben. Und natürlich hat der Blick nach vorne, die Zukunftsorientierung, die Erzählungen über die Vergangenheit übertüncht, ja das Überleben und Weiterleben überhaupt ermöglicht. Dennoch spürten und spüren Kinder und Jugendliche natürlich auch nicht verbalisierte Gefühle, die oft verdrängt wurden, außer bei den erwähnten „Tränenthemen“: Einzelne Erzählungen stehen dabei für die gesamte Erfahrung, öffnen sozusagen ein metonymisches Fenster in die erlittene Trauer, in Angst und Schmerz, aber auch in die Freude, überlebt zu haben.

Warum haben die Kinder wenig gefragt? Einige fast stereotyp wiederkehrende Erzählungen, die sich zu „Familienromanen“ verfestigt haben, konnten und wollten sie schon nicht mehr hören. Diese Narrative zu entschlüsseln hätte erfordert, die Schranken der Emotionsvermeidung zu überwinden, ja diese aufzubrechen und zu hinterfragen. Darauf haben die meisten verzichtet, aus ganz unterschiedlichen Gründen, wie die Interviewten berichten. Erst die Enkel wurden – Jahrzehnte später – zu GesprächspartnerInnen und zu EmpfängerInnen der Botschaften aus der Vergangenheit. Deshalb sind wir in unseren Analysen mit den Phänomenen der „zeitlosen Orte“ und des „Erzählschleiers“ konfrontiert: Die Eltern haben erzählt, wie sie auf ihrer Flucht oder in ihrer Gefangenschaft von einem Ort zum nächsten gelangten – doch jegliches Zeitgefühl schien verloren. Dies lässt sich damit erklären, dass es beispielsweise in der Gefangenschaft (im KZ oder in einem Gefängnis) ums tägliche Überleben ging; andere Zeit-Ort-Konzepte wurden relevant, andere Chronotope, eine quasi homogenisierte Zeit. Im Exil hingegen war die gesamte Hoffnung auf das Kriegsende und die Befreiung vom NS-Regime gerichtet. Nur einige wenige, wichtige Zäsuren wurden weitererzählt: Wie manche Eltern mit der Information über den Hitler-Stalin-Pakt 1939 – einem für alle KommunistInnen traumatischen Ereignis,

welches das eigene politische Selbstverständnis meist tief erschütterte – umgingen oder umzugehen versuchten; ob und wann man etwas über die in Österreich zurückgebliebenen Verwandten und Freunde erfuhr; oder ab wann und mit welchem Ereignis mit einem Sieg der Alliierten gerechnet werden konnte.

Dem österreichischen Nachkriegsdiskurs entsprechend, treten in den erzählten Erinnerungen auch nur wenige Täter auf. Ganz selten wird beschrieben, wer genau was wem angetan oder wer was verschuldet hatte. Die Täter verschwinden allerdings in diesen Fällen, weil sie nicht mehr wichtig waren, weil die RückkehrerInnen gewonnen hatten – sie hatten ja überlebt! Im hegemonialen öffentlichen Diskurs hingegen verschwanden die Täter nach Kriegsende, weil man die Beteiligung von ÖsterreicherInnen an Kriegsverbrechen und an der Shoah verschweigen wollte. Daher sprachen letztlich alle nach 1945 nur sehr vage von Ereignissen und Aktionen während des NS-Regimes: Man ist *irgendwohin gekommen*, andere sind *umgekommen*, und man ist *zurückgekommen*. Genaues weiß man nicht, sondern *glaubt* sich zu erinnern oder es einmal gehört zu haben. Ein Schleier breitete sich offenbar über ganz Österreich aus, über Opfer, Mitwisser, Zuschauer und Täter. Dieser wurde erst durch ganz bestimmte Ereignisse im Nachkriegsösterreich schrittweise durchbrochen: vor allem durch die Borodajkewycz-Affäre 1965, durch die Waldheim-Affäre 1986 sowie die Wehrmachtsausstellungen 1995 und 2002. An antifaschistischen Demonstrationen und Aktionen im Zuge all dieser Ereignisse nahmen die Kinder der Rückkehr natürlich teil.

Politische Prägungen

In unserem Buch haben wir versucht, den sehr unterschiedlichen, oft fragmentierten Lebensweg einiger KinderjausnerInnen nachzuzeichnen und die Frage zu klären, welchen Einfluss die ereignisreichen, häufig tragischen und kampferefüllten Biografien ihrer Eltern darauf hatten. In unseren Analysen stellte sich schnell heraus, dass es kaum einheitliche Muster gab: Jede/r versuchte auf eigene Art, mit den schwierigen Vergangenheiten und den politischen Haltungen und Überzeugungen der Eltern umzugehen, diese zu verarbeiten und autonome Entscheidungen zu treffen – trotz vieler Gemeinsamkeiten der Sozialisation in Kinder- und Jugendgruppen und vor allem der kommunistischen Utopie. Die Eltern spra-

chen auch selten offen über ihre Einstellungen, die meist latent als eine Art „Auftrag für die eigene Lebensführung und den eigenen Wertekanon“ empfunden wurden. Die Textbeispiele aus den Interviews zeigen das breite Spektrum der Persönlichkeitsentwicklung auf, die sich auf unterschiedliche Bausteine stützt – unterschiedliche Widerstandserfahrungen der Eltern in der NS-Zeit, unterschiedliche Lebensbereiche im Nachkriegs-Österreich und unterschiedliche Persönlichkeiten der Eltern.

Auffallend ist jedoch, dass zwar alle KinderjausnerInnen einer insgesamt linken, fortschrittlichen politischen Gesinnung treu blieben, sich jedoch – mit wenigen Ausnahmen – im Erwachsenenleben nicht öffentlich parteipolitisch betätigten. Die Berufswahl weist bei vielen auf mehr oder weniger großes soziales Engagement hin, in therapeutischen, künstlerischen, journalistischen, wissenschaftlichen und erzieherischen Berufen, oft mit großem Erfolg und herausragenden Leistungen.

Der Zeitgeist in den 1960er und 1970er Jahren wirkte einer generellen beruflichen Marginalisierung der KinderjausnerInnen im Erwachsenenleben entgegen. Denn in der damaligen Aufbruchsstimmung und nach den großen Enttäuschungen aufgrund der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 (und auch schon des Ungarn-Aufstands 1956) durch sowjetische Truppen vereinten sich viele unterschiedliche linke, fortschrittliche Bewegungen in der Suche nach neuen Lebensformen und Ideologien wie auch in der Infragestellung der hegemonialen Gesellschaftsorientierung und der elterlichen Vorstellungen. Auch die KinderjausnerInnen mussten sich neu orientieren. Trotz dieser Neuorientierung kam es nur selten zu einer völligen Anpassung an die hegemonialen Werte. Kompromisse wurden zweifellos – wie in jedem Berufsweg – gemacht; aber nur bis zu einem gewissen Grad. Das subjektive Bild von Widerständigkeit findet sich in den meisten Interviews auch heute. Daher ist die häufige Wahl von Nischen und (mehr oder weniger) selbstständigen Berufen nicht überraschend, denn dort ist der Anpassungszwang geringer. Bei manchen KinderjausnerInnen, deren Eltern auch nach 1968 der KPÖ-Linie folgten, gab es – meist wenig nachhaltige – Konflikte mit der politischen Haltung der Eltern. Der Verlust der Kindheitsvisionen und -utopien war sehr schmerzhaft; geblieben ist vielen eine gewisse Nostalgie und Ambivalenz zu



Kundgebung am 7. Oktober 1962 gegen den Aufmarsch des Kameradschaftsbundes in Berndorf. Der Aufmarsch der Soldatenbündler konnte verhindert werden.

der noch so klaren und ungebrochenen Politik während ihrer Kindheits- und Jugendjahre, trotz aller rationalen Distanzierungsleistungen.

Manche jüdische Kinder der Rückkehr wandten sich im Zuge der Distanzierung von der elterlichen politischen Positionierung stärker dem Judentum zu; nicht so sehr im religiösen Sinne als viel mehr zur Ergänzung der eigenen Identität. Denn für viele jüdische KommunistInnen spielte das Judentum in den 1930er Jahren und auch während ihrer Flucht, im Exil oder in der Gefangenschaft trotz der expliziten antisemitischen Ideologie und Praxis im Nationalsozialismus in ihrer Selbstdefinition und -wahrnehmung eine eher untergeordnete Rolle. Sie fühlten sich primär als KommunistInnen. Manche Kinder der Rückkehr traten vor allem während und nach der Waldheim-Affäre 1986 der Kultusgemeinde bei und begannen, sich explizit auch als österreichische Juden und Jüdinnen zu definieren. In unseren Interviews erzählen vor allem die InterviewpartnerInnen der dritten Generation über ihre Beschäftigung mit Judentum, jüdischer Geschichte, der Shoah und der Kontaktnahme mit Verwandten, die nach Israel geflüchtet waren. Die jüdische Herkunft im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft wird also bewusster Teil der eigenen Identität.

In die Mitte der Gesellschaft

Die gewaltige Modernisierung Österreichs (oft auf Kosten eines kompromisslosen Antifaschismus) öffnete in der Kreisky-Zeit die Universitäten, den öffentlichen Dienst bzw. andere Organisationen und Berufe für jene, die sonst aufgrund

ihrer politischen Gesinnung und/oder ihres Geschlechts als Frauen ausgeschlossen geblieben wären. Damit wurde der Weg vom „Rand in die Mitte“ möglich.

Da der Slogan „Mitte der Gesellschaft“ heutzutage auch von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Bewegungen beansprucht wird, klären wir am Ende des Buches, was damit gemeint ist. In der Mitte der Gesellschaft anzukommen bedeutet zunächst, nicht aufgrund willkürlicher Kriterien ausgeschlossen zu sein. Die KinderjausnerInnen sind heute von keinen Berufen ausgeschlossen, sie leben meist in „gutbürgerlichen“ Verhältnissen, die schon von ihren Eltern in der Nachkriegszeit begründet wurden. Trotz ihrer Marginalisierung hatten die meisten dieser Eltern in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre die Möglichkeit der Existenzsicherung und Familiengründung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Viele der Eltern machten – aus soziologischer Perspektive – im Vergleich mit ihrem beruflichen Vorkriegsstatus einen relativen sozialen Aufstieg. Anders als bei den AntifaschistInnen in anderen Ländern, wie etwa in Frankreich oder Italien, blieb ihnen jedoch die gesellschaftliche Anerkennung meist versagt. Finanzielle Existenzprobleme gab und gibt es unter den KinderjausnerInnen nur vereinzelt, (fast) alle sind krank- und pensionsversichert, manche sind durchaus (sehr) wohlhabend. Neben der KPÖ gibt es in Österreich keine größere linke Partei, die meisten sind SPÖ- oder Grün-WählerInnen und damit durchaus Teil des Establishments geworden. Manche gehören sogar zu den so genannten Eliten (im Journa-



Demonstration am 31. März 1965 gegen den antisemitischen Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz vor der Wiener Karlskirche.

lismus, in Kunst und Medizin, auch in der Wissenschaft), andere haben den „Weg durch die Institutionen“ beschritten, sei es in der Arbeiterkammer oder in den Gewerkschaften.

Die österreichische „Erfolgsstory“ der Nachkriegsentwicklung umfasst also auch die ehemals marginalisierten KinderjausnerInnen. Aufgrund ihrer linken und fortschrittlichen Gesinnung blieben sie aber von manchen Spitzenpositionen ausgeschlossen – sollten sie diese überhaupt anstreben oder angestrebt haben. Wo immer die auch heute noch stark vertretenen Burschenschaften und der rechtslastige Cartellverband präsent und vernetzt sind, gibt es eine ähnliche „gläserne Decke“, wie sie für Frauen in vielen Berufen besteht. In die allerobersten Etagen gelangen die KinderjausnerInnen kaum.

Die oben geschilderte Berufswahl bedingt aber ohnehin eine geringere Bereitschaft zu Anpassung und Kompromiss, als an der so genannten Pyramidenspitze erforderlich wäre. Diese Entwicklung ist, obwohl jeweils individuell, nicht zufällig. Fast alle KinderjausnerInnen haben ein kritisches Bewusstsein bewahrt, und dieses kann nur in Freiräumen, in Diskussionen und jeweils autonom gedeihen. Es ist sicher kein Zufall, dass sich die Institution „Kinderjause“ zu einer Zeit gebildet hat, als linke Opposition zur schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 gefragt war. Auch heute, nach der globalen Finanzkrise 2008 und der Flüchtlingsbewegung seit 2014, trifft man sich und diskutiert intensiv. Flucht, Gefangenschaft, Widerstand und Exil bleiben als epochale Themen auch im 21. Jahrhundert bestehen. Die Genfer

Konvention, entstanden nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Nazi-Regimes, wird von manchen PolitikerInnen heutzutage hinterfragt, als zweitrangig angesehen und manchmal sogar stillschweigend ignoriert. Kein Schleier breitet sich mehr über Österreich aus, sondern eher eine bequeme Geschichtsvergessenheit. Doch Österreich hat die Genfer Konvention 1953 ganz im Sinne eines „Nie wieder“ ratifiziert. In neuerlichen Krisenzeiten rückt man näher zusammen – auch jene, die einander Jahrzehnte nicht gesehen oder gesprochen haben. Es ist ein gemeinsames Verständnis wichtiger Werte vorhanden, auch durchaus die Bereitschaft, sich je nach individuellen Möglichkeiten dafür einzusetzen. Ganz im Sinne der Eltern, jedoch ohne deren dogmatische Sicherheit und Rigidität.

Die „Kinderjause“

Im Zentrum des Projekts standen 29 Personen der Jahrgänge 1939 bis 1953, die durch eine über Jahrzehnte währende Form der Zusammengehörigkeit miteinander verbunden sind. Diese Zusammengehörigkeit, die individuell unterschiedlich ausgeprägt ist, materialisiert sich in regelmäßig wiederkehrenden Treffen unter der Bezeichnung „Kinderjause“. Die halb standardisierten, etwa 1,5-stündigen Interviews, die mit diesen Personen in den Jahren 2012 bis 2015 durchgeführt wurden, bilden das wichtigste Material des Projekts. Diese Personengruppe ist eng verzahnt mit der Generation ihrer Eltern und ihrer Kinder. Die Kindergeneration (dritte Generation) ist ebenfalls durch Interviews im Projekt präsent.

Zur Mehr-Generationen-Perspektive gehören einige, schon erwähnte Fragestellungen. Vor allem die Frage, ob sich die markanten Spuren, die die Biografien der ersten Generation geprägt haben, fortsetzen und in der nächsten und übernächsten Generation noch zu finden sind, ob Belastungen und Traumata einerseits, Kampfeswille und Widerständigkeit andererseits über eine oder zwei Generationen weitergegeben werden. Während Eltern- und Kindergeneration einen großen Teil ihrer Lebensspanne parallel erleben, ist die Enkelgeneration vom Schicksal der Großeltern schon relativ weit entfernt. Manchmal ist der direkte Kontakt noch prägend, manchmal werden die historischen Inhalte nur über Familienmythen weitergegeben.

Zu den inhaltlichen Spezifika der Elterngruppe (erste Generation) gehören folgende Tatsachen:

- Alle kehrten zwischen 1945 und 1948 nach Österreich zurück. Der Blick auf die Familien, insbesondere auf – ebenfalls geflüchtete – Geschwister zeigt, dass dieser Schritt keineswegs selbstverständlich war und somit als bewusste Entscheidung zu werten ist. Wir sehen in diesem Umstand ein zentrales Charakteristikum, das auch für die nächste Generation bedeutsam wird.

- Ihr Selbstverständnis ist geprägt durch das Bewusstsein, KämpferInnen gegen Faschismus und Nationalsozialismus zu sein und nicht (primär) Opfer dieser historischen Ereignisse.

- Der überwiegende Teil ging in den folgenden Jahrzehnten – manche bereits 1956, andere spätestens nach 1968 – auf Distanz zur Kommunistischen Partei. Einige verbleiben – zumindest formal – Parteimitglieder.

Die Gruppe der 29 InterviewpartnerInnen der zweiten Generation ist nur auf den ersten Blick eine homogene Gruppe. Die scheinbare Homogenität täuscht. Neben zahlreichen Gemeinsamkeiten sind auch Unterschiede zu berücksichtigen, die für eine korrekte Analyse des Forschungsmaterials relevant sind, etwa Unterschiede der Geburtsperioden oder die Zugehörigkeit zum Judentum. Weitere Unterschiede bestehen sowohl hinsichtlich der Familientraditionen als auch der Entwicklungen zwischen der gemeinsamen Kindheit und heute. Während in allen (jüdischen) Familien die jüdische Identität anfangs – wenn überhaupt – nur am Rande eine Rolle spielt, veränderte sich das später bei manchen. Diese „Trennlinie“ – jüdisch oder nicht – ist auch innerhalb der Gruppe wahrnehmbar

und wird in manchen Interviews direkt angesprochen.

Für alle gilt, dass die Geschichte ihrer Eltern im offiziellen Geschichtsunterricht nicht vorgekommen ist. Widerstand und Flucht hatten keinen Platz in der Geschichte des „neuerstandenen Österreich“, einer großen, scheinbar allumfassenden „Opfergemeinschaft“ nach 1945.¹

Familienromane und Narrative

Die Erzählungen der Eltern über ihr Leben in der NS-Zeit, über Widerstand, Flucht und Verfolgung sind in der Erinnerung fest verankert. Sie symbolisieren in verdichteter Form, oft in nahezu filmartigen Szenen, bestimmte markante Passagen mit hoher subjektiver Bedeutung. Die Erzählungen vermitteln eine Botschaft über das Selbstverständnis der Eltern, darüber, wie sie sich selbst sehen, wie sie ihre damalige Rolle verstehen und wie sie von ihrer Umgebung und ihren Kindern gesehen werden wollen. Dieser Prozess der Verdichtung ist kein bewusster Vorgang. Er folgt den erinnerten Ereignissen, indem er einzelne Elemente auswählt, in den Vordergrund stellt und betont. Im Laufe der Jahre entstehen auf diese Weise „Stories“, die – meist vielfach wiederholt – ein relativ konsistentes Bild schaffen. Die meisten InterviewpartnerInnen berichten über derartige Erzählungen ihrer Eltern. Häufig haben sie das Gefühl, dass sie auf diese Weise nur einen Ausschnitt der Geschichte ihrer Eltern erfahren haben und diese eigentlich nicht kennen. In unserem Projekt taucht dieser Umstand als „Erzählschleier“ auf.

Diese „Stories“ sind aber jene Elemente, die im Bewusstsein der zweiten Generation das Bild der Eltern prägen und auf diese Weise in der eigenen Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung wirksam wurden. Es sind – fast durchgängig – Elemente der Identifikation, die anhaltend positiv besetzt sind. Nur einige davon werden in der Adoleszenz im Rahmen der Identitätsarbeit bewusst verlassen. Der „Familienroman“² ist vermutlich in noch höherem Maße Träger von Botschaften und Aufträgen als die bewusst wahrgenommenen Botschaften. Ein wesentlicher Teil des Familienromans, der tradierten „Stories“, ist das Thema „Kämpfer versus Opfer“. Die Frage, ob die Eltern, die nach 1945 Inhaber des amtlichen „Opferausweises“ waren, sich als Opfer erlebten, ob die Tatsache der Verfolgung durch das NS-Regime dominant war oder ihre Rolle als KämpferInnen gegen dieses Regime. Die

Stories sind vielfältig, weshalb sie auch in ihrer Vielfalt wiedergegeben werden.

Frage: Und eine typische Erzählung von deinem Vater? Antwort: Also über das KZ Dachau hat er praktisch erst angefangen zu sprechen, wie er selbst als Zeitzeuge in Schulen gegangen ist. Da hat er uns dadurch dann auch erzählt, was die für Fragen gestellt haben. Und dann haben wir auch Fragen gestellt. Aber selber hat er das praktisch uns, wie wir Kinder waren, nie erwähnt. Das, was er eher erzählt hat, war der spanische Bürgerkrieg. ... das war ihm auch, glaube ich, wichtiger. (Interview 8)

Eine Geschichte mit der Gestapo in Berlin, wo sie da in ein Haus flüchtet [...] und in den zweiten Stock hinaufgelaufen [ist] und hat bei irgendeiner Tür geklingelt. Da hat ihr eine Frau aufgemacht und sie hat gesagt, sie muss dringend aufs Klo. Die Frau hat sie ganz ironisch angeschaut – die hat verstanden, dass sie da geflüchtet ist vor einer Razzia und hat sie dann in ihr Zimmer geholt [...]. Solche Geschichten sind für mich ganz tief eingeschrieben. Sie haben nicht die – wie soll ich sagen – die Erzählung der Leidensgeschichte, sondern sie haben die Erzählung der Rettungsgeschichte. Sie gehen gut aus. Es ist wichtig, dass es eine große Gefahr gibt und dass man ihr irgendwie entrinnt. (I 28)

Meine Mutter ist mit der Fahne der Internationalen Brigaden, irgendwie eingnäht in einen Mantel oder Kittel, aus dem Lager geflüchtet, um die Fahne rauszubringen und an irgendeiner Stelle abzugeben und ist wieder hinein, ist wieder zurückgekommen, um niemanden zu gefährden, um keine Wege offenkundig zu machen, und solche Geschichten. Nur um zu illustrieren, dass da in keiner Weise eine Opferrolle war, sondern im Gegenteil. (I 7)

Das war bei uns zu Hause auch ganz wichtig. Mein Vater war kein Opfer, er hat gekämpft. Meine Mutter war eher Opfer. Aber dieses „Wir haben gekämpft!“, wir haben uns nicht einfach abschleppen lassen. Das ist eine ganz starke Prägung. (I 5)

Weder Opfer noch Held, das möchte ich auch hervorheben. Er [der Vater] hat auch immer hervorgehoben, dafür war ich auch immer dankbar: „Glaub nicht an die Helden, die Helden gibt es nicht.“ Gerade, was er auch selbst im KZ erlebt hat und so... (I 17)

Traumata und deren Weitergabe

Der Versuch, die Belastungen anhand der Interviews zu identifizieren und zu

beurteilen, bedarf vorweg einer Differenzierung: Gibt es in den Erzählungen Hinweise auf Traumata der Eltern? Wie wird die Relevanz derartiger Belastungen für die eigene Entwicklung eingeschätzt? Welche schützenden und stützenden Faktoren werden genannt?

Der Begriff „Trauma“ wird dabei recht unterschiedlich (teilweise abweichend von der Fachterminologie) verstanden. Dies fällt insbesondere dort auf, wo schwerste Belastungen (Gestapo-Haft, Folter, Schussverletzungen usw.) berichtet werden, die Frage nach einer Traumatisierung aber verneint wird. Um die Breite des Spektrums deutlich zu machen, zitieren wir einige Interviewpassagen:

Meine Mutter ist fast zu Tode gefoltert worden. [...] ist fast zu Tode geprügelt worden und gefoltert [...] Frage: Glauben Sie, dass sich Ihre Eltern als traumatisiert gesehen haben? Antwort: Puh, das ist schwer zu sagen. (I 16)

Und bei so einer Aktion ist sie erwischt worden, man hat ihr nachgeschossen, sie ist angeschossen worden und hat dann durch Glück überlebt [...] Aber ich glaube, meine Eltern haben es nicht besonders schlimm gehabt. (I 13)

In mehreren anderen Interviews werden die Belastungen sehr klar beschrieben und als traumatisierend benannt:

Sie hat es immer irgendwo brennen gesehen. Alles, was brennt und raucht, von den Krematoriumsöfen, das konnte sie nicht [...] Sie wusste auch, dass Hunde für sie ein Problem sind, insbesondere Schäferhunde, die ja fürs Jagen und diverse Folterungen und alles Mögliche in den Lagern eingesetzt wurden [...] Sie wusste sicher in irgendeiner Form von ihrer Traumatisierung, aber sie würde das nie irgendwo angesprochen haben. (I 7)

Ja, der [Vater] war immer traumatisiert. Der hat das gehabt ... durchs Lager, durch die Wehrmachtszeit ... hauptsächlich durchs KZ. (I 26)

In anderen Interviews wird die Frage nach der Traumatisierung der Eltern hingegen dezidiert verneint:

Traumatisiert waren die, die im KZ waren, aber nicht die, die im Widerstand waren ... In der Rückschau ist es so, dass ich auch nicht sagen würde, dass meine Eltern traumatisiert waren. (I 12)

Aber ich glaube, meine Eltern haben es nicht besonders schlimm gehabt. Es ist schon ganz etwas anderes, ob man in Auschwitz sitzt oder in einer kleinen Truppe irgendwo in Belgien oder in Frankreich in der Illegalität ist. (I 13)

Auch in diesem Kontext dominiert die Heterogenität.

Kommunismus und Judentum

'68, nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei, haben (so wie die Eltern von den meisten), glaube ich, die meisten in der Kinderjause mit der Partei gebrochen. (I 19)

Es gab aber auch Spannungen innerhalb mancher Familien:

Das war '68, da war das erste wirkliche politische Zerwürfnis, vor allen Dingen mit meiner Mutter. Mein Vater war ruhig, da weiß ich nicht, was er sich gedacht hat. Gekränkt wahrscheinlich. (I 8)

Der Prozess der Neubewertung von Identifikationselementen, der Distanzierung von der KPÖ, der Identitätsarbeit im wahrsten Sinn dieses Wortes nimmt seinen Ausgang oft von der späten Reflexion über die Strategien der Austragung politischer Konflikte in der KPÖ:

Also im Nachhinein, so wie mir diese Fälle bewusst wurden und ich mich damit beschäftigt hab, ist mir klar geworden, wie unverantwortlich die KP ihren Leuten gegenüber war, wenn sie anderer Meinung sind oder waren in der Diskussion, wie dann über sie gerichtet wurde. [...] und es sind viele solcher Geschichten passiert, auch damals in der Illegalität, wo man Entscheidungen getroffen hat, die einfach unmenschlich waren. Einfach Menschen geopfert worden sind [...] naja im Widerstand selbst, Menschen geopfert worden sind, wo sie reingeschickt worden sind, wo man gesagt hat, ein Wahnsinn – und umgekommen sind aufgrund dessen! [...] Ja, '72 bin ich ausgeschlossen worden. Und du musst dir vorstellen, wie das war, bezogen auf die Kommunistische Partei in Österreich. Mein Vater hat von der Partei einen Rentenzuschuss bekommen, weil er Parteiangestellter war [...] Und da wurde gedroht, und das haben sie auch gemacht: Meinen Eltern haben sie die Parteipension gestrichen. (I 25)

20 unserer 29 InterviewpartnerInnen stammen aus jüdischen Familien; bei weiteren drei ist diese Zuordnung nicht eindeutig möglich, da die biologischen Eltern nicht mit den sozialen Eltern identisch sind und in diesem Umfeld jüdische Herkunft nicht eindeutig festgemacht werden kann. In den Interviews finden wir ein breites Spektrum der Positionierung der Familien, das von der Verleugnung dieses Themas über seine Negierung bis zur Präsenz im Familienalltag reicht. In den allermeisten Erzählungen wird allerdings betont, dass nicht nur jede religiöse Manifestation, sondern auch jede Identifikation mit kulturellen oder ethnischen Elementen strikt abgelehnt



Demonstration gegen den Vietnam-Krieg am 25. März 1966 am Luegerplatz in Wien.

wurde. Dieser Schritt der Abwendung vom Judentum war von der ersten Generation bereits in ihrer Jugend (und teilweise schon in der Generation davor mit der Zuwendung zur Arbeiterbewegung und zugunsten einer areligiösen Position) vollzogen worden und wurde – ungeachtet der Erlebnisse der Shoah – nicht rückgängig gemacht. Die zweite Generation ist in und mit dieser Tradition aufgewachsen, hat sie in der Kindheit übernommen und (meist) auch in der Identitätsarbeit der Adoleszenz nicht infrage gestellt. Für manche war der öffentliche Diskurs über die Rolle Österreichs als Land der Täter (Waldheim-Affäre) Anlass für eine Neupositionierung, die zur Integration eines bisher randständigen Bereichs in den Kernbereich der eigenen Persönlichkeit geführt hat. Die oft seit zwei Generationen verlassenen Traditionen jüdischen Lebens werden als konkrete Handlungen (z. B. das Feiern von Festen) in den eigenen Alltag integriert. Wir bezeichnen das als „Identitätsergänzung“. Das Thema des Judentums war weder in der KPÖ noch in den Jugendorganisationen bedeutungslos und ist es auch heute in der Kinderjause-Gruppe nicht.

Damals waren in der FÖJ sowohl eine Reihe von Mittelschülern und [...] natürlich auch viele andere Jugendliche, die Arbeiterjugendlichen. Und da hat es schon [Probleme gegeben], die einen haben sich irgendwie ein bisschen verfolgt gefühlt, haben dauernd geglaubt, dass die anderen antisemitisch und anti-intellektuell sind, und die anderen haben geglaubt, die sind überheblich und stehen über uns Arbeiterkindern usw. Also das hat schon eine Rolle gespielt. [...] Und

die Partei hat [...] ihm [dem Vater] nicht ganz getraut, weil er doch jüdischer Herkunft war, [...] es hat einen gewissen Antisemitismus [gegeben] bzw. [hat er] ausgestrahlt aus der Sowjetunion und vom Stalinismus – und auch eine Portion Anti-intellektualismus usw. (I 16)

Und heute?

Welche Konturen hat das heutige Selbstbild, das in den Interviews vermittelt wird? Für viele ist das gesellschaftspolitische Engagement auch heute ein wesentliches Element des Selbstverständnisses, andere stehen eher am Rande, weil sie keine Anknüpfungspunkte an aktuelle Bewegungen und Initiativen finden. Auch hier ist das Spektrum breit und streut um ein gemeinsames Grundelement von Widerständigkeit. Das unmittelbare Engagement, die aktive Beteiligung an Protest und Aufbegehren, hat nachgelassen, was bei einer Personengruppe im Alter zwischen 63 und 75 Jahren auch wenig erstaunlich ist. Wachheit gegenüber Gesellschaft und Politik und auch Teilnahme an diesen Prozessen sind aber nach wie vor bedeutsam. Die Ablehnung von allem, was rechts ist, kann als Teil des elterlichen Erbes verstanden werden, verankert in der Persönlichkeit. Die Ablehnung von Dogmatismus und autoritären Strukturen gehört zur Erbschaft der eigenen Geschichte.

Anmerkungen:

1/ Rudolf De Cillia/Ruth Wodak (Hg.): Gedenken im „Gedankenjahr“. Innsbruck 2009.

2/ Lucien Sève: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Bd. 10. Frankfurt/M. 1986, S. 17–41.

Erster Weltkrieg – ArbeiterInnenbewegung – herrschaftskritische Geschichtsschreibung

Kolloquium zur Erinnerung an Hans Hautmann

Am 3. Juli 2018 ist der Mitbegründer und langjährige Präsident der *Alfred Klahr Gesellschaft* Hans Hautmann verstorben. In Würdigung seiner Verdienste um die Geschichtsschreibung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung veranstalteten die *Alfred Klahr Gesellschaft*, die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* im DÖW und die ITH (*Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen*) am 24. November 2018 im Erika-Weinzierl-Saal der Universität Wien ein Kolloquium. WeggefährtenInnen und KollegInnen von Hautmann sprachen zu Themen, die im Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit des Verstorbenen standen.

Claudia Kuretsidis-Haider zeichnete eingangs die Stationen des wissenschaftlichen Lebens von Hans Hautmann nach. Dieses ist eines der seltenen Beispiele für eine akademische Karriere eines kommunistischen Historikers in Österreich. Kuretsidis-Haider sprach über die Erfolge wie auch über die Hürden, die Hautmann in einem antikommunistisch geprägten wissenschaftlichen Umfeld überwinden musste.

Die Auseinandersetzung mit den Justizverbrechen während des Ersten Weltkriegs war eines der großen Themen Hautmanns. Davon ausgehend referierte Winfried R. Garscha zum Thema „Erinnerte und vergessene Justizverbrechen“. Einleitend definierte er Justizverbrechen als Fälle, in denen willkürliche Verurteilungen ausgesprochen werden oder die Todesstrafe aufgrund eines konstruierten Zusammenhangs verhängt wird. Schwerpunktartig befasste er sich mit den Verbrechen der k.u.k.-Militärjustiz während des Ersten Weltkriegs. In dieser Zeit wurde eine nach wie vor unbekannte Anzahl an Menschen als potenzielle Spione zum Tode verurteilt. In Serbien und Galizien wurden so Zehntausende Zivilisten, die sich nichts zuschulden kommen hatten lassen, nach Schnellverfahren hingerichtet. Ihr Wohnort und ihre nationale Zugehörigkeit wurden diesen Menschen zum Verhängnis. Die Justizmorde fanden auf dem Gebiet des ehemaligen Habsburgerreiches statt. Die geographische Ferne zu den Grenzen des

heutigen Österreich trug neben anderen Faktoren dazu bei, dass die Justizverbrechen des Ersten Weltkriegs so lange „vergessen“ blieben und erst während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte untersucht und beschrieben wurden – unter anderem von Hans Hautmann.

Stefan Bollinger aus Berlin sprach über „verpasste Gelegenheiten“ beim Übergang vom Ersten Weltkrieg zu den Nachkriegsgesellschaften. Damals gab es in mehreren europäischen Ländern Versuche Räte-demokratien aufzubauen. Bollinger beschrieb Ähnlichkeiten und Unterschiede der revolutionären Bewegungen in den verschiedenen Ländern. Dabei machte er darauf aufmerksam, dass die jeweiligen Forderungen regional unterschiedlich waren. Je nachdem, welche politischen Kräfte die Rätestrukturen dominierten, waren die Ziele der Bewegungen mehr oder weniger radikal. In einigen Fällen dienten die Räte auch als revolutionäre Feigenblätter und sollten davon ablenken, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse über den Bruch des Jahres 1918 hinaus unangetastet blieben. Nichtsdestoweniger führten die Bewegungen auch in diesen Fällen zur Herausbildung von Klassenbewusstsein bei den beteiligten Akteuren. Bollinger beschrieb die unterschiedliche Rezeption der Rätebewegung in der BRD, der DDR und in Österreich. Die DDR-Geschichtswissenschaft hob stets die Rolle der KPD in der deutschen Rätebewegung hervor. Demgegenüber blieb diese Episode in der BRD lange Zeit ein blinder Fleck, bis schließlich mit der Studierendenbewegung der 1960er Jahre eine Auseinandersetzung mit der Rätebewegung stattfand. Diese diente dann auch als Projektionsfläche für Utopien bei der Suche nach Alternativen zum Staatssozialismus. Schließlich skizzierte Bollinger aktuelle Herausforderungen für die Linke vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die durch die historischen Rätebewegungen gewonnen wurden.

Anschließend berichtete Rudolf Kropf über die Entstehungsgeschichte seines gemeinsam mit Hans Hautmann verfassten Buches „Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945“. Das zuerst 1974 erschienene Werk erleb-

te bis 1978 drei Auflagen und einen Nachdruck und avancierte damit zu einem der meistverkauften wissenschaftlichen historischen Bücher in Österreich. Bis heute wird das Standardwerk in geschichtswissenschaftlichen Seminaren wie in linken Lesekreisen breit rezipiert. Die zeitgenössische Fachpresse strich den neuen, sozialwissenschaftlich orientierten Ansatz des Bandes heraus. In den 1970er Jahren entfaltete dieser seine Wirkung auch in gewerkschaftlichen Kreisen. Die dritte Auflage wurde vorwiegend für den Einsatz in der Betriebsratsarbeit hergestellt.

Manfred Mugrauer skizzierte die „Professionalisierung“ der KPÖ-Historiographie seit den 1970er Jahren, die eng mit dem Namen Hans Hautmann verbunden ist. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es keine systematische Parteigeschichtsschreibung gegeben, nun begann eine quellenbasierte Herangehensweise. Die jungen Historiker studierten die Akten und pflegten eine wissenschaftliche Sprache bei der Beschreibung der Geschichte ihrer Partei. Mugrauer wies außerdem darauf hin, dass die Publikationstätigkeit von Hans Hautmann während der gesamten Zeit seines Wirkens mit Verlagen und Periodika in Zusammenhang stand, die von der KPÖ oder einer der ihr nahestehenden Organisationen herausgegeben wurden.

Die Veranstaltung endete mit der Lesung eines Textes von Hans Hautmann zum Thema Streik. Die Wiener Arbeiterkammerrätin Selma Schacht trug den Text vor. Damit wurde ein Bogen zu den Streikaktivitäten in Österreich gegen arbeitsrechtliche und sozialpolitische Verschlechterungen durch die rechtskonservative Regierung im vergangenen Herbst geschlagen. Mit diesem aktuellen Bezug unterstrichen die Veranstalter noch einmal, dass die Verbindung von wissenschaftlicher Tätigkeit und politischem Engagement das Wirken von Hans Hautmann kennzeichnete.

Die vier Referate am Gedenkkolloquium für Hans Hautmann werden in der vorliegenden Ausgabe der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* in überarbeiteter Form dokumentiert.

SIMON LOIDL

Erinnerte und vergessene Justizverbrechen

Hans Hautmann als Ermittler der „cold cases“ des Ersten Weltkriegs

WINFRIED R. GARSCHA

Hans Hautmann zeichnete ein etwas hintergründiger, nicht immer auf den ersten Blick erkennbarer Humor aus. Auch mir ist er zunächst als ein eher mürrischer Mensch erschienen. Erst während einer Vortrags-tour durch Österreich im Jahre 1984, in deren Rahmen wir das von uns gemeinsam verfasste Taschenbuch über den Februar 1934 vorstellten, lernte ich seine Art zu referieren kennen: Er verstand es, durch knappe – wie hingeworfen wirkende – Bemerkungen, die Bösartigkeit der Mächtigen der Lächerlichkeit preiszugeben, und immer heiterte er seinen Vortrag durch teilweise groteske Geschichten auf, bei denen einem allerdings manchmal das Lachen im Hals stecken blieb.

Es gab allerdings ein Thema, bei dem auch einem Menschen wie Hans Hautmann jeder Sinn für Humor abhanden-kam, und das waren die Verbrechen der k.u.k.-Militärjustiz im Ersten Weltkrieg. Dieses Thema beschäftigte ihn viele Jahre lang. Wenn ich mich richtig erinnere, erzählte er mir zum ersten Mal bereits in den 1980er Jahren, dass er plane, aufbauend auf seinen ersten Aufsätzen zu diesem Thema, eine umfangreiche „Kriminalgeschichte“ des Ersten Weltkriegs zu schreiben. Dabei ging es selbstverständlich nicht um „normale“ Kriminalität und ihre Ahndung durch die Strafjustiz, sondern um die Verbrechen an Kriegsgefangenen und an der Zivilbevölkerung unterworfenen Gebiete (also Kriegsverbrechen) sowie an einfachen Soldaten der k.u.k. Armee, begangenen von vorgesetzten Offizieren. In erster Linie aber interessierte sich Hans Hautmann für die Verbrechen an der „eigenen“ Zivilbevölkerung, die nicht nur zahlreich, sondern auch höchst unterschiedlich waren. Sie reichten von der Drangsalierung der Belegschaften in den militarisierten Betrieben (einschließlich drakonischer Strafen für tatsächliche oder angebliche Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin) bis zu den massenhaften summarischen Hinrichtungen, von denen vor allem serbische und ruthenische (= ukrainische) Staatsangehörige der Habsburger-Monarchie betroffen waren. Und natürlich ging es immer auch um die Frage, warum diese Verbrechen – im Gegensatz zu Diebstahl, Mord und Totschlag – nie ge-richtlich geahndet, ja nicht einmal poli-

zeilich aufgeklärt wurden, sondern „cold cases“ blieben, die die Justiz nicht inter-essierten.

Hans Hautmanns Großprojekt wurde nicht realisiert. Er hat aber mehrere der angesprochenen Verbrechen in seinen Aufsätzen und Vorträgen über den Ersten Weltkrieg behandelt. Der Kampf des Habsburgerstaates gegen die „innere Front“ mit den Mitteln der Strafjustiz war Thema eines Aufsatzes mit dem Titel „Prozesse gegen Defätisten, Kriegsgegner, Linksradikale und streikende Arbeiter im Ersten Weltkrieg“ im 1986 von Karl R. Stadler herausgegebenen Sammelband „Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936“. 1976 hatte Hans Hautmann auf dem ersten, von Christian Broda angeregten Symposium „Justiz und Zeitgeschichte“ zum Thema „Kriegsgesetze und Militärjustiz in der österreichischen Reichshälfte 1914–1918“ referiert. Der Betrag wurde 1977 in dem von Erika Weinzierl und Karl R. Stadler herausgegebenen ersten Band der Reihe „Justiz und Zeitgeschichte“ veröffentlicht. Auf dem Symposium zum Thema „Richter und Gesellschaftspolitik“ im Jahre 1995 legte Hautmann neue Forschungen zu diesem Thema vor: „Zum Sozialprofil der Militär Richter im Ersten Weltkrieg“.

Bis zum Erscheinen von Anton Holzers Fotoband „Das Lächeln der Henker. Der unbekannte Krieg gegen die Zivilbevölkerung 1914–1918“ im Jahr 2008 war Hautmann so etwas wie ein „einsamer Rufer in der Wüste“ geblieben – und Holzers Fotosammlung bildete in erster Linie eine drastische Illustration zu den von Hautmann beschriebenen Verbrechen. Aber natürlich war die Tatsache, dass er seit Jahren an diesem Thema arbeitete, innerhalb der österreichischen wissenschaftlichen Community durchaus bekannt. Umso erstaunlicher ist es, dass es von den VertreterInnen der akademischen Zeitgeschichtsforschung niemand für angebracht fand, auf die allgemein bekannte Expertise Hans Hautmanns zu diesem Thema zurückzugreifen, als der 100. Jahrestag des Kriegsbeginns 2014 begangen wurde; und auch im Vorfeld des 100. Jahrestags des Kriegsendes 2018 gab es keine Einladung zur Mitarbeit an einem Buchprojekt oder einer Konferenz. Nur die APA brachte am 15. April 2014

unter dem Titel „1914/2014 – Kriegsverbrechen der Monarchie: ‚Wüste Hinrichtungssorgie‘“ ein Gespräch von Stefan Vospernik mit Hans Hautmann.

Was sind Justizverbrechen?

Hautmanns Plan war eine Gesamtdarstellung sämtlicher von den Eliten der Habsburgermonarchie zu verantwortenden Verbrechen. Sein Hauptinteresse galt dabei den Justizverbrechen. Der Unterschied zwischen einer staatlich angeordneten Tötung, die durch keinerlei Gesetz gedeckt ist, und einer verbrecherischen Hinrichtung wird deutlich, wenn man aktuelle Beispiele aus der Fülle der Staatsverbrechen des saudi-arabischen Königreiches, der Vereinigten Arabische Emirate oder der Islamischen Republik Iran heranzieht. Selbst wenn man die Todesstrafe prinzipiell akzeptiert, stellt eine Hinrichtung dann ein Verbrechen dar, wenn das Gericht entweder eine „Straftat“ mit dem Tode bestraft, die in Staaten, die – egal ob demokratisch verfasst oder nicht – zumindest einige Grundsätze des humanitären Völkerrechts beachten, kein Kapitalverbrechen ist, beispielsweise Homosexualität, Ehebruch, Abfall vom Glauben oder gar „Hexerei“. Als verbrecherisch wird eine Hinrichtung von der Mehrheit der Menschheit inzwischen auch dann angesehen, wenn sie auf besonders grausame Weise erfolgt – etwa durch Steinigung oder durch andere Formen, Menschen zu Tode zu foltern – oder wenn die Hingerichteten noch minderjährig sind.

Die weltweite Empörung über die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul am 2. Oktober 2018 hat nicht nur damit zu tun, dass der Getötete ein international bekannter Journalist war, sondern auch damit, dass es sich um einen heimtückischen Mord handelte. Dass die saudische Führung allen Ernstes glaubte, die Welt mit reichlich dummen, einfach zu durchschauenden Lügen in die Irre führen zu können, verstärkte die Empörung. Das Königshaus in Riad versuchte die Mordaktion des saudi-arabischen Geheimdienstes auch deshalb zu verheimlichen, weil es keinerlei Gerichtsurteil gab, mit dem eine „Hinrichtung“ des Journalisten gerechtfertigt werden hätte können.

Die Aufregung ist viel geringer, wenn es um drakonische Strafen wegen nichtiger „Delikte“ geht. Da muss es sich schon um eine prominente Person wie den saudi-arabischen Internet-Aktivistin Raif Badawi handeln, der die Gleichstellung des Islam mit anderen Religionen forderte. Diese „Beleidigung des Islam“ wertete das Gericht als Verstoß gegen die geltenden Anti-Terror-Gesetze und verurteilte ihn 2013 zu zehn Jahren Haft und 1.000 Peitschenhieben (in 20 „Raten“ zu je 50 Hieben), wobei die jeden Freitag öffentlich durchzuführende Auspeitschung auch als Hinrichtung in Raten interpretiert werden kann. Dass der Vollzug der 1.000 Peitschenhiebe nach einer ersten Auspeitschung 2015 bis auf weiteres aufgeschoben wurde, ändert nichts am Charakter des Urteils selbst. In dem Augenblick, als die weitere Auspeitschung – wegen der schweren Verletzungen, die ihm schon beim ersten Mal zugefügt worden waren – abgesagt wurde, wurde es ruhig um Badawi. Weniger prominente Opfer dieser „Justiz“ erregen kaum Aufmerksamkeit, vor allem deshalb, weil all diese Gerichtsurteile nichts anderes als den Vollzug geltender Gesetze darstellen. Es handelt sich also nicht um im Geheimen verübte Verbrechen, ja nicht einmal um staatliche Willkür, sondern um vorhersehbare Urteile einer Strafjustiz, die sich an den in diesen Ländern geltenden Gesetzen orientiert. Eine der Hauptaufgaben, die die jeweiligen Staatsführungen der Justiz übertragen, ist es offenbar, durch möglichst abschreckende Urteile die Durchsetzung mittelalterlicher islamischer Rechtsvorstellungen im 21. Jahrhundert zu erzwingen.

Da Rechtsvorstellungen im Laufe der Zeit einem Wandel unterliegen, ist es nicht einfach, Justizverbrechen genau zu definieren. Am Beginn des 21. Jahrhunderts hatte die Mehrheit der Staaten der Welt die Todesstrafe abgeschafft, hundert Jahre zuvor waren es ganze fünf gewesen. Dennoch tut man sich schwer, die Verhängung der Todesstrafe per se schon als Verbrechen zu bezeichnen, so lange sie auch von Staaten, die nach allgemeiner Einschätzung zu den demokratischen zu zählen sind – wie Indien, Japan oder die USA – mehr oder weniger häufig angewendet wird. Dass sich das ändern kann, sieht man daran, dass noch vor 200 Jahren im Strafrecht vieler Staaten Körperstrafen enthalten waren, die heute als Folter gelten.

Zudem ist zu fragen, wofür die Todesstrafe verhängt wird. Der oben erwähnte Abfall vom Glauben stellt nicht nur in



Kolloquium zum Gedenken an Hans Hautmann am 24. November 2018 in Wien (v.l.): Stefan Bollinger, Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha.

Saudi-Arabien, sondern auch im Jemen, in Qatar, im Iran, in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia, im Sudan und in Mauretanien ein todeswürdiges Verbrechen dar. In den meisten dieser Länder – sowie in der indonesischen Provinz Aceh – wird auch der Ehebruch mit dem Tode bestraft. Dass die Todesstrafe auf „Delikte“ angewandt wird, die in der Mehrheit der Staaten entweder überhaupt nicht strafbar sind oder zumindest keine Kapitalverbrechen darstellen, ist ein typisches Merkmal eines Rechtssystems, das einem Unrechtsregime als Instrument zur drakonischen Durchsetzung seiner Interessen dient.

Das prägnanteste Beispiel hierfür ist die massive Ausweitung der Todesstrafe im nationalsozialistischen Deutschland. Als Hitler an die Macht gelangte, stand in Deutschland auf Mord sowie auf bestimmte Verratsdelikte im Krieg die Todesstrafe. Innerhalb weniger Jahre kamen 46 weitere Delikte hinzu, die mit dem Tod bestraft werden konnten. Diese Ausweitung betraf bei weitem nicht nur politische Delikte wie Hoch- und Landesverrat sowie „Wehrkraftzersetzung“, sondern auch eine Reihe von kriminellen Delikten, die ob ihrer Gefährlichkeit ab sofort vor „Sondergerichten“ abzuhandeln waren. Im Laufe des Kriegs wurde die Todesstrafe auch auf Bagatelldelikte wie Diebstahl u.ä. ausgedehnt, wenn die Tat von der Strafjustiz als „besonders gefährlich“ eingestuft wurde, die Tat das „gesunde Volksempfinden“ verletzte oder der Täter als „Volksschädling“ galt, weil er mehrere derartige Delikte hintereinander begangen hatte.

So lange die massive Ausweitung der Todesstrafe noch in Form einer Strafver-

schärfung für kriminelle Delikte erfolgte, die schon zuvor mit schweren Strafen bedroht waren, stand die abschreckende Wirkung im Vordergrund, d.h. potenzielle StraftäterInnen wussten, für welche Delikte sie mit einer Verurteilung zum Tode rechnen mussten. Es handelte sich dabei um Terrorjustiz, da die Justiz als Instrument der Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung verwendet wurde, wie dies in zahlreichen diktatorischen Regimen, aber auch in mehr oder weniger demokratischen Staaten der Gegenwart – wie etwa in Singapur – der Fall ist.

Derartige Terrorurteile wird man schwerlich generell als Justizverbrechen bezeichnen können. Der letzte Rest an Rechtssicherheit im Sinne einer Voraussehbarkeit von Entscheidungen der Justiz geht aber dann verloren, wenn Menschen, ohne dass sie etwas begangen haben, worauf eigentlich die Todesstrafe steht, oder aus ihrer Sicht überhaupt kein Verbrechen begangen haben, von den staatlichen Justizorganen als Feinde, Helfershelfer der Feinde oder „Volksschädlinge“ gesehen werden, die ausgemerzt werden müssen. Es lag schließlich an der willkürlichen Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ob eine Straftat als harmlos oder als todeswürdiges Verbrechen eingestuft wurde. Derartige Todesurteile können nur als Justizverbrechen bezeichnet werden. Wenn sich die Gerichte nicht mehr auf für alle nachvollziehbare Gesetze stützen, dann wird die Grenze überschritten, wo eine Terrorjustiz zu einer verbrecherischen Justiz wird.

Mit anderen Maßstäben zu messen ist die Verfolgung der politischen Opposition durch die Ausdehnung der „Verrats-

delikte“ auf praktisch jede Art von nicht-nationalsozialistischer politischer Betätigung. Der Zweck bestand darin, RegimegegnerInnen auszuschalten, indem man sie umbringt. Hier traf der bekannte Spruch zu, dass „Unrecht zu Recht“ wurde. In Anwendung dieses Unrechts-„Rechts“ erwies sich die Justiz von Anfang an als Gehilfin eines verbrecherischen Regimes, womit ihre Urteile ebenso verbrecherischen Charakter annahmen.

Die Justizverbrechen der k.u.k. Armee

Schlimmer als die Ausdehnung der Todesstrafe auf Delikte, die vom Gericht willkürlich als schwere Straftaten oder leichte Vergehen gewertet werden konnten, ist die Hinrichtung „auf Verdacht“. In diesen Fällen reicht dem Gericht bereits die Vermutung, der oder die Beschuldigte könnte eine Straftat begehen. Zur Zeit der NS-Herrschaft waren hierfür allerdings nicht die Gerichte zuständig, sondern ausschließlich die Polizei. Nach dieser Logik erfolgten die Einweisungen in Konzentrationslager durch die Kriminalpolizei bzw. Gestapo.

Exakt nach dieser Logik agierten allerdings auch die österreichischen Militärgerichte, die im Ersten Weltkrieg hinter der Front vor allem in Galizien, aber auch in Serbien, zehntausende Menschen, die überhaupt nichts mit dem Krieg zu tun hatten, in Schnellverfahren hinrichteten, weil sie als potenzielle Feinde und Spione angesehen wurden. Sie wurden nicht für etwas hingerichtet, was sie getan hatten, sondern was sie unter Umständen tun hätten können. Hierfür kann es keinen anderen Begriff geben als Justizverbrechen, hat dies doch nichts zu tun mit einer noch so strengen Justiz, die als terroristisches Instrument zum Schutz der eigenen Herrschaft eingesetzt wird.

Diese Justizverbrechen waren eines der wesentlichen Forschungsthemen von Hans Hautmann. Er hat dabei seine Pläne mehrmals umgestoßen, nachdem die Planungen für das zunächst auf einen Band angesetzte Werk im Laufe der Jahre immer umfangreicher wurden. In einem Gespräch, das ich Ende der 1990er Jahre mit ihm führte, sagte er: „Ja, das dauert alles noch so fürchterlich lange. Es werden vielleicht sogar vier Bände werden, weil einfach so viel da ist.“ Über den Fortgang seiner Forschungen hielt Hautmann laufend Vorträge. Ein solcher Vortrag wurde in dem von Claudia Kuretsidis-Haider, Heimo Halbrainer und Elisabeth Ebner herausgegeben Band „Mit dem Tode be-

straft“ in der Reihe der *Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* publiziert. Die Konferenz behandelte historische und rechtspolitische Aspekte zur Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert und den Kampf um ihre weltweite Abschaffung. Hautmann verstand es im ersten Referat der Konferenz, bei seinem Publikum Spannung zu erzeugen. Er baute den Vortrag dramatisch auf und machte so seinen eigenen Erkenntnisfortschritt nachvollziehbar. Vor allem zeigte er, wie er zu der horrend hohen Zahl an Hinrichtungen gekommen war. An Hand der Statistik belegte er, dass die Todesstrafe in der österreich-ungarischen Monarchie zwar weiterhin verhängt wurde, aber bis 1914 kaum mehr vollzogen wurde, weil der Kaiser die meisten Todesurteile in Begnadigungsverfahren in zeitlich begrenzte oder lebenslängliche Haftstrafen umwandelte. Dann kam die Explosion des Sommers und Herbstes 1914, hinter den Fronten in Galizien und in Serbien. In konzentrischen Kreisen näherte er sich den konkreten Zahlen. Mit jeder Quelle, die er zitierte, vergrößerte sich die Anzahl der Hinrichtungen, schnellte um viele Tausend nach oben, bis er zur Schlussfolgerung gelangte, dass es im Grenzgebiet zu Serbien vermutlich mindestens 30.000, möglicherweise doppelt so viele, und in Galizien mindestens 60.000, möglicherweise aber 90.000 Menschen waren, die, ohne dass es hinreichend dokumentiert worden wäre, von der kaiserlich-königlichen Militärjustiz schlicht umgebracht wurden, weil in Schnellverfahren „erkannt“ wurde, dass diese Person ein potenzieller russischer oder serbischer Spion sei.

Das für mich Interessanteste an diesem Vortrag war die Verbindung mit der Massenpsychose, die damals angesichts der militärischen Erfolge der russischen Armee entstand. Die Erfolge der russischen Truppen widersprachen allem, was von Österreich-Ungarn erwartet worden war. Man hatte sehr wenig von den militärischen Qualitäten des Kriegsgegners im Osten gehalten, der jedoch die österreichischen Stellungen überrannte. Dies konnte unmöglich an der eigenen Un-



„Galgenfoto“ als Zeugnis für die Gräueltaten der k.u.k. Armee.

fähigkeit liegen, sondern es mussten geheimnisvolle Kräfte am Werk sein – deshalb lag die Vermutung nahe, dass die örtliche Bevölkerung von Spionen durchsetzt sei. Im weiteren Verlauf des Kriegs beruhigte sich diese Hysterie etwas. Weitere Verfahren wegen Spionageverdachts wurden nach der Wiedereroberung von Przemyśl durchgeführt. Doch diese waren sehr viel näher an dem, was annähernd als justizmäßig bezeichnet werden kann. Konsequenterweise gingen die Hinrichtungszahlen drastisch zurück, obwohl es tatsächlich Spione gab, die von der russischen Armee auf ihrem Rückzug zurückgelassen wurden.

Hans Hautmann arbeitete in seinem Vortrag den Zusammenhang zwischen Kriegsverbrechen und der Panik einer Armee im Rückzug oder einer Armee, die die Orientierung verloren hat, heraus. Er setzte sich mit diesem Thema womöglich auch deshalb so gründlich auseinander, weil er ursprünglich Rechtsgeschichte studiert hatte. Später war er sehr hilfreich in der Gründungsphase der *Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*, die er als Präsident eines der beiden Unterstützungsvereine – des *Vereins zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen* – tatkräftig unterstützte.

Hans Hautmann legte damals dar, dass ihm die Geschichte der Justizverbrechen des Ersten Weltkrieges näher liegt als die NS-Verbrechen, die unser eigentliches Forschungsthema waren, weil er sich ja auch mit der Geschichte des Ersten Weltkriegs wesentlich intensiver auseinandersetzte als mit anderen Perioden der österreichischen Geschichte. Aber für ihn war auch klar, dass es sowohl sachliche als auch personelle Kontinuitäten gab, die bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs reichten. Eine wichtige Figur war dabei

Wenzeslaus Gleispach, während des Ersten Weltkriegs Professor an der Deutschen Universität Prag und an der Universität Wien. Während der 1920er und 1930er Jahre war Gleispach einer der Einpeitscher für die Ausrichtung der Wiener Universität nach „volksrechtlichen“ bzw. „deutsch-arischen“ Prinzipien und für die Vertreibung jüdischer Professoren. 1940 brachte er sein mehrfach aufgelegtes Buch über das nationalsozialistische Kriegsstrafrecht heraus. Hautmann hat die Forschungen zu Gleispach, die in den 1980er Jahren von Gerhard Oberkofler und Eduard Rabofsky vorgelegt wurden, aufgenommen und weitergeführt. Er stellte eine Beziehung her zwischen dem, was real an Unrechtstaten durch Juristen geschah, und dem, was diesbezüglich vorher theoretisch ausgearbeitet worden war. Es ging ihm darum zu zeigen, wie eine politische Vorgabe, nämlich dass man hinter der Front „Ordnung schaffen“ müsse, an der Basis, auf der Ebene der Offiziere, die als so genannte „Auditoren“ (Militärrichter) tätig waren, umgesetzt wurde.

Hans Hautmann griff gerne auch auf literarische Quellen zurück, etwa auf das bekannte Gedicht „Grodek“ von Georg Trakl („Alle Straßen münden in schwarze Verwesung“), in dem er das hinter der galizischen Front Erlebte in Gedichtform verarbeitete: Von den Bäumen vor dem Zelt, in dem er als Sanitäts-soldat arbeitete, baumelten 13 erhängte Ruthenen. Hautmanns Hauptquelle war aber Karl Kraus, der in den „Letzten Tagen der Menschheit“ eine ganze Reihe dieser Ereignisse dokumentierte. Ein wesentlicher Teil von Hautmanns Rezeption der Arbeiten von Karl Kraus, und zwar nicht nur der „Letzten Tage der Menschheit“, sondern auch von dem, was in der *Fackel* sowohl während als auch nach dem Ersten Weltkrieg publiziert wurde, war die Dokumentation dieser entsetzlichen Verbrechen der Militärjustiz.

„cold cases“

Hans Hautmann setzte sich auch mit der Frage auseinander, wie es gelingen konnte, diese Verbrechen derartig im Dunklen zu halten und darüber den Mantel des Schweigens zu breiten. Er wies im vorhin erwähnten Vortrag u.a. darauf hin, dass es die eigentlichen Akteure des Kriegs und damit die Hauptverantwortlichen waren, allen voran Generalfeldmarschall Conrad („von Hötzenberg“), die während der darauffolgenden Jahrzehnte die Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg monopolisierten. Die Ge-

schichte dieses Kriegs wurde so ausschließlich aus der Sicht des obersten Offizierskorps der k.u.k. Armee beschrieben, das an einer Verschleierung dieser Verbrechen interessiert war.

Hans Hautmann stellte im Zusammenhang mit Kriegs- und Humanitätsverbrechen auch stets Vergleiche an, wie lange es dauerte, bis die Mehrzahl der Verbrechen des NS-Regimes bekannt wurden. Es gab zwar den so genannten Juristenprozess, einen der Nachfolgeprozesse in Nürnberg, aber die, wie sie ein deutscher Rechtshistoriker (Ingo Müller) bezeichnete, „furchtbaren Juristen“ blieben mit Ausnahme der wenigen, die in Nürnberg verurteilt wurden, weiterhin im Amt und verstanden es, die Verbrechen der NS-Justiz zu verheimlichen. Das traf auch auf die Verbrechen der NS-Militärjustiz zu. Erst in den 1980er und 1990er Jahren, also rund 40 Jahre später, wurde über diese Verbrechen des Nationalsozialismus umfassend geforscht und aufgeklärt. Legt man dies auf die Verbrechen des Ersten Weltkriegs um, so kann man die Frage stellen, warum es nicht 40 Jahre nach seinem Ende ein ebensolches Interesse an der Aufarbeitung dieser Verbrechen gab. Die Antwort ist ganz einfach: 40 Jahre nach 1914–1918, also in der Mitte der 1950er Jahre, wurde der Mantel des Schweigens über viel schlimmere Verbrechen gebreitet – nämlich über jene des Zweiten Weltkriegs.

Hans Hautmann hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Österreich in dieser Hinsicht ein Sonderfall war. Die Verbrechen der Armee des wilhelminischen Deutschland während des Ersten Weltkriegs, vor allem in Belgien und Frankreich, veranlassten die Siegermächte dazu, im Friedensvertrag von Versailles die Errichtung eines Kriegsverbrechertribunals ins Auge zu fassen. Hieraus resultierten die Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig 1923, die wie das „Hornberger Schießen“ endeten. Es gab zwar einige Verurteilungen, aber die Verurteilten wurden laufen gelassen. In Österreich hingegen gab es nur eine parlamentarische Kommission, die kaum Konsequenzen hatte. Hierüber schrieb Claudia Kuretsidis-Haider 2014 in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* einen Beitrag („Die österreichische Kommission zur Untersuchung militärischer Pflichtverletzungen im Krieg“). Bereits 1988 hatte Wolfgang Doppelbauer dazu eine Dissertation mit dem Titel „Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik“ vorgelegt.

Vergleicht man, welche Art von Verbrechen während des Ersten Weltkriegs begangen wurden und wie viele militärgerichtliche Hinrichtungen stattfanden, so kann man feststellen, dass die Opferzahlen in Österreich einen fünfstelligen Mehrfachbetrag ausmachen von dem, was in allen anderen kriegführenden Staaten einschließlich des Deutschen Reichs an militärgerichtlichen Urteilen vollzogen wurde. Gegen Deutschland wurden jene Mächte aktiv, auf deren Territorium die deutsche Armee Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen hatte. Wer hätte gegen Österreich aktiv werden sollen? Es hätte einer eigenen österreichischen Initiative bedurft, die Untersuchungen hätten in Österreich selbst geführt werden müssen.

Genau dieser Aufgabe hat sich Hans Hautmann Jahrzehnte später gewidmet, aber er blieb dabei nahezu allein auf weiter Flur. Das große Werk, das er geplant hatte, ist leider nicht zustande gekommen, weil ihm, wie er sagte, die „zündende Idee“ für eine Conclusio fehlte. Allerdings hat er im bereits erwähnten Vortrag auf der Konferenz über die Todesstrafe selbst ein Fazit gezogen: *„Die im internationalen Vergleich einzig dastehende hohe Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen von 1914 bis 1918 in der Habsburger Monarchie ist nur ein Segment aus der Gesamtheit staatlich angeordneter Maßnahmen zur Unschädlichmachung der inneren Feinde. Dass man davon in Österreich bis heute kaum etwas weiß, hat viele Gründe, gezieltes Vertuschen aus politischen Motiven während des Krieges und sofort nach Kriegsende, fehlendes Unrechtsbewusstsein gepaart mit Selbstbemtüdelung über das Zurückgeworfen-Sein von den stolzen Kommandohöhen einer Großmacht auf einen ‚lebensunfähigen Reststaat‘, massenhaft wirkende, tiefenpsychologische Verdrängungsmechanismen unter den Tätern, Nutznießern, Mitläufern. Ein Faktor aber war Realität: die allermeisten, sicherlich 90 Prozent und mehr dieser Zehntausenden Todesurteile und Vollstreckungen geschahen im ersten Weltkrieg weit weg vom Gebiet unserer gegenwärtigen Republik und trafen nur zu einem sehr geringen Teil Deutsch-Österreicher. Dass es sich bei den im Zentrum der kriegsjustiziellen Verfolgung befindlichen Völkerschaften der Ruthenen, also der österreichischen Ukrainer, und Serben ebenfalls um Angehörige des eigenen Staatsverbandes gehandelt hatte, fiel sehr schnell der Vergessenheit anheim.“*

Revolutionen, Räte, Erinnerungen und aktuelle Herausforderungen

STEFAN BOLLINGER

Wir alle wissen, dass Geschichte ein sehr vages, vergängliches Feld von Erinnerungen ist. Wenn der letzte Zeitzeuge gestorben ist, bleibt das beschriebene Papier, bleiben steinerne Zeugnisse, die Überlieferungen einer meist unpräzisen *oral history* – zumindest, wenn wir auf die letzten hundert oder hundertfünfzig Jahre blicken. Die sind zumindest für jene von besonderem Interesse, von besonderer Wichtigkeit, die in dieser jüngeren und Zeitgeschichte Erfahrungen, Erkenntnisse und Tabus zu finden hoffen, die für heutige politische Kämpfe interessant sind. Denn wir reden hier von jenen, die mit Gesellschaften, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ sich nicht abfinden und diese gesellschaftlichen Verhältnisse „umwerfen“¹ wollen. Sie stehen für eine Gesellschaft der Selbstbestimmung, der Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung ein. Hans Hautmann war ein Suchender und Findender in diesen Welten wie sicher auch wir, die wir uns als Historiker, Politikwissenschaftler, Gesellschaftswissenschaftler, aber auch als politisch Handelnde nicht mit dem scheinbar so triumphierenden und für die Eingeweihten wieder kenntlicheren Kapitalismus abfinden wollen und können.

Verpasste Gelegenheiten und persönliche Erinnerungen

Wir alle haben den Bruch der Jahre 1989/91 erlebt, als der Realsozialismus in sich zusammenbrach, aber auch sozialdemokratische oder anarchistische Gegenentwürfe ihre Kraft verloren und der Kapitalismus in einer besonders rüden, aggressiven, ausbeuterischen Variante des Neoliberalismus und zunehmend einer rechts-konservativen, teilweise faschistoiden Ausprägung all das zunichte zu machen droht, wofür Linke unterschiedlicher Couleur gelegentlich gemeinsam, oft nebeneinander und nicht selten in Bruderkämpfen verstrickt, gemeinsam mit ehrlichen Demokraten, Pazifisten, Antifaschisten gekämpft haben.

Gerade darum ist es die Verantwortung unserer Zunft, sich dieser Erinnerung an andere Zeiten, an ihre Kämpfe, Niederlagen, aber eben auch Erfolge zu ver-

sichern. Gerade darum ist auch unser Kolloquium zu Ehren Hans Hautmann so wichtig, im Geiste von Bertolt Brechts „Teppichwebern von Kujan-Bulak“ vor allem die Verpflichtung, unsere kämpfenden Vorkämpfer zu ehren, indem wir uns „selber nützen“ und so unserer Sache, dem Sozialismus zu nützen.

Meine erste Bekanntschaft mit der Arbeit von Hans Hautmann war seine mit Winfried R. Garscha verfasste Schrift zu den Februarkämpfen des Jahres 1934,² die 1984 in der DDR erschien. Damals wie auch in der heutigen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Arbeit eines deutschen Linken sind die Ereignisse in Kakanien, in Österreich-Ungarn, in Deutsch-Österreich oder in der Republik Österreich doch eher Ereignisse eines kleinen, manchmal lebenswerten, oft auch grantelnden Nachbarn. Die Kenntnis ist überschaubar, und wenn nicht alljährlich zur Weihnachtszeit Romy Schneiders „Sissi“ über die Bildschirme flimmern würde, eigentlich doch recht fern der Aufmerksamkeit, auch für Linke. Das ist schade, weil die österreichischen Erfahrungen durchaus – bei allen Unterschieden – symptomatisch für dieses vergangene Jahrhundert des zuge-spitzten Ringens gegen den Kapitalismus, für Sozialismus waren. Zudem, weil Österreich leider bewies, dass bei aller Begeisterung für den austromarxistischen Ansatz letztlich die Linken auch hier gescheitert sind – gegen diverse Spielarten eines ständestaatlichen, klerikalen, austrofaschistischen und schließlich sehr deutschen Faschismus, der aber auch solide in der österreichischen Geschichte verwurzelt war und, wie wir heute sehen, auch weiterhin ist.

Mir ist Hans Hautmann gelegentlich auf den legendären Linzer Konferenzen der ITH erstmals persönlich begegnet. Vor allem aber war er für mich wichtig mit seinen regelmäßigen Aufsätzen, in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, aber auch in der Tageszeitung *junge Welt*. Hier lernte ich nicht wenig über den Kampf der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, über die Auswirkungen der juristisch verbrämen Terrorpolitik gegen politisch und national Missliebige in der k.u.k.-Armee, vor allem aber über die enge Verbindung der

österreichischen Klassenkämpfe mit den revolutionären Prozessen, die von den russischen Revolutionen 1917 ausgingen, und die den Krieg durch eine breite Massenbewegung von unten zum viel zu späten Scheitern brachten und auch in den Nachfolgestaaten der Habsburger-Monarchie, wie auch bei uns in Deutschland, die Chance, das Fenster für gesellschaftlichen Wandel eröffneten.

Gerade diese Erfahrungen mit den Texten Hans Hautmanns veranlassten mich, ihn zu einer Konferenz der *Hellen Panke – Rosa Luxemburg Stiftung Berlin* im vergangenen Jahr einzuladen. Sein Referat zu den „Russischen Revolutionen 1917 und den sozialen wie nationalen Neuorientierungen in Kakanien“³ war eine wichtige Erweiterung unseres Horizonts hinsichtlich der weltweit mobilisierenden und inspirierenden Wirkung der russischen Revolutionen 1917. Aus heutiger Sicht kann ich aber nur bedauern, diese Gelegenheit nicht für einen ausführlicheren Austausch mit meinem Gast aus Wien genutzt zu haben. Die Überforderung eines Konferenzorganisations und die leichtfertige Hoffnung, unseren Gast nochmals im Frühjahr 2019 einladen zu können, um ihn zum Problembereich der „Zweiten Revolutionen“, beginnend mit dem Jahr 1919, hören zu können. Aber verpasste Gelegenheiten kommen eben manchmal nicht wieder, was Historiker wissen sollten.

Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik bleiben für linke Politik – und sicher nicht nur für sie, wenn wir uns die vielfältigen Geschichtsrevisionismen der letzten Jahre anschauen – eine fundamentale Voraussetzung für heutige und künftige Politik. Das gilt auch dann, wenn heute linke Politik, auch die meiner Partei, zu sehr von dem Wunsch be-seelt ist, vor einem weißen Blatt respektive Screen zu sitzen und alles anders und neu zu machen. Wenn selbst einer meiner Parteivorsitzenden, Bernd Rie-xinger, von einer „eher [...] geschichtslose(n) Partei“ spricht, denn für diese sei „die Bedeutung von Geschichte, der Kämpfe der Arbeiterbewegung, die weit entwickelten Auseinandersetzungen unter den internationalen sozialistischen Parteien um Strategie und Taktik [...] leider eher verschüttet gegangen“.⁴

Trotzdem, die Mühe, sich die Geschichte in ihrer Widersprüchlichkeit anzueignen und nicht nur beim Lecken der Wunden der mitverschuldeten eigenen Niederlage stehenzubleiben, ist unverzichtbar. Erinnerung heißt deshalb eben nicht nur, sich der eigenen Genossen und Kollegen zu erinnern, runde Jahrestage abzufeiern – und dabei oft auch nur neue, kaum begründete Legenden zu konzipieren: Erinnern heißt Kärnerarbeit. In einer sich den politischen Herausforderungen der Gegenwart stellenden Auseinandersetzung mit der Geschichte steht zumindest für deren linken Akteure die Frage des Erinnerns in mehrfacher Hinsicht:

- Erinnern bedeutet tatsächlich Faktensicherung gegen das Vergessen und das Vergessenmachen. Die Geschichte der historischen Linken in ihren vielfältigen Ausformungen ist eine Geschichte von Kämpfen, von Niederlagen, von Märtyrern, aber eben auch Erfolgen, die den heutigen Kapitalismus über lange Jahre mehr oder minder zu bremsen verstanden und wesentliche Zugeständnisse erzwangen.

- Erinnern bedeutet, die Härte der Klassenkämpfe, die massiven antidemokratischen Angriffe, Verleumdungen und Verbrechen im Gedächtnis zu halten – zu Ehren der Opfer und in Warnung vor einer Wiederkehr solcher Kampfformen.

- Erinnern bedeutet, jene historischen Wendepunkte und Alternativmöglichkeiten zu verdeutlichen, an denen andere, vielleicht erfolgversprechendere Wege einer linken Politik möglich gewesen waren.

- Erinnern bedeutet, dass jene Fehlleistungen, Irrtümer und Verbrechen benannt werden, die auch vermeintlich linke Politik auslösen kann. Ich erinnere hier nur an Hans Hautmanns Forschungen zu dem einstigen KPÖ-Spitzenfunktionär Franz Koritschoner.⁵ Sie müssen Linken die Zornesröte ins Gesicht treiben, aber eben auch die nüchterne Kritik der eigenen Geschichte nicht vergessen machen.

- Erinnern bedeutet natürlich, die Leistungen radikaler Kämpfer für Frieden, Demokratie und die sozialistischen Ziele im Gedächtnis der Linken, aber auch der Gesellschaft zu bewahren. Gerade die Kämpfer gegen den Faschismus und für eine demokratische Wiederauferstehung des eigenen Landes und für Völkerverständigung sind hier wichtig. Das heißt biografische Forschungen ebenso wie die Einordnung in die politischen Gesamtzusammenhänge.

- Erinnern bedeutet auch den anspruchsvollen, kritischen, aber auch wür-



Soldatenräte des MG-Bataillons Kreis B der Volkswehr, Wien 1918.

digenden Blick auf jene Parteien und Organisationen, die sich dem Kampf für die soziale, politische und nationale Befreiung der Arbeitenden verschrieben haben.

Die Wiederentdeckung der Räte vor 50 Jahren

In diesem Jahr überschwemmt in Deutschland eine große Welle für mich zunächst unerwarteter Erinnerung an die Ereignisse des letzten Kriegsjahres und des Revolutionsjahres 1918 die Öffentlichkeit.⁶ Konnte noch vor zehn Jahren von einer „vergessenen „Revolution“⁷ schwadroniert werden, was sicher auf einen großen Teil der nichtlinken alten Bundesrepublik zutrifft und mit der Verdammung der revolutionären Matrosen, Soldaten und Arbeiter und Arbeiterinnen als bolschewistische Bedrohung der ach so demokratischen Ordnung einherging, so erleben wir heute eine Flut von historischen Untersuchungen, eine große mediale und museale Aufarbeitung. Auch sie ist nicht frei von Stereotypen des Kampfes der letztlich erfolgreichen Linie der rechten Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und der Weimarer Republik gegen die „Extremisten von links und rechts“. Dass dabei meist die vermeintlichen Linksextremisten im Fokus stehen und nur mühsam sich durchsetzt, dass „am Anfang die Gewalt“⁸ war und die rechten militärischen, oft frühfaschistischen Stützen der vermeintlich demokratischen Regierung ihr blutiges Handwerk lieferten, ist für viele eine überraschende Einsicht. Nicht überraschen sollte allerdings, dass die Arbeiter- und Soldatenräte in dieser aktuellen Betrachtung nur eine marginale Rolle spielen und meist mit dem Verweis

auf ihren Extremismus, ihren Chaoscharakter abgewertet werden.⁹

Sei es drum. In der DDR sowieso und in der alten Bundesrepublik im Umfeld der 1968er Studierendenbewegung und geschichtsbewusster Linker hatte sich eine kritische, auf den revolutionären Kampf einer von unten ausgehenden Revolution, auf ihre Organisations- und Parteiformen und nicht zuletzt ihre Rätebewegung fixierte Geschichtsschreibung entwickelt. Für die DDR war dieses Vorgehen verständlich. Hier versuchte die herrschende Partei mit Historikern, aber auch nicht wenigen aufgeschlossenen Bürgern sich der Vorgeschichte dieses sich sozialistisch verstehenden Staates zu versichern, einer Revolution, damals unvollendet, nun endlich verwirklicht.¹⁰ Das Handeln der Massen, sicher mit einem skeptischen Blick auf deren Spontanität und mangelnder Organisation, war der wichtigste Bezugspunkt. Vor allem konzentrierte sich diese Würdigung auf das aus Sicht der SED als Nachfolgerin der KPD wichtigste Ergebnis der Revolution – die, wenn auch viel zu späte und sicher zumindest für die Anfangsjahre zu glorifizierte – Gründung einer kommunistischen Partei. Gleichzeitig wurde den Arbeiter- und Soldatenräten eine herausragende Rolle zugewiesen, nicht zuletzt, vielleicht gar zuallererst als der deutschen Entsprechung der russischen Sowjets. Und dies auch, obwohl jenseits der Sonntagsfestreden, die Rätepraxis in der DDR längst in einem soliden Korsett eines demokratischen Zentralismus in Partei und Staat eingebunden war. Ja, basisdemokratische Elemente waren bis zum Ende der DDR wirksam, aber entscheidend

war die Linie der Partei, die all diese demokratischen Prozesse zu durchdringen suchte.

Die Wiederentdeckung der Revolutionen, der russischen, chinesischen, kubanischen, aber auch der deutschen Novemberrevolution fiel in der alten BRD mit dem Aufbegehren insbesondere der studentischen Generation um 1968 zusammen. Die spürte wie ein empfindlicher Sensor, dass sich die Gesellschaft wandelte, dass der restaurative Kapitalismus an sein Ende stoßen könnte. Die studentische Jugend wollte mit der faschistischen Barbarei brechen und sie gewahr instinktiv, dass die neuen Produktivkräfte nach einem anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmen verlangen könnten.¹¹

In den eher autoritären, konservativen politischen Systemen des Westens sahen sie dafür keinen ausreichenden Spielraum. Sie setzten auf soziale Befreiung, Emanzipation, Selbstverwirklichung. Hier kamen die romantisierenden Erinnerungen an die großen Revolutionen gerade recht. Aber auch Historiker und Politologen entdeckten in der jüngeren Vergangenheit augenscheinliche Spielräume für eine solche Selbstbefreiung. Insbesondere die Studien von Peter von Oertzen und Eberhard Kolb¹² sorgten diesbezüglich im Westen für Furore. Wenn das als autoritär empfundene Sozialismusmodell des Ostens nicht behagte, dann bot der Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens eine Alternative. Und der hatte, wie sich herausstellte, auch theoretische und sogar praktische Vorläufer in der deutschen Zeitgeschichte.

Wenn Sebastian Haffner von der „Verratenen Revolution“¹³ 1918/19 durch die SPD sprach, war dies die eine Seite, die erklärte, warum es damals schiefging. Die Studien zu den Räten zeigten jedoch das Potenzial, wenn einfache Arbeiter, Soldaten, Matrosen versuchten, ihr Schicksal und das ihres Landes in die eigenen Hände zu nehmen. In Vorbereitung auf dieses Kolloquium waren die Arbeiten von Hans Hautmann, sowohl seine „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“¹⁴ als auch die „Verlorene Räterepublik“,¹⁵ für mich Neu- bzw. Wiederentdeckungen, die über die Fußnote entsprechender Studien hinausging. Denn hier hat ein österreichischer linker Historiker Standards gesetzt. Gleichzeitig verblissen viele der deutschen Erfahrungen mit einer alternativen Macht der Arbeiterklasse und der einfachen Bürger vor dem Hintergrund dessen, was für eine kurze Zeit beim süd-

lichen Nachbarn möglich zu sein schien. Hautmann hat natürlich Recht, dass „der auffälligste Unterschied zwischen der deutschen und der österreichischen Rätebewegung [...] in der Asynchronität und Dauer ihres Machteinflusses“ lag.¹⁶

Letztlich blieb der Räteidee der 1968er Studentenbewegung eine Utopie, die so nicht umgesetzt werden konnte. Das politische System des Kapitalismus erwies sich als anpassungsfähig und flexibel. Und doch fand bei aller Beschränktheit und allem Ausnutzen solcher Ansätze für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems zumindest der basisdemokratische Ansatz seit Ausgang der 1960er Jahren zumindest aus bundesdeutscher Sicht tatsächlich Zuspruch und praktische Umsetzung. Die damals beginnenden neuen sozialen Bewegungen schufen mit den Bürgerinitiativen, mit einer Vielzahl von Bewegungen für Frieden, Umwelt, gegen Kernkraft, gegen sehr konkrete Eingriffe in ökologische und gelegentlich soziale Strukturen, mit ihrem Kampf für Frauenrechte oder eine demokratischere Universität tatsächlich neue Bewegungsformen der politischen Auseinandersetzung und der demokratischen Artikulation und – wenn auch mühselig – der demokratischen Einflussnahme.

Hier vollzog sich auch eine Wechselwirkung wie eine Scheidung zwischen der alten, der Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen, die junge Intellektuelle, Frauen, neue „Mittelschichten“ erfassten. Die Bereitschaft und Fähigkeit, konkrete gesellschaftliche Verhältnisse in Frage zu stellen und sukzessive sie zu überwinden, wurde möglich. Die Vielfalt der Themen erweiterte das Spektrum der politischen Auseinandersetzung in und gegen den realen Kapitalismus. Gleichzeitig schwächte diese Auffächerung auch als Zersplitterung den traditionellen und sichtlich nicht erledigten Kampf gegen das Kapital.

Wer Krieg und Kapitalismus überwinden will, braucht Macht

Es war kein Zufall, dass sich in den revolutionären Kämpfen gegen den Krieg, gegen die Repression und für mehr Demokratie und Sozialismus gegen Ende des ersten weltweiten imperialistischen Krieges die Arbeiterbewegung und ihre weitsichtigsten Funktionäre eines neuen Instruments politischer Machtausübung aneigneten. „Im Rätegedanken“, so schreibt Hautmann, „steckt das elementare Streben nach möglichst unmittelbarer Teilnahme des einzelnen wie auch, im kollektiven Sinn, der Basis der Ge-

sellschaft am öffentlichen Leben, der Gedanke der Selbstherrschaft der Massen, verbunden mit dem Willen zur Umgestaltung und Überwindung der Klassenherrschaft.“¹⁷

Aus den Kämpfen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien der Vorkriegszeit bis 1914 war klar, dass sich die Arbeiter organisieren mussten, wenn sie ihre Interessen durchsetzen wollten. In den zugespitzten Klassenkampfsituationen konnten sie sich nicht allein auf die wachsende parlamentarische Verwurzelung und Begleitung ihrer existenziellen Kämpfe verlassen. Denn noch waren die sozialdemokratischen Parteien Opposition, mussten sich selbst den Spielregeln des reaktionären politischen Systems unterwerfen und sorgten sich um Repressionsgefahren für ihre parlamentarische Arbeit.

In den Streiks entschieden aber die Arbeiter und ihre Gewerkschaften über die sinn- und erfolgversprechenden Kampfformen. Um sie zu formulieren und vor allem umzusetzen, brauchte es der Aktivisten, wie wir heute sagen würden, die handelten. Gestandene, oft qualifizierte Arbeiter, erfahren in Partei- und Gewerkschaftsdingen. Die Streikleitungen und Ausschüsse wurden basisdemokratisch legitimiert. Jeder kannte jeden, Vertrauen war möglich, aber auch die Abberufung jener, die zu weich, zu unentschlossen waren. Es waren Organe von sich politisch bewusst werdenden Arbeitern und Soldaten, nicht einfach die Masse der Wähler des Parlamentarismus, die nur im Moment einer gelegentlich stattfindenden Wahl gefragt wurden und zu entscheiden hatten – oder lieber zu Hause blieben. Als Kampfinstrumente und Machtorgane sollten die Räte nicht nur diskutieren und entscheiden, sondern selbst handeln, exekutiv wirken.

Aus den Streikleitungen gerade des großen Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 in Deutschland rekrutieren sich Ende Oktober, Anfang November im Deutschen Reich die Matrosen-, Soldaten-, vor allem aber Arbeiterräte. Sie konnten, beginnend in Kiel, die Forderungen für die weiteren Auseinandersetzungen formulieren: Freilassung bzw. Straffreiheit für diejenigen, die sich an den Aufstandsaktionen beteiligten, vor allem aber so schnell wie möglich Frieden, das Ende des Belagerungszustandes, demokratische Reformen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht für Mann und Frau, unabhängig von sozialer oder steuerlicher Stellung. In der Frage, ob Kriegsgewinnler und Kriegsschuldige



Revolutionäre Soldaten im November 1918 vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

bestraft und enteignet werden sollten oder hinsichtlich des Übergangs zur Republik und zur Beseitigung der regionalen Königs- und Fürstenhäuser, war man oft unentschlossen, ja zerstritten. Das betraf erst recht die generelle Forderung nach einer Sozialisierung des kapitalistischen wie junkerlichen Eigentums.¹⁸

Wenn wir die Forderungskataloge der einzelnen Räte nebeneinander legen, dann ist schnell zu sehen, wer hier die Feder geführt hat: Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Spartakusleute oder Revolutionäre Obleute.¹⁹ Entsprechend fielen die Akzente aus. Auch die Praxis der Räte war unterschiedlich – tatsächliche Machtorgane bis hin zu bewaffneter Gewalt in Krisensituationen, aktiv in der Verteilung von Lebensmitteln, Wohnungen und Arbeit oder auch nur das revolutionäre Feigenblatt für die normal weiterarbeitende alte Ministerialbürokratie, der in dieser Revolution qua Erlass des Rates der Volksbeauftragten nicht nur kein Haar zu krümmen war, sondern die nur weiter ihre Pflicht zu erfüllen haben.

Es gab revolutionäre Räte, aber in nicht wenigen Räten fanden sich alte Eliten wieder, konnte leicht ein alter kaiser-treuer Bürgermeister seine Ratsherren zusammennehmen und einen Genossen der MSPD auffordern, nun endlich einen solchen Rat zu bilden. So waren reibungslose Zusammenarbeit und kaum radikale Veränderungen garantiert.

Es wundert angesichts des realen Kräfteverhältnisses in der deutschen Gesellschaft und vor allem in der Linken nicht, dass schon der erste Reichsrätekongress vom 16. bis 21. Dezember 1918 die Selbstentmachtung der Räte als Revolu-

tionsorgane brachte. Die meisten Delegierten waren Mehrheitssozialdemokraten, ihrer Partei, oft auch im Brotberuf als Funktionär, verpflichtet. Sie akzeptierten den Weg zur parlamentarischen Demokratie und das Ende der Revolution. Die brachte wichtige demokratische und soziale Verbesserungen, aber ließ den alten Eliten von Militär, Ministerialbürokratie, Justiz die wahre Macht und tastete die Eigentumsverhältnisse nicht an.

Trotzdem blieb die Erfahrung, dass der Arbeiter, die Arbeiterin, der Soldat in Krisenzeiten handeln können – für ihre Interessen, für einen radikalen Wandel, ja eine Revolution. Gelegenheit dazu sollten sie selten bekommen, wenn sie aber kam, dann versuchten sie es erneut. Aber in der Tat konnten, mit Hans Hautmann, in den Räten nicht nur österreichische oder deutsche oder russische „Arbeiter zu Zehntausenden“ Erfahrungen „in der Schule der Räte-demokratie“ sammeln²⁰ und ein Bewusstsein als Klasse und als Machthabende gewinnen.

Das war so 1945/46 in Deutschland, als in allen Besatzungszonen – unterschiedlich von den Besatzungsmächten goutiert – Arbeiter in Antifa-Ausschüssen, in wieder gebildeten Betriebsräten die Milderung der Not, den Wiederaufbau, das Ausmerzen des faschistischen Ungeistes in die Hand nahmen.²¹ Und siehe da – das heute wieder geläufige Argument, dass einfache Arbeiter nicht einer so großen Aufgabe gewachsen seien –, zerstob in der Praxis. Natürlich machten sie Fehler, mussten Lehrgeld zahlen, griffen auf „bürgerliche Spezialisten“ zurück, denen sie oft genau auf die Finger schauen mussten, aber es ging. So zumindest die Erfahrungen im

Osten Deutschlands, in den osteuropäischen Staaten, an die sich allerdings in postsozialistischen Zeiten niemand mehr erinnern will.

Noch eine Erfahrung sei benannt: Als 1989 in der DDR Bürgerbewegte, SED-Reformer, die normale, sich noch nicht der Abkehr von ihrem Staat und dem Sozialismus verschriebene Mehrheit in der tiefen Krise des Realsozialismus eine antistalinistische Revolution versuchte, war dieser Wille zu basisdemokratischen Strukturen, zum Einmischen in die eigenen Angelegenheiten, zum praktischen Handeln wieder da. Nun waren es Runde Tische, neu gewählte Betriebsräte, die nach Lösungen für die konkreten Arbeitsbereiche suchten, die Direktoren abberiefen und neue wählten, die selbst einen demokratischen Sozialismus im Großen wie im Kleinen aufbauen wollten.²² Der massive Eingriff des westdeutschen Nachbarn sorgte dafür, dass diese Revolution abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration hinübergeleitet wurde.²³ Die basisdemokratischen Organe, selbst der Versuch einer neuen Verfassung des Runden Tisches 1990, der dies alles zu kodifizieren suchte, sollte angesichts der bundesdeutschen Vormacht und der strikten Ablehnung solcher Basisdemokratie jenseits des sichtlich leichter im Interesse des Kapitals zu kontrollierenden und manipulierenden Parlamentarismus keine Geltung haben. Und die bundesdeutschen Gewerkschaften stießen letztlich in das gleiche Horn, wenn sie allein das bundesdeutsche Mitbestimmungsrecht (d.h. das Betriebsverfassungsgesetz) gelten lassen wollten. Eines Rechtes, das in der Tradition der Preisgabe des Rätegedankens bereits in der Weimarer Republik stand.

Was soll Demokratie? Grenzen und Chancen der Räte-demokratie

Wir stehen zweifellos heute vor der Aufgabe, sehr kritisch mit diesen Erinnerungen umzugehen. Wir müssen uns fragen, warum bereits nach Monaten in Deutschland und nach wenigen Jahren in Österreich diese revolutionären Demokratievorstellungen und vor allem diese revolutionäre Demokratiepraxis scheiterten. Zweifellos waren die Gegner einer solchen Wendung der Geschichte und einer solch radikalen Bedrohung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse stark; wenn es möglich war, auch bereit, mit brutalster Gewalt dagegen vorzugehen, in Deutschland schon seit dem Dezember 1918 eine lange

Blutspur ziehend, in Österreich mit anderthalb Jahrzehnten Verzögerung 1934 und generell nach innen und außen mit dem deutschen Faschismus.

Problematischer ist die Uneinigkeit der potenziellen Linken, ihre fehlenden theoretischen Einsichten, ihre mangelnde Kraft zum gemeinsamen Handeln, oft genug der Kampf nicht gegen das Kapital sondern gegen die eigenen Genossen. Das spontane Handeln konnte neue Machtorgane hervorbringen, es bleibt die Frage, wer ihnen Richtung geben konnte, wer einen theoretischen Vorlauf schafft und praktisch das gemeinsame Handeln in einem Staat organisiert. Nur das hohe Lied der Räte zu singen und diese Schwierigkeiten nicht zu sehen und dafür um Lösungen zu ringen, wird in neue Niederlagen führen, auch wenn heute moderne intelligente Technik es verlockend erscheinen lässt, Demokratie neu zu definieren und zu organisieren. Zum Schluss steht immer die Frage, wer diese demokratische Macht ausübt und vor allem wofür und für wen.

Wir stehen heute vor der Herausforderung, dass die praktischen Erfahrungen mit einer Demokratie von unten, mit einer Macht der Arbeitenden und Werktätigen zunehmend vergessen sind und verunglimpft werden. Andererseits erleben viele die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen sozialer Bewegungen, egal, ob alter oder neuer. Das Erinnern und das Lernen wird immer wieder von Neuem beginnen müssen.

Hans Hautmann hat in seiner grundlegenden Studie über die Rätebewegung hervorgehoben, dass es notwendig ist, die Rätebewegung „dem Dunkel der Geschichte zu entreißen, sie aus dem Schatten an Licht zu ziehen, zu zeigen, dass unser Land und unser Volk auch revolutionäre Tradition besitzen“.²⁴ Dies ist drei Jahrzehnte später und nach der großen Niederlage der Linken 1989/91 und angesichts des heutigen Vormarsches rechts-konservativer Kräfte nötiger denn je.

Anmerkungen:

- 1/ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: ders./Friedrich Engels: Werke, Bd. 1. Berlin: Dietz-Verlag 1961, S. 385.
- 2/ Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich. Berlin: Dietz-Verlag 1984 (Schriftenreihe Geschichte).
- 3/ Erschienen in: Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hg.): Das Echo der russischen Revolutionen. Teil 2: Von Deutschland bis Lateinamerika. Eine Welt im Umbruch (1917–1922). Berlin 2017 (Pankower Vorträge,

Heft 214), S. 24–29.

- 4/ Bernd Riexinger: Unbefangen, neugierig und kritisch mit Geschichte umgehen. Begrüßung. Wissenschaftliche Konferenz des Parteivorstandes und der Historischen Kommission der LINKEN „Epochenbruch 1914–1923“, 24.2.2018 (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission/konferenz-epochenbruch-1914-1923/news-default-detailseite/news/unbefangen-neugierig-und-kritisch-mit-geschichte-umgehen> [22.11.2018]).
- 5/ Siehe z.B. Hans Hautmann: Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation. Wien: Globus-Verlag 2014, S. 38ff.
- 6/ Siehe zur deutschen Novemberrevolution und ihren Nachwirkungen: Stefan Bollinger: November '18. Wie die Revolution nach Deutschland kam. Berlin: edition ost 2018. Ein Überblick zur wissenschaftlichen Diskussion zum Thema findet sich bei: Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze: 100 Jahre Novemberrevolution. Ein Literaturbericht, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 115 (2018), S. 33–43.
- 7/ So programmatisch vor knapp einem Jahrzehnt: Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19. Göttingen: Springer Verlag 2010.
- 8/ So der Titel eines Buches, das erst heute die deutsche Öffentlichkeit aufzuschrecken vermag: Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Bonn: Propyläen 2017.
- 9/ Eine gute Übersicht über den Wandel dieser Geschichtsdeutungen bietet Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: De Gruyter 2013.
- 10/ Die Interpretation bestimmten klare Positionen der SED-Führung, die 1958 verbindlich wurden: Die Novemberrevolution in Deutschland. Thesen anlässlich des 40. Jahrestages. [Beschluss des Zentralkomitees vom 19. September 1958 (2. Tagung)], in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII. Berlin: Dietz-Verlag 1961, S. 378f.
- 11/ Ausführlich zu diesem Ansatz: Stefan Bollinger: 1968 – die unverstandene Weichenstellung. Berlin 2008 (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bd. 44).
- 12/ Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. Düsseldorf: Droste Verlag 1963; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Frankfurt/M., Berlin, Wien: Ullstein Verlag 1978 (Erstausgabe Düsseldorf: Droste Verlag 1962).
- 13/ Siehe Sebastian Haffner: Die verrätene Revolution. Deutschland 1918/19. Bern, München, Wien: Scherz Verlag 1969. Spätere Aus-

gaben verzichteten teilweise auf den Verratsbegriff und begnügten sich mit dem Titel „1918/1919 – eine deutsche Revolution“. So die Ausgabe unter diesem Titel bei Reinbek bei Hamburg: rowohlt 1981.

14/ Siehe Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien: Europa-Verlag 1987.

15/ Siehe ders.: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa-Verlag 1971.

16/ Hautmann: Rätebewegung, S. 683.

17/ Ebd., S. 17.

18/ So schon ablesbar aus den ersten Forderungen der Matrosen, Soldaten und Arbeiter Anfang November 1918 in Kiel zu Beginn der Revolution: Kurt Artelt: Mit der roten Fahne zum Vizeadmiral Souchon, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919. Berlin: Dietz-Verlag 1957, S. 93f.; Lothar Popp, unter Mitarbeit von Karl Artelt: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1919. Wie die deutsche Republik entstand. Kiel: Behrens 1918, S. 16.

19/ Siehe z.B. Gerhard Engel: Potenzen und Grenzen der Räte in der deutschen Revolution 1918/19, in: „Helle Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hg.): Revolution gegen Kaiser und Krieg 1918/19. Für demokratische Republik, Frieden und Sozialismus? Teil 1: Zum Platz der Novemberrevolution in der Geschichte. Berlin 2018 (Pankower Vorträge, Heft 219), S. 28–34.

20/ Hautmann: Rätebewegung, S. 687.

21/ Gerade weil es vergessen und verdrängt wird: Das galt auch für die westlichen Besatzungszonen. Siehe vor allem Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1976.

22/ Siehe z.B. Stefan Bollinger: Basisdemokratie und Verteidigung der Rechte abhängig Beschäftigter – Was aus den Erfahrungen des 41. Jahres der DDR zu lernen ist, in: Siegfried Prokop/Rainer Holze (Hg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag. Berlin: Dietz-Verlag 2011, S. 167–179.

23/ Siehe ders.: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999; ders. (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin: Dietz-Verlag 2004.

24/ Hautmann: Rätebewegung, S. 687.



Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945 („Hautmann/Kropf“)

Anmerkungen über Genese, Inhalt und Wirkung

RUDOLF KROPF

Hans Hautmann begegnete ich erstmals im Jahr 1968 anlässlich der ITH-Konferenz (Internationale Tagung der Geschichte der Arbeiterbewegung) im Jägermeierhof in Linz. Hans war damals mit der Tonbandaufnahme der Veranstaltung befasst. Bald darauf, im Jahr 1969, trafen wir einander als Assistenten an der neu gegründeten Hochschule für Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften, der späteren Johannes Kepler Universität, in Linz wieder. Er war neben Gerhard Botz am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte bei Universitätsprofessor Karl Rudolph Stadler und ich an der Lehrkanzel für Wirtschafts- und Sozialgeschichte bei Universitätsprofessor Gustav Otruba beschäftigt.

Adolf Sturmthal, ein aus Österreich stammender und in Amerika lebender und lehrender Wissenschaftler, suchte für einen sozialwissenschaftlichen „Reader“ einen Autor für einen Beitrag über die österreichische Arbeiterbewegung, der auch die ökonomische und soziale Seite berücksichtigen sollte. Karl R. Stadler schlug Hans Hautmann und mich vor. Doch Sturmthal benötigte keine Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern eine Analyse der damaligen Situation.

Unser Manuskript über die österreichische Arbeiterbewegung für Sturmthals Reader gefiel Karl R. Stadler und er ersuchte uns, dieses zu einem Buch auszubauen. Stadler war im Jahr 1938 vor den Nationalsozialisten aus Österreich nach England geflüchtet und wurde 1968 als Universitätsprofessor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an die Linzer Hochschule berufen. Er plante mit seinem Universitätsinstitut, die österreichische Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre zu forcieren und gründete ein eigenes Forschungsinstitut mit der „Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung“.

In der österreichischen Geschichtsforschung fehlte damals noch ein wichtiges Element, nämlich die Erkenntnis von der Interdependenz von sozioökonomischer Entwicklung und gesellschaftlicher Aktion in ihrem historischen Ablauf,

„ein Mangel, dem durch gezielte Studien abgeholfen werden muss“,¹ wie Stadler im Vorwort zum gegenständlichen Buch schrieb. Die Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl R. Stadler gab erstmals einen Überblick über den Stand der Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu Beginn der 1970er Jahre.² Die Themen des Buches – Geschichte der Habsburger-Monarchie, Österreich 1918–1938, Zweite Republik, Geschichte der Arbeiterbewegung, Probleme der Industriegesellschaft, Schule und Erwachsenenbildung – können als ein Programm des damals neuen Instituts an der Linzer Universität angesehen werden. Zehn Jahre später zogen Stadler und seine MitarbeiterInnen in einem Sammelband – mit den Kapiteln Biographische Beiträge, Regionalstudien, Kultur- und Geistesgeschichte, Sozialgeschichte – Bilanz über „10 Jahre Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“.³

Jedes Kapitel wurde von Hans Hautmann und mir zunächst besprochen, die Schwerpunkte und Linien festgelegt, dann verfasste jeder von uns seinen Teil: Hans über die Arbeiterbewegung und ich über Wirtschaft und Gesellschaft. Hierauf wurden die Abschnitte aufeinander abgestimmt und einer Endredaktion unterzogen. Unser ursprünglich gesetztes Ziel, bis Ende 1972 ein druckreifes Manuskript vorlegen zu können, konnte nicht eingehalten werden. Einerseits waren wir mit dem Aufbau der beiden Universitätsinstitute und der Lehrtätigkeit beschäftigt, andererseits hinderten uns manche Institutsinterna daran, am Manuskript zu arbeiten, was die geplante Drucklegung des Buches ebenso verzögerte, weil ich fast nur abends daran arbeiten konnte.

Klarstellung wesentlicher Begriffe

Stadler formulierte für unser geplantes Buch einige Vorgaben. Eine Untersuchung der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung müsse im Rahmen der sozio-ökonomischen Entwicklung des Staates erfolgen und daher folgende Leitlinien beachten:⁴

- Zunächst war die relative Rückständigkeit Österreichs gegenüber den westeuropäischen Staaten zu berücksichtigen. Die verspätete Industrialisierung der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte durch Tempo und Ausprägung auch einen weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

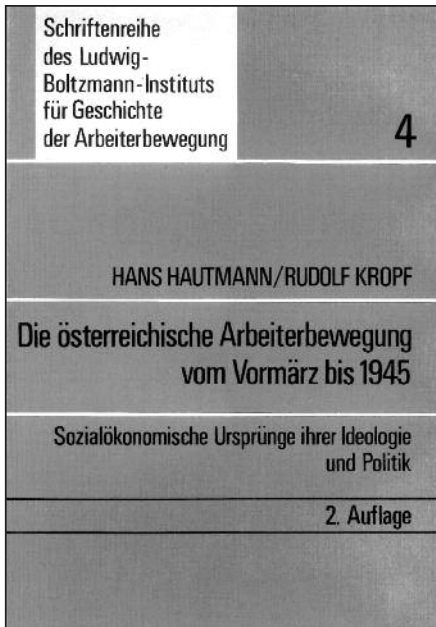
- Der gemischt-nationale Charakter des österreichischen Staates muss unbedingt in die Betrachtung miteinbezogen werden, da sich aus diesem Faktor Komplikationen ergaben, die sich einerseits auf die objektiven gesellschaftlichen Umstände und andererseits auch auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung auswirkten.

- Ferner konnte die Arbeiterbewegung in Österreich an gewisse Traditionen anknüpfen, die zum Teil bis in das 17. Jahrhundert zurückreichten – vor allem bei den frühen Manufakturen und Staatsbetrieben, wie den Salinen oder der Linzer Wollzeugmanufaktur mit zeitweise über 50.000 Beschäftigten.⁵

Darüber hinaus war es für die Studie über die österreichische Arbeiterbewegung unbedingt notwendig, bestimmte Begriffe vorab zu klären.⁶

1.) Der Wandel des Begriffs „Österreich“: Das Jahr 1918 bildete hier eine wesentliche Zäsur. Bis dahin verstand man in der Regel unter Österreich die österreichische Reichshälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie, vor allem die industrialisierten Kernländer mit Böhmen und Mähren mit der Schaffung eines Industrieproletariats – in diesen Ländern hatte die Bewegung „ihre wahre Stärke“. Die tschechischen und sudetendeutschen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen dieser Region hatten auch einen Einfluss auf die innerösterreichische Bewegung. Nach 1918 bezieht sich dann der Terminus österreichische Arbeiterbewegung nur mehr auf die Republik Österreich.

2.) Der Begriff Arbeiterbewegung ist in Österreich nie gewerkschaftlich oder parteipolitisch aufzufassen, sondern stellt immer eine Verbindung von sozialen Kämpfen und politischen Zielsetzungen dar. Neben den Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen – „die



Der „Hautmann/Kropf“ erschien erstmals 1974 sowie 1976 in zweiter und 1978 in dritter Auflage.

siamesischen Zwillinge“, wie sie Victor Adler bezeichnete – stand die Sozialdemokratie an der Spitze.⁷ Dieses Verhältnis hielt bis 1934 an, dem Jahr der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie.

3.) Einflüsse auf die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung, die weitgehend sowohl die Zielsetzungen als auch die Methode bestimmten:

- Bis zum Ersten Weltkrieg war der Einfluss der deutschen Arbeiterbewegung sowohl durch die Intension als auch mit deren tatkräftiger deutscher Unterstützung bestimmend.

- In der Ersten Republik (1918–1938) übte die Sowjetunion eine beträchtliche Anziehungskraft auf die Arbeiterbewegung aus, bei fast einhelliger Ablehnung der kommunistischen Bewegung.

Periodisierung der Arbeiterbewegung

Die Periodisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung verlief in der Regel parallel zu den wesentlichen Abschnitten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Österreichs:

1.) Die Frühindustrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – einschließlich den Vorläufern der Fabriken, den Gesellenbruderschaften, Manufakturen, Salinen etc. mit (Staats-)Betrieben von oft Zigtausend Arbeitern und mit den Anfängen der Arbeiterklasse – bildete die Vorbedingungen für die spätere industrielle Entwicklung.

2.) Die Revolution von 1848: Erstmals spielte die Arbeiterschaft vor allem in

Wien im Barrikadenkampf gegen die Truppen von Windischgrätz eine tragende Rolle. Jene hatte auch den höchsten Blutzoll unter den Revolutionären.⁸

3.) Der Hochkapitalismus vom Anfang der 1860er Jahre bis zum Ersten Weltkrieg⁹ mit der Entstehung der Großindustrie und der modernen Arbeiterbewegung lässt sich folgendermaßen untergliedern:

- Neoabsolutismus und Verfassungsexperimente (1848–1867): Der rasch vorangetriebene Eisenbahnbau förderte die Industrialisierung. Die Arbeiterbewegung kämpfte gegen den habsburgischen Staat um Grundrechte, wie das Versammlungs- und Vereinsrecht mit den beiden Gegenpolen der Bewegung „Selbsthilfe“ oder „Staatshilfe“.

- Anfänge der modernen Arbeiterbewegung (1867–1870): Der mehr oder minder schrankenlose Liberalismus führte nach 1867 letztlich zum Wiener Börsenkrach von 1873. Die damals in großer Zahl gegründeten Arbeiterbildungsvereine kämpften um das Koalitionsrecht.

- Wirtschaftskrise und Fraktionskämpfe (1870–1889): Die Wirtschaftskrise von 1873 – „die große Depression“ – brachte zunächst einen Niedergang, der bis Ende der 70er Jahre anhielt. Erst dann kam es zu einem zaghaften, immer wieder von Rückschlägen unterbrochenen Anstieg der Konjunktur. Der Parteitag von Neufeld (5. April 1874) mit einem neuen Programm konnte die Spaltung zwischen Oberwinder und Scheu – dem Streit zwischen Gemäßigten und Radikalen – und ein Abgleiten in terroristische Aktionen nicht verhindern.

- Hochkonjunktur und Nationalitätenkonflikt (1889–1914): Die Wirtschaftskrise vergrößerte die ökonomische Rückständigkeit Österreichs. Die zyklische Entwicklung der Wirtschaft fand bis 1914 eine Parallele in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Eine Konzentration der Banken und Aktiengesellschaften steuerte in der Monarchie eine Monopolbildung. Für die Arbeiterbewegung war der Hainfelder Parteitag (1888/89) mit der Einigung der zerstrittenen Lager auf ein Programm unter der Führung von Viktor Adler das Fundament für die weitere Entwicklung. Der Abschluss von Kollektivverträgen verbesserte nach 1896 die Löhne der Arbeiter und verkürzte die Arbeitszeit. Der christlich-soziale Wiener Bürgermeister Karl Lueger leitete nach seiner Wahl 1897 in der Reichshauptstadt eine Kommunalisierungswelle ein, den so genannten Wiener Kommunalsozialismus. Wei-

tere Schwerpunkte waren damals der Revisionismus, die Arbeiterbewegung und der Nationalitätenkonflikt¹⁰ sowie der Austromarxismus.¹¹

4.) Der Erste Weltkrieg (1914–1918): Die Ausbildung von vier Phasen der Kriegswirtschaft war der wirtschaftliche Ausdruck des Niedergangs der Habsburgermonarchie. Mit dem Attentat von Friedrich Adler auf den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh wandelte sich die Einstellung der Arbeiterschaft zum Krieg und war ein Motor für die Massenbewegung am Ende des Kriegs.

5.) Von der Donaumonarchie bis zum „Anschluss“ an das Deutsche Reich: Im Mittelpunkt dieses Abschnitts steht die Neuorganisation der österreichischen Wirtschaft, die Umstrukturierung und Konzentration auf das verkleinerte Staatsgebiet mit einer charakteristischen, weitgehenden Auslandsfinanzierung sowie -beteiligung (Genfer Protokolle 1922). Der Zweifel an der „Lebensfähigkeit Österreichs“¹² förderte den Gedanken eines Anschlusses an das Deutsche Reich. Nach der Regierungsbeteiligung bis zum Jahr 1920 befand sich die Sozialdemokratie in Opposition zu der zunehmend zum Rechtsextremismus abgleitenden christlich-sozialen Partei mit sich laufend verschärfenden Gegensätzen.

- Die Erste Republik (1918–1934): Der „Rest“ der Habsburgermonarchie musste sich nach dem Friedensvertrag von St. Germain (10. September 1919) erst als eigenes Staatswesen etablieren.

- Inflation und revolutionäre Nachkriegskrise (1918–1922): Die schwierige Lage und das Erbe der Monarchie führten zu einer galoppierenden Inflation (Hyperinflation). Die revolutionäre Nachkriegskrise,¹³ die Sozialdemokratie war erstmals führend an der Regierung beteiligt, und die Rätebewegung begünstigten die beispiellose Sozialpolitik von Ferdinand Hanusch.¹⁴

- Stabilisierungskrise und Hochkonjunktur (1922–1929): Die Konsolidierung der Währung leitete nach der damit verbundenen Wirtschaftskrise bis Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts eine Hochkonjunktur bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 ein. Der zentrale Punkt dieser Epoche war aber das „Rote Wien“, ein Aufbauwerk unter der Führung der Sozialdemokratie, das zeigen sollte, was der Sozialismus zu leisten imstande ist, und im Gegensatz zu den konservativen Bundesländern stand.

- Weltwirtschaftskrise und Niedrigkonjunktur (1929–1934): Der Banken-



Kolloquium zum Gedenken an Hans Hautmann am 24. November 2018 in Wien (v.l.): Rudolf Kropf, Claudia Kuretsidis-Haider und Manfred Mugrauer.

krach von 1929 traf schwer die noch im Umbau begriffene österreichische Wirtschaft mit einer äußerst hohen Arbeitslosigkeit. Die Krise führte einerseits bei den Unternehmen zu einem Betriebsfaschismus, andererseits zur Ausschaltung des Parlaments und letztlich zum 12. Feber 1934 mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und aller ihr nahestehenden Organisationen.

- Die Arbeiterbewegung im Ständestaat – „Austrofaschismus“ (1934–1938): Österreich war von 1913 bis 1937 in Europa das einzige Land mit einer schrumpfenden Wirtschaft – minus 0,4 Prozent jährlich. Der „Ständestaat“ brachte eine völlige Umgestaltung auf sozialrechtlichem Gebiet („Berufsständische Ordnung“) mit der Bildung berufsständischer Körperschaften, die sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der sieben Berufsstände zusammensetzten. Nach der Niederlage von 1934 befand sich die Arbeiterbewegung sowohl in der Illegalität als auch im Widerstand.

6.) Die Arbeiterbewegung unter nationalsozialistischer Herrschaft (1938–1945): Österreich wurde nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich sofort in die Aufrüstung für einen Krieg miteinbezogen. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ löste die Arbeiterkammern und die Einheitsgewerkschaft sogleich auf und gliederte sie in die *Deutsche Arbeitsfront* (DAF) ein. Die Lage der Arbeiter orientierte sich im Dritten Reich an den Kriegszielen der NSDAP. Durch Schlagworte wie „Arbeit adelt“, „Arbeitsschlacht“, „Soldat der Arbeit“ sollte der Bevölkerung ein neues Arbeitsethos suggeriert werden und ihre

Einordnung in die nationalsozialistischen Arbeiterorganisationen erfolgen. Erst gegen Kriegsende konnten gegen die Nationalsozialisten in größerem Ausmaß Möglichkeiten der Résistance – bewaffneter Kampf in Partisanenverbänden – verwirklicht werden.

Fasst man nun die Hauptkriterien der Analyse der Entwicklungstendenzen der Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

1.) Ausschlaggebend ist die objektive Situation der Arbeiterschaft, ihre ökonomische Lebenslage, ihre rechtliche Position und ihre politische Rolle im Staat.

2.) Ihre Kampfmittel und Kampfformen reichen von eigenständigen Organisationen bis zu paritätischen Kommissionen und Körperschaften des öffentlichen Rechts, von Streiks und Demonstrationen bis zur Mitarbeit an gesetzlichen Regelungen.

3.) Kurz- und längerfristige Zielsetzungen und Perspektiven sind ihre Strategie und Taktik im Tageskampf wie auch die ideologisch determinierten politischen Ziele.

Reaktionen in der Geschichtswissenschaft

Von 1974 bis 1978 sind drei Auflagen und ein Nachdruck des Buches von Hans Hautmann und Rudolf Kropf über die österreichische Arbeiterbewegung erschienen. Die erste Auflage war rasch vergriffen und auch ein Nachdruck mit 10.000 Stück bald verkauft. Eine zweite, verbesserte und korrigierte Auflage erschien 1976. Infolge eines Beschlusses der Kammer für Arbeiter und Angestell-

te für Oberösterreich, den „Hautmann/Kropf“ auch den Betriebsräten und Betriebsrätinnen in diesem Bundesland zugänglich zu machen, kam 1978 noch eine relativ rasch vergriffene 3. Auflage hinzu. Somit ist der „Hautmann/Kropf“, wie vor allem die Studierenden das Buch bezeichneten, seit den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts bis heute das wohl mit Abstand am meisten in Österreich verkaufte historische, wissenschaftliche Werk, abgesehen von den Lexika und Handbüchern, wie etwa Erich Zöllners „Geschichte Österreichs“.

Relativ bald nach dem Erscheinen der dritten Auflage wurden Stimmen laut, die eine neuerliche Drucklegung des Buches wünschten. Immer wieder tauchte die Frage auf, wann eine vierte Auflage erscheinen wird. Doch Hans Hautmann und ich waren mit unserer Habilitation beschäftigt, danach folgte bei mir u.a. 1987 die oberösterreichische Landesausstellung „Arbeit/Mensch/Maschine“, dann der Bau des evangelischen Studentenheims und danach die Einrichtung des Universitätslehrgangs für Tourismusmanagement an der Johannes Kepler Universität Linz.

Einer der eifrigsten österreichischen Wissenschaftler, der eine Neuauflage von „Hautmann/Kropf“ wünschte, war Thomas Winkelbauer, der Direktor des Instituts für österreichische Geschichtsforschung der Universität Wien. Bei jeder Begegnung fragte er, wann die vierte Auflage des „Hautmann/Kropf“ auf den Markt kommen werde. Vor ein paar Jahren meinte er dann resignierend: „Na, dann macht’s wenigstens einen Nachdruck der letzten Auflage!“

Immer wieder verlangten auch Personen verschiedenster Bevölkerungsschichten nach dem Buch. Hiermit zeigte sich, dass weiterhin Interesse und Bedarf an diesem Thema vorhanden waren. Einige Tausend – überwiegend junge Menschen – benützen nach wie vor den „Hautmann/Kropf“ in Kursen der politischen Bildung, in Jugendorganisationen, aber auch im Studium an den österreichischen Universitäten als Textbuch und Einführung in die komplexe Materie. Für das Buch erhielten Hans Hautmann und Rudolf Kropf den Preis des Theodor Körner Stiftungsfonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst.

Wie wurde das Buch in der Öffentlichkeit aufgenommen?

Drei Auflagen und ein Nachdruck sind ein Indikator für eine breite Akzeptanz des Buches auch in der Bevölkerung. In

den nächsten Jahren nach der Drucklegung des Buches erschienen von Fachhistorikern, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, Erwachsenenbildnern, Lehrern etc. sowohl im In- als auch im Ausland in verschiedenen Fachzeitschriften z.B. in der BRD, der DDR, der Sowjetunion, in England, in den USA, in Schweden, Dänemark, Norwegen, Italien, Israel etc., in diversen historischen Zeitschriften (*Rivista Internazionale di Scienza sociali*, *Historical Review*, *Ba'shaar-Social and Cultural Review*, *Historische Zeitschrift*, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung (MIÖG)*, *Wiener Geschichtsblätter*, *Der Donauraum* und in diversen regionalen Blättern), ebenso in Zeitschriften der Volkshochschulen (*Bücher für den Erwachsenenbildner*) und der Gewerkschaften (*Der Eisenbahner*, *Gewerkschaftliche Monatshefte*), in Tageszeitungen (*Wiener Zeitung*, *Salzburger Nachrichten*, *Tagblatt*, *Stuttgarter Zeitung*), im Rundfunk (Deutschlandfunk), in politischen Zeitschriften (*Sozialistische Erziehung*, *Gemeinwirtschaft*) etc. eine Vielzahl von Rezensionen. Bis auf wenige Ausnahmen wurde das Erscheinen des Buches begrüßt und auf die neue Darstellungsweise der Arbeiterbewegung mit Wirtschaft und Gesellschaft im Konnex hingewiesen.

Hier eine Auswahl einiger Rezensionen: Peter Burian begrüßte nahezu euphorisch das Buch: „Das Konzept ist bestechend: Anfänge und Entfaltung der Arbeiterbewegung in einem bestimmten Staat einmal nicht als ideen- oder organisationsgeschichtliches Thema abzuhandeln, sondern als „Überbau“ einer „Basis“ darzustellen, als welche sich die Wirtschaft und ihre Entwicklung innerhalb eines politischen Gemeinwesens von selbst anbieten. „Die Arbeit von Hautmann-Kropf beschreitet neue Wege: sie führt weg von der traditionellen ideen- und organisationsgeschichtlichen Untersuchung und hin zu einer interdisziplinären, umfassenderen Analyse des historischen Geschehens. Es ist zu hoffen, dass dieser bahnbrechenden Untersuchung bald weitere folgen!“¹⁵

Walter Goldinger führte aus: „Von allen Orten werden Daten zusammengetragen, sozialökonomische, die ein Bild von der jeweiligen objektiven Lage der Arbeiterschaft geben sollen, ebenso, wie die ideologischen Entwicklungslinien hervortreten. Beide Blickpunkte werden in anregender Weise verknüpft, die alleinige Berechtigung des einen oder anderen abgelehnt.“¹⁶

Anton Pelinka schrieb: Es „muss der methodische und inhaltlich vorbildliche Charakter der vorliegenden Arbeit betont werden [...]. In Verbindung mit der angeschlossenen, umfangreichen und kommentierten Bibliographie bieten Hautmann und Kropf eine seriöse Abhandlung fernab von Hagiographien, die ja nur die Fortsetzung der dynastischen Geschichtsschreibung mit anderen Vorzeichen sind. Hautmann und Kropf repräsentieren so das sozialwissenschaftliche Selbstverständnis der jüngeren österreichischen Historiker.“¹⁷

Wolfgang Häusler hob hervor: „Das mit großem Engagement und profunder Sachkenntnis geschriebene Werk kann so als echte Bereicherung der Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in Österreich begrüßt werden.“¹⁸ Paul Roth meinte: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass man den Autoren zu diesem Buch nur gratulieren kann. Es besticht an Stil und Objektivität, wenngleich es nicht ohne Engagement geschrieben ist, und kann nicht nur den Fachmann, sondern auch den Laien erfreuen.“¹⁹

Rudolf Neck hob die „die kritische Einstellung der jungen Autoren“ hervor, „die keine offizielle Parteigeschichte, kein Erbauungsbuch, bieten wollten, sondern um Objektivität bemüht

waren“.²⁰ Ernst Hanisch stellte fest: „Das Buch ist ein Signal [...], dass auch in Österreich die Historiographie in Bewegung geraten ist. Und das ist durchaus ein Kompliment für die Autoren.“²¹ Lorenz Mikoletzky resümierte: „vollaufgeglückt. Vorerst ist dieser Band für jeden an der Geschichte Österreichs interessierten Leser eine Pflichtlektüre.“²²

Eine kritische Rezension verfasste John Bunzl: „Weiters scheint es unumgänglich, auch in einer nur kurzen Abhandlung stärker auf den internationalen Kontext der Arbeiterbewegung einzugehen.“²³ Auch Hans Fenske äußerte sich kritisch zu dem Buch: „Während die wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklungslinien sehr klar herausgearbeitet werden, kommt die parteigeschichtliche Darstellung zu kurz und zerläuft demzufolge auch etwas. Streckenweise tritt so die eigentliche Intention des Buches, Parteigeschichte auf breiter Basis zu bieten, zurück zugunsten einer kurz gefassten Wirtschaftsgeschichte mit parteigeschichtlichen Annexen.“²⁴

Zuletzt noch zwei negative Rezensionen. Gerhard Hilke aus der DDR meinte: „Das Wirken der KPÖ spielt in den Darlegungen kaum eine Rolle. Es fehlen völlig Ausführungen über die Einheitsfront der KPÖ.“²⁵ Susanne Miller schrieb eine umfangreiche kritische und zum Teil negative Stellungnahme, vorwiegend zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie suchte in diesem Buch eine reine Parteigeschichte und ging damit völlig am Thema vorbei. „Nicht trotz, sondern gerade wegen seiner Mängel sollte der Versuch von Hautmann und Kropf auf die Geschichtsschreibung anregend wirken.“²⁶

2016 machte mich der Direktor des Österreichischen Staatsarchivs, Wolfgang Maderthaner, anlässlich einer Enquete im Palais Epstein in Wien mit einem Herrn der Ministerialbürokratie bekannt, der mich wie folgt begrüßte: „Also der Zweite vom Hautmann! Ich habe Ihr Buch nicht gelesen, nein, ich habe es verschlungen! Ganze Seiten konnte ich auswendig deklamieren!“

Was war das Neue am „Hautmann/Kropf“?

Bis in die 1970er Jahre war die Arbeiterbewegung von der Geschichtsforschung sehr vernachlässigt worden. Bis dahin gab es in Forschung und Lehre der Geschichte der Arbeiterbewegung vorwiegend zwei Schwerpunkte: Partei- und organisationsgeschichtliche Darstellungen sowie ideengeschichtliche Arbei-

Friedensfragen

Stand- und Streitpunkte



Mit Beiträgen von Samir Amin (†), Matin Baraki, Gerhard Feldbauer, Wolfgang Gehrcke/Christiane Reymann, Joachim Guiliard, Lühr Henken, Stefan Kühner, Anton Latzo, Karin Leukefeld, Norman Paech, Karl-Heinz Peil, Wolfgang Reinicke-Abel, Anne Rieger, Björn Schmidt, Lucas Zeise

Die Stand- und Streitpunkte u. a.: Russland – Partner der Friedensbewegung • Syrien – eine Revolution adoptieren • USA/Iran – Geostrategische Hintergründe • 70 Jahre Israel – 70 Jahre Naqba • Kolonialkriege als Vorgefachte • Raus aus der NATO • Der »Querfront«-Vorwurf • BRD – Aufrüstung ohne Ende • Nationale Souveränität – wozu? • Afrika-Politik der VR-China • Der Dreißigjährige Krieg und die materialistische Geschichtsauffassung u. v. m.

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

ten. Es fehlten wirtschafts- und sozialgeschichtliche Analysen, wie Konjunkturverlauf, industrielle Entwicklung, Lebensstandard, Lohnverhältnisse, Ernährungs- und Beschäftigungslage, Wirtschaftskrisen etc. und deren Einfluss z.B. auf die Stärke und Schwäche der Arbeiterbewegung.

Dabei lässt sich besonders gut nachweisen, wie der ökonomisch-materielle Faktor, die objektive Lage, seine Wirkungen auf die Ideologie und Politik der Bewegung und ihrer Partei ausübt. Victor Adler hatte man bereits 1906 den Vorschlag gemacht, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu verfassen. Adler aber meinte dazu: „Will man nämlich mehr als Bausteine zu einer Geschichte geben [...] so müsste man den Zusammenhang mit der politischen und insbesondere der ökonomischen Geschichte Österreichs herstellen.“²⁷

Das vorliegende Buch enthält zwei wesentliche Akzente, die in ihrer Zusammenschau damals weitgehend neu in der Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung waren: Zum einen die wirtschaftliche Entwicklung und objektive Lage der Arbeiterschaft sowie zum anderen deren Ideologie und Politik. Der „Hautmann/Kropf“ bietet eine gedrängte Gesamtschau des ersten Jahrhunderts der österreichischen Arbeiterbewegung unter Miteinbeziehung von Wirtschaft und Gesellschaft, wobei erstmals in Österreich in dieser Form die Verbindung von Arbeiterbewegung, Wirtschaft und Gesellschaft für eine Geschichte der Arbeiterbewegung zur Erklärung ihrer Entwicklung herangezogen wurde.

Die Arbeit am Buch bedeutete für beide Autoren auch eine bestimmte Gefahr. Drohbriebe oder Schmähungen seitens rechter radikaler Gruppen waren vor allem anfangs keine Seltenheit. Im Jahr 2005 gingen Hans Hautmann und ich an der Johannes Kepler Universität in Linz in Pension. Zufälligerweise übersiedelten wir beide nach Wien. Von Zeit zu Zeit trafen wir einander in Wien in einem Kaffeehaus. Etwa vor zwei Jahren beschlossen wir, unsere losen Kontakte zu intensivieren und eventuell über ein gemeinsames Projekt nachzudenken. Leider kam es nicht mehr dazu.

Anmerkungen:

1/ Karl Rudolph Stadler, Zu dieser Studie, in: Hans Hautmann/Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (Schriftenreihe des Ludwig Boltz-



Hans Hautmann (rechts) mit dem Berliner Historiker Heinz Karl bei der Festveranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft zu seinem 70. Geburtstag am 2. Oktober 2013 in der Alten Kapelle (Altes AKH) in Wien.

mann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 4). Wien, München, Zürich: Europa-Verlag 1978 (3. unveränderte Auflage), S. 8.

2/ Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad (Hg.): Geschichte und Gesellschaft, Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1974 (Publikationen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung).

3/ Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad/Josef Weidenholzer (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien, München, Zürich: Europa-Verlag 1978.

4/ Stadler: Zu dieser Studie, S. 8.

5/ Michaela Pfaffenwimmer/Gerhard Pfeisinger: Zur Hebung des Nahrungsstandes. Arbeitskräftebedarf der Linzer Wollzeugfabrik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Rudolf Kropf (Hg.): Arbeit/Mensch/Maschine. Der Weg in die Industriegesellschaft (Oberösterreichische Landesausstellung 1987, 30. April bis 2. November 1987 in Steyr-Wehrgraben). Linz: Gutenberg 1987, S. 75.

6/ Stadler: Zu dieser Studie, S. 8f.

7/ Ebd., S. 9.

8/ Wolfgang Maderthaner: Bedenkliche Classen, moralische Ökonomie, in: 1848. Die vergessene Revolution (VGA – Geschichte der Arbeiter/innen/bewegung, Dokumentation, Nr. 1–4). Wien 2018, S. 35–42.

9/ Zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs vgl. Herbert Matis: Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin: Duncker & Humblot 1972.

10/ Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien: Europa-Verlag 1963.

11/ Norbert Leser: Zwischen Reformismus und

Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien: Europa-Verlag 1968.

12/ Peter Eigner/Andrea Helige (Hg.): Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung. Wien, München: Verlag Christian Brandstätter 1999, S. 135–140.

13/ Vgl. Otto Bauer: Die österreichische Revolution. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1965.

14/ Otto Staininger (Hg.): Ferdinand Hanusch (1866–1923). Ein Leben für den sozialen Aufstieg. Wien, München, Zürich: Europa-Verlag 1973 (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 3).

15/ *Historische Zeitschrift* (HZ), Bd. 221 (1976), S. 721–723.

16/ *Das historisch-politische Buch*, 23. Jg. (1974), Nr. 12.

17/ *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung* (IWK) (1975), S. 289f.

18/ *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung*, Bd. 82 (1974), S. 524.

19/ *Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark*, 66. Jg. (1975).

20/ *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, Bd. 27 (1974), S. 452f.

21/ *Die Zeit im Buch* (Wien), Nr. 3/1974.

22/ *Wiener Geschichtsblätter*, 32. Jg. (1977), S. 193 und 248.

23/ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (1974), S. 423f.

24/ *Politische Vierteljahrsschrift* (Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft), 17. Jg. (1976), S. 392f.

25/ *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1975), S. 841f.

26/ *Archiv für Sozialgeschichte* (1975), S. 471–475.

27/ *Der Kampf*, 22. Jg. (1929), S. 22.

Hans Hautmann und die Geschichtsschreibung der KPÖ

MANFRED MUGRAUER

Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, und hier wiederum die Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, war einer der zentralen Forschungsschwerpunkte von Hans Hautmann. Ein Thema der Parteigeschichte stand am Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn von Hans Hautmann, und sie ließ ihn in seinem fünfzigjährigen Wirken als Historiker nicht mehr los. Mit dem Namen Hans Hautmann ist auch eine qualitativ neue Entwicklungsstufe der KPÖ-Geschichtsschreibung verbunden, die sich als „Professionalisierung“ beschreiben lässt. So erfolgte in den 1970er Jahren in der Historiographie der KPÖ der Übergang von einer traditionellen „Hausgeschichtsschreibung“ hin zu einer wissenschaftlich fundierten und quellen-gesättigten Erforschung der eigenen Geschichte. Dieser Prozess wurde wesentlich von Hans Hautmann geprägt.

Bis in die frühen 1970er Jahre wurde die KPÖ-eigene Geschichtsschreibung vor allem von ParteifunktionärInnen getragen, etwa von Friedl Fűrberg, Leopold Hornik, Franz Marek, Hermann Mitteräcker, Leopold Spira, Franz Strobl, Anna Strömer, Franz West und Erwin Zucker-Schilling. Die Tatsache, dass diese FunktionärInnen die Geschichte auch aus dem eigenen Erleben wiedergaben, machte deren Arbeiten durchaus lebendig, und sie sind auch heute noch mit Gewinn zu lesen. Es gab bis zu diesem Zeitpunkt jedoch keine systematischen Anstrengungen, die Parteigeschichte zu erforschen, sondern es erschienen meist zu runden Jahrestagen (Jännerstreik 1918, Juli 1927, Februar 1934, „Anschluss“ im März 1938, antifaschistischer Widerstand, Befreiung im April 1945, Oktoberstreik 1950 usw.) entweder kleinere Broschüren oder einzelne Beiträge in den Parteimedien, etwa in *Weg und Ziel*, der theoretischen Zeitschrift der KPÖ, oder in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der Partei.¹ Diese Veröffentlichungen über die KPÖ-Geschichte aus der Zeit vor Hans Hautmann waren an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik – von Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik – angesiedelt. Neben ihrer Funktion der Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung strahlten sie auch in die akademische Zeitgeschichtsforschung in

Österreich aus, wo die KPÖ-Geschichte bis in die 1970er Jahre de facto gar kein Thema war.

Historische Kommission der KPÖ

Die erste geschlossene Darstellung der KPÖ-Geschichte erschien 1976 in Gestalt einer Broschüre mit dem Titel „Beiträge zur Geschichte der KPÖ“. Aus dieser im Manuskriptdruck veröffentlichten Publikation ging ein Jahr später die erste Monographie über die Geschichte der KPÖ hervor, die – wegen der Farbe ihres Einbands – so genannte „rote“ Parteigeschichte mit dem Titel „Geschichte der KPÖ 1918–1955. Kurzer Abriss“. Ihr folgte zehn Jahre später, im Jahr 1987, die wesentlich umfangreichere „graue“ Parteigeschichte, die ebenso wegen der Farbe ihres Covers so bezeichnet wurde. An allen drei Publikationen hatte Hans Hautmann einen hervorragenden Anteil.

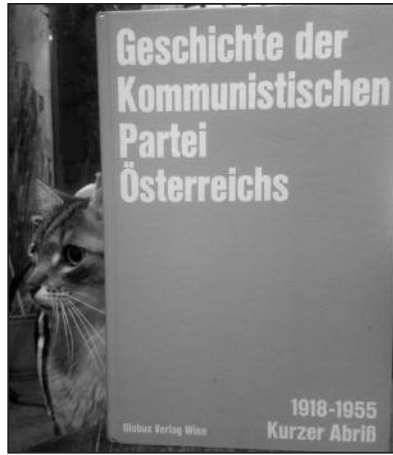
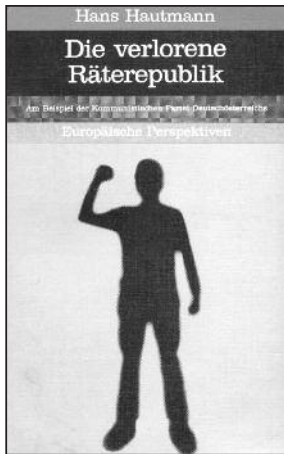
Die beiden erstgenannten Publikationen waren Gemeinschaftswerke von „Parteiveteranen“ und jungen professionellen Historikern. Die beiden Fachhistoriker waren Hans Hautmann und Winfried R. Garscha, die älteren Parteifunktionäre waren Erwin Zucker-Schilling, Albert Hirsch, Max Stern und Friedl Fűrberg. Jeder dieser sechs Autoren verfasste ein einzelnes Kapitel, Hautmann jeweils über die Vorgeschichte und Gründungsphase der KPÖ.² Im Unterschied dazu wurde die „graue“ Parteigeschichte ausschließlich von Fachhistorikern geschrieben, mit Ausnahme des abschließenden Kapitels über die Periode ab 1955, das von Ernst Wimmer, Mitglied des Politbüros des ZK der KPÖ, verfasst wurde – wohl auch aufgrund der politischen Brisanz dieses Kapitels, standen dort doch die Parteikrise der Jahre 1968 bis 1970 und deren Ursachen im Mittelpunkt. Hans Hautmann steuerte erneut das Kapitel über die Frühgeschichte der KPÖ bei.³

Alle drei Werke über die KPÖ-Geschichte wurden von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ herausgegeben. Diese Kommission hatte eine durchaus wechselvolle Geschichte hinter sich, was sich auch an Hans Hautmanns früher Involvierung in diese Struktur ablesen lässt. Gegründet wurde sie im Jahr 1955, allerdings nicht als Gremium zur Erforschung der Partei-

geschichte, sondern als Struktur zur Behandlung allgemeiner geschichtswissenschaftlicher Fragen bzw. von Fragen der österreichischen Geschichte. Konkreter Anlass war eine gemeinsame Konferenz von tschechoslowakischen, ungarischen, polnischen und österreichischen HistorikerInnen über die Entwicklung des Kapitalismus in der Habsburgermonarchie, die im September 1955 in Prag stattfand. Davon ausgehend wurde vom Politbüro der KPÖ beschlossen, eine ständige „Kommission für historische Fragen“ zu gründen, um die Geschichte des Kapitalismus in Österreich zu erforschen. Ab 1958 war Herbert Steiner verantwortlicher Sekretär der Kommission.

Auch in den 1960er Jahren beschäftigte sich die Kommission kaum mit Fragen der Parteigeschichte, sondern vor allem mit der Frühgeschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, was vor allem mit der individuellen Schwerpunktsetzung von Herbert Steiner zu tun hatte. Die meisten Projekte, die mit der KPÖ-Geschichte in Verbindung standen, scheiterten. So gelang es zunächst nicht, eine Publikation über den antifaschistischen Widerstand zu erarbeiten. Ein geplantes Bulletin mit kleineren Beiträgen zur Parteigeschichte, das regelmäßig erscheinen sollte, wurde letztlich doch nicht veröffentlicht. Und schließlich waren für das 50-Jahr-Jubiläum der Partei im Jahr 1968 mehrere Publikationen geplant, von denen keine einzige zustande kam.

Hinsichtlich Hans Hautmann ist von Interesse, dass dieser schon ab dem Juli 1967 – also vor seinem Studienabschluss und mehrere Jahre vor seinem Beitritt zur KPÖ – informell an den Sitzungen der Historischen Kommission der KPÖ teilnahm. Ausschlaggebend dafür war aber nicht nur die Tatsache, dass er aus einer kommunistischen ArbeiterInnenfamilie stammte und Geschichte studierte, sondern vor allem der Umstand, dass er zwischen 1966 und 1968 ehrenamtlich im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) mitarbeitete. In diesem Zuge wurde er von Herbert Steiner zu den Kommissions-sitzungen beigezogen, was insofern ein Leichtes war, als diese in einer sehr zwangslosen Atmosphäre und wenig bürokratisch-formell im DÖW selbst stattfanden. Weitere Kommissions-



Publikationen über die Geschichte der KPÖ, die von Hans Hautmann verfasst wurden bzw. an denen er mitgewirkt hat.

mitglieder waren damals etwa Bruno Sokoll, Friedrich Vogl, Tilly Spiegel, Hilde Koplenig, Eva Priester, Leopold Grünwald, Selma Steinmetz und Bruno Frei.

In Betracht zu ziehen ist ein weiterer Gesichtspunkt, der auch erklärt, warum Hautmann zwar schon 1967 informell an Sitzungen der Historischen Kommission der KPÖ teilnahm, er aber dieser Kommission formal erst ab dem Jahr 1974 angehörte, obwohl er zum damaligen Zeitpunkt bereits Universitätsassistent in Linz und damit ein renommierter Historiker war. So wurde 1966 vom Politbüro parallel zur Historischen Kommission eine eigene „Kommission zum Studium der Parteigeschichte“ eingerichtet, die zum bevorstehenden 50. Jahrestag der Gründung der KPÖ im Jahr 1968 mehrere Monographien über die einzelnen Perioden der Parteigeschichte erarbeiten sollte. Etwas verkürzt kann man einschätzen, dass die „alte“ Historische Kommission ein „Freundeskreis“ von Herbert Steiner war, während die Kommission, die vom Politbüro für das Parteijubiläum eingesetzt wurde, aus prominenten ParteifunktionärInnen bestand wie etwa Johann Koplenig, Friedl Fűrberg, Erwin Zucker-Schilling, Max Stern, Leopold Hornik, Gustl Moser, Otto Fischer, Hella Altmann-Postranecky, Friedrich Hexmann und Fritz Glaubauf. Beiden Kommissionen gehörte nur Herbert Steiner an, der ein Bindeglied der neuen Kommission zur Historischen Kommission sein sollte. Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten der neuen Kommission wurde im Oktober 1966 erstmals auch der Name Hans Hautmann ins Spiel gebracht, und zwar vom früheren *Volksstimme*-Redakteur Fritz Glaubauf, dem bekannt war, dass Hautmann an einer Dissertation über die Frühgeschichte der Partei arbeitete.⁴ Der junge Hautmann – er war damals 23 Jahre alt – wurde aber letztlich nicht, wie von

Glaubauf vorgeschlagen, in die Arbeit dieser Kommission zum Studium der Parteigeschichte miteinbezogen, jedoch schon – wie erwähnt – in die Historische Kommission.

Die vom Politbüro etablierte Kommission zum 50. Jahrestag der KPÖ-Gründung war in weiterer Folge nicht imstande, irgendein Resultat ihrer Tätigkeit zu liefern. Dies hatte nicht nur mit der krisenhaften Entwicklung der Partei im Jahr 1968 zu tun, war doch das Scheitern der Kommission schon Anfang des Jahres 1968, also ein halbes Jahr vor dem Einmarsch in Prag, deutlich geworden. Bereits zu diesem Zeitpunkt musste von der Kommission eingeschätzt werden, dass es nicht gelingen werden würde, im Jahresverlauf die beabsichtigten Publikationen auszuarbeiten. Alternativ dazu sollte ZK-Sekretär Fűrberg einen Grundriss über die Geschichte der KPÖ schreiben, was aber ebenso wenig realisiert werden konnte. Nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei im August 1968 wurden all diese Pläne obsolet.

In den Jahren der „Parteikrise“ 1968 bis 1970/71 tagte schließlich weder die Historische Kommission – viele ihrer Mitglieder verließen auch die Partei –, und auch die Kommission zum Studium der Parteigeschichte trat nicht mehr zusammen. Seit dem 21. Parteitag im Mai 1970 existierte die Historische Kommission der KPÖ auch formal nicht mehr. Alle mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Angelegenheiten gingen direkt auf das Politbüro über. Nach der Beilegung der „Parteikrise“ in den Jahren 1970/71 wurde zunächst keine neue Historische Kommission bestimmt oder gewählt. Es gab damit in den frühen 1970er Jahren, in den Jahren der beginnenden geschichtswissenschaftlichen Laufbahn von Hans Hautmann, so gut wie keine Geschichtspolitik der KPÖ.

Erst am 22. Parteitag im April 1974 wurde die neuerliche Bildung einer „Kommission für Geschichte der Arbeiterbewegung“ beschlossen, für die bereits bei der Konstituierung am 30. Mai die altbewährte Bezeichnung „Historische Kommission“ verwendet wurde. Weitere Mitglieder dieser 1974 gewählten Kommission waren Josef Ehmer, Friedl Fűrberg, Friedl Garscha, Friedrich Hexmann, Albert Hirsch, Leopold Hornik, Eva Priester, Herbert Steiner, Max Stern, Marie Tidl und Erwin Zucker-Schilling. Die Historische Kommission bestand bis 1990, stets unter Teilnahme von Hans Hautmann, und wurde dann von der kurzlebigen *Arbeitsgemeinschaft der KPÖ für Geschichte* abgelöst, der nur in Wien wohnhafte Historiker angehörten.

Die verlorene Räterepublik

Es war demnach den Besonderheiten der KPÖ-internen Auseinandersetzungen geschuldet, dass zwischen 1970 und 1974 keine Historische Kommission der KPÖ existierte, in deren Rahmen Hans Hautmann hätte Aktivitäten entfalten können. Seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten erschienen jedoch alle im KPÖ-Zusammenhang, konkret in der traditionsreichen theoretischen Zeitschrift *Weg und Ziel*, noch vor seinem Beitritt zur Partei. Die erste wissenschaftliche Veröffentlichung im Schriftenverzeichnis von Hans Hautmann trägt den Titel „Die ungarische Räterepublik und die österreichische Sozialgesetzgebung“ und erschien in der Mai-Ausgabe von *Weg und Ziel* im Jahr 1969. 1970 folgten zwei Beiträge von ihm über die Aufenthalte von Friedrich Engels und von Lenin in Wien, die ebenso in *Weg und Ziel* veröffentlicht wurden. Im August 1971 trat Hautmann – im Alter von 28 Jahren – schließlich der KPÖ bei.

Die Tatsache, dass Hautmann vergleichsweise spät seinen formalen Ein-

tritt in die KPÖ vollzog, dürfte auch ein Grund dafür sein, dass in den Rezensionen seiner Dissertation über die Gründungsgeschichte der KPÖ, die 1970 und 1972 in *Weg und Ziel* erschienen, eine gewisse Reserve deutlich wird und er in beiden Rezensionen noch nicht als kommunistischer Historiker bzw. als „KPÖ-Historiker“ anerkannt wurde. Es finden sich im Theorieorgan deshalb zwei Rezensionen, weil die 1968 fertiggestellte Dissertation von Hautmann über die Früh- und Gründungsgeschichte der KPÖ zunächst 1970 veröffentlicht wurde⁵ und schon 1971 im Europa-Verlag mit dem Titel „Die verlorene Räterepublik“ eine bearbeitete Neuauflage erlebte.⁶ Die Autoren der beiden Besprechungen waren Leo Maché und Friedl Fűrberg. Maché schrieb die Rezension wohl deshalb, weil sein Vater – Leo Suniza – am 3. November 1918 als Vertreter der Bolschewiki an der Gründungsversammlung der KPÖ in den Eichensälen in Wien-Favoriten teilgenommen hatte. Er charakterisierte Hautmann bei dieser Gelegenheit als einen „um Objektivität bemühten Nicht-Kommunisten“,⁷ obwohl ihm sicher bekannt war, dass Hautmann der Sohn des bekannten Parteifunktionärs Rudolf Hautmann war und dass er von Herbert Steiner schon zur Mitarbeit herangezogen worden war. Die Rezensenten betonten zwar die Verdienste der Arbeit von Hautmann und bescheinigten ihm einen „ernsten und guten Willen“, wie Friedl Fűrberg schrieb.⁸ Beide waren aber demonstrativ darum bemüht, angebliche Mängel der Arbeit aufzuzeigen. Inhaltlich waren die Einwände kaum begründet. Kritisiert wurde etwa, dass Hautmann detailgetreu herausgearbeitet hatte, wieviel Geld die KPÖ im Jahr 1919 aus Ungarn bezog, wo für wenige Monate eine Räterepublik bestand, und dass dieses Geld ein wichtiger Faktor war für den Aufschwung der Partei im Jahr 1919. In diesem Nachweis vermutete Friedl Fűrberg das Bemühen, eine Außensteuerung der KPÖ nachzuweisen. Es ging ihm also um die Abwehr jenes Vorwurfs, der von gegnerischer Seite – jedoch in einem etwas anderen Kontext – in Permanenz an die KPÖ herangetragen wurde. Vermisst wurde im Buch von Hautmann eine radikale Abrechnung mit der Sozialdemokratie, die der Autor inhaltlich aber sehr wohl leistete, jedoch nicht in der offenbar damals von KPÖ-Seite erwarteten Polithetorik. Demgegenüber war es ein wichtiger Faktor der nun einsetzenden Professionalisierung der Parteigeschichtsschreibung,

dass es zu Anpassungen im Stil und in der Terminologie kam und brachiale Polemiken und heroisierende Sichtweisen durch fundiertere wissenschaftliche Analysen ersetzt wurden.

Die beiden in *Weg und Ziel* erschienenen Rezensionen sind damit ihrerseits zu einer geschichtlichen Quelle geworden, nämlich zu einer Quelle für das damalige bornierte Geschichtsbild der KPÖ. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Hautmanns Werk spielten die damals von KPÖ-Seite formulierten Mängel keine Rolle. Im Gegenteil: Dass die KPÖ im Jahr 1919 namhafte Geldbeträge aus Ungarn bezog, ist ein unbestreitbares historisches Faktum. Und wenn jemand die Notwendigkeit eines Bruchs mit dem sozialdemokratischen Reformismus und die Notwendigkeit einer eigenständigen revolutionären Partei im Jahr 1918 nachgewiesen hat, dann war das Hans Hautmann.

Soweit ich den Forschungsstand über die Geschichte der KPÖ überblicke, war Hans Hautmann der erste promovierte Historiker, der sich mit der Parteigeschichte beschäftigte. Herbert Steiner ist in gewisser Weise ein Sonderfall, da er ab 1958 an der Karls-Universität Prag ein Fernstudium betrieb und sein 1963 erworbenes Doktorat im Jahr 1971 von der Universität Wien nostrifiziert wurde.⁹ In weiterer Folge kamen noch die ausgebildeten Historiker Friedl Garscha, Josef Ehmer, Willi Weinert, Gerhard Oberkofler, Ernst Schwager, Rupert Herzog und Stephan Ganglbauer hinzu, die auch der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ angehörten.

Die in den 1970er Jahren beginnende Professionalisierung der KPÖ-Historiographie bestand vor allem darin, dass nun erstmals quellengesättigt gearbeitet wurde, also auf Basis eines gründlichen Aktenstudiums in den verschiedenen Archiven. Das Niveau der KPÖ-Historiographie wurde dadurch stark angehoben. Für ein solches quellengesättigtes Herangehen stand in der „roten“ Parteigeschichte vor allem das einleitende Kapitel von Hans Hautmann über die Gründungsgeschichte der KPÖ bis 1920, in dem er sich auf seine Dissertation bzw. die überarbeitete und publizierte Darstellung stützen konnte. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der Anstoß zur Dissertation von Hautmann nicht seitens der KPÖ erfolgte, sondern die Anregung dazu von Ludwig Jedlicka kam, dem Gründer und ersten Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien. Hautmann hatte 1966 bei

Jedlicka eine Seminararbeit über die „Rote Garde“ in den Jahren 1918/19 geschrieben, von der Jedlicka sehr angetan war. Davon ausgehend verständigte sich Hautmann mit Jedlicka darauf, die Geschichte der „Linksradikalen“ im Ersten Weltkrieg und die Gründungsgeschichte der KPÖ zu untersuchen.¹⁰

Hautmann leistete in seiner Dissertation bzw. in diesem Kapitel der Parteigeschichte erstmals eine gründliche Darstellung der Geschichte der österreichischen Linksradikalen im Ersten Weltkrieg. Ein wichtiger Meilenstein dabei war der Jännerstreik des Jahres 1918, der als eigentliche Geburtsstunde der KPÖ anzusehen ist. Damals gelangten die Revolutionäre zur Erkenntnis, dass es notwendig sei, die Sozialdemokratie zu verlassen und eine neue Partei zu gründen. Hautmann untersuchte in weiterer Folge die konkreten Umstände der KPÖ-Gründung im November 1918 und den Beitritt der verschiedenen linksoppositionellen Gruppen in den folgenden Wochen und Monaten. Darauf folgte die wechselvolle Geschichte der KPÖ im Jahr 1919: ihr rapider Aufstieg nach dem Sieg der Räterepubliken in Ungarn und München und ihr tiefer Fall nach dem Ende der ungarischen Räterepublik.

Eine der Hauptthesen von Hans Hautmann, die von der KPÖ-Historiographie übernommen wurde und die heute als Gemeingut gilt, ist jene, dass die Gründung der KPÖ im November 1918 verfrüht erfolgte. Auf Basis seiner historischen Analyse begründete Hautmann, dass die Bildung einer eigenständigen kommunistischen Partei in Österreich zwar auf der Tagesordnung stand. Die Gründungsversammlung am 3. November 1918 war aber insofern verfrüht, als damals nur die AktivistInnen kleiner linksoppositioneller Gruppierungen zusammentraten und diesem Schritt kein längerfristiger Differenzierungsprozess innerhalb der Sozialdemokratie voranging. Im Unterschied etwa zur KPD war die KPÖ eine Kopfgeburt einiger weniger linksoppositioneller Intellektueller und ArbeiterfunktionärInnen, die über keine breite Verankerung in der ArbeiterInnenschaft verfügten. Dies ist auch einer der Hauptgründe für die anhaltende Schwäche der KPÖ in der Ersten Republik.

Die Forschungen von Hans Hautmann über die Frühgeschichte der KPÖ haben in der jüngeren Vergangenheit nur in zwei Punkten eine Erweiterung erfahren: Hannes Leidinger und Verena Moritz sind in ihren Arbeiten über die österreichischen Kriegsgefangenen in der

Sowjetunion auf die Tätigkeit der russischen Kriegsgefangenenkommission in Wien eingegangen und haben dabei detailliertere Erkenntnisse über die Rolle dieser Kommission bei der Gründung der KPÖ gewonnen.¹¹ Thomas Soxberger wiederum hat eine präzisere Darstellung der linken Poale Zion und der genauen Umstände vorgelegt, wie diese Gruppe letztlich in der KPÖ aufging.¹² In Summe gilt Hautmanns „Verlorene Räterepublik“ bis heute als Standardwerk. Obwohl Hautmanns „Erstling“, stellt das Buch die wohl am breitesten rezipierte Schrift von ihm dar.

Ein wichtiger Faktor der Professionalisierung der KPÖ-Geschichtsschreibung war auch, dass sich der Umgang mit Problemzonen der KPÖ-Geschichte in den 1970er und 1980er Jahren vorsichtig lockerte. So konnte Hans Hautmann in seiner Arbeit über die Gründungsgeschichte der KPÖ unbefangener über das spätere tragische Schicksal von Franz Koritschoner schreiben als dies etwa Leopold Hornik möglich war, der 1955 in *Weg und Ziel* einen Beitrag über die Zimmerwalder Linke und die Linksradikalen in Österreich verfasste.¹³

Kommunistischer Historiker

Ein Historiker bzw. eine Historikerin, die innerhalb oder im Umfeld der organisierten ArbeiterInnenbewegung agiert, findet dort auch Möglichkeiten vor, über den universitären oder wissenschaftlichen Elfenbeinturm hinaus ein Publikum zu erreichen und geschichtspolitisch zu wirken. Dies spiegelte sich in den unzähligen Vorträgen, die Hautmann im Kontext der KPÖ hielt und in seinen zahlreichen Beiträgen für die Parteipresse. Vor allem seit den 1980er Jahren war Hautmann intensiv in die Geschichtspolitik und Erinnerungskultur der KPÖ einbezogen, was wohl auch mit seinen erweiterten Spielräumen nach der an der Universität Linz erfolgten Pragmatisierung zu tun hatte. Hautmann war damit nicht nur ein in der geschichtswissenschaftlichen Fachwelt hochgeschätzter Historiker, nicht zuletzt aufgrund seines 1987 veröffentlichten Standardwerks über die österreichische Rätebewegung,¹⁴ sondern auch ein Popularisator seiner eigenen Schriften, wozu ihm die Medien der KPÖ offenstanden. In den 1980er Jahren waren dies die Spalten der Tageszeitung *Volksstimme*, in den 1990er Jahren die Wochenzeitung *Volksstimme* und in der jüngeren Vergangenheit die *Volksstimme* als Monatsmagazin. In der *Volksstimme* – in all ihren Varianten – finden sich



Kundgebung der KPÖ Brigittenau „(k)ein Platz für Johann Koplenig“ am Wiener Hochstädtplatz vor dem ehemaligen Globus-Haus der KPÖ am 27. April 2015 (v.l.): Hans Hautmann, Raoul Narodoslavsky (Bezirksobmann der KPÖ), Gabriela Schmoll (Lesung), Claudia Kuretsidis-Haider.

zahlreiche Beiträge von Hautmann über die Parteigeschichte und Beiträge über Schnittstellen der österreichischen Zeitgeschichte, an denen die KPÖ eine gewisse Rolle spielte.

Dasselbe gilt für weitere Zeitschriften und Zeitungen im Umfeld der KPÖ, etwa für die GLB-Zeitung *die arbeit*, für die Hautmann immer wieder über partei-geschichtliche und zeitgeschichtliche Themen angefragt wurde. Darüber hinaus gehörte Hautmann dem Redaktionskollegium der Zeitschrift *Fortschrittliche Wissenschaft* an, die in den Jahren 1976 bis 1993 im Umfeld der KPÖ als Korrespondenzorgan von fortschrittlichen Hochschulangehörigen und WissenschaftlerInnen herausgegeben wurde. Hautmann schrieb für diese Zeitschrift drei Beiträge und war 1979 Herausgeber des Themenheftes „Arbeiterbewegung und Geschichtswissenschaft“. Für dieses Schwerpunktheft verfasste er einen Beitrag mit dem Titel „Zu einigen Grundfragen der Historiographie der Arbeiterbewegung“, in dem grundlegende methodologische Fragen der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung aufgeworfen wurden.¹⁵

Hans Hautmanns Interesse an der Geschichte der KPÖ reduzierte sich nicht auf die Gründungsphase und Frühgeschichte der Partei. Sein zweiter großer Schwerpunkt waren die Februarkämpfe des Jahres 1934. Hierüber verfasste er gemeinsam mit Winfried R. Garscha eine Monographie, die 1984 als Taschenbuch im Berliner Dietz-Verlag in der „Schriftenreihe Geschichte“ erschien. Der Globus-Verlag der KPÖ ver-

öffentlichte eine Parallelausgabe.¹⁶ Da diese Schriftenreihe auf ein breites Lesepublikum in der DDR zugeschnitten war, war das Werk im besten Sinn des Wortes „populär“ gehalten, also frei von unnötigen akademischen Allüren. Der von Hautmann verfasste Teil über den Verlauf der Februarkämpfe war auch die Grundlage für das entsprechende Kapitel in der „grauen“ Parteigeschichte, die 1987 in erster Auflage und 1989 in zweiter Auflage erschien.¹⁷ Thematisch ähnlich gelagert sind zwei Beiträge von Hans Hautmann für die Dokumenten-edition „Widerstand und Verfolgung“ in den Bundesländern, die seit den 1970er Jahren vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* herausgegeben wird. Hautmann war mit Einleitungen über den Widerstand der KPÖ in den Jahren 1934 bis 1938 sowohl an der von Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Wien-Edition (1975), als auch am Oberösterreich-Band (1982) beteiligt.¹⁸

Der Schwerpunkt der partei-geschichtlichen Beiträge von Hans Hautmann lag demnach auf den Jahren 1918 bis 1920 bzw. 1934 bis 1938. Darüber hinaus verfasste er aber auch mehrere bedeutsame Texte über die Politik der KPÖ nach 1945, die mehrheitlich nach 1990 entstanden. Hier war es vor allem ein Thema, das Hautmann seine gesamte wissenschaftliche Laufbahn beschäftigte, nicht zuletzt vor seinem eigenen familiengeschichtlichen Hintergrund, nämlich die starke Präsenz der KommunistInnen in der Wiener Polizeidirektion im Jahr 1945 bzw. in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hierüber schrieb er be-



reits im Jahr 1975 – anlässlich des 30. Jahrestags der Befreiung Österreichs – in *Weg und Ziel* einen ersten Beitrag.¹⁹ 2001 folgte ein längerer Text über den Polizeilichen Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im so genannten „Referenzband“ der *Alfred Klahr Gesellschaft*, mit dem die AKG erstmals ein Sammelwerk mit Beiträgen über die österreichische Zeitgeschichte vorlegte und gewissermaßen ihre wissenschaftliche „Visitenkarte“ abgab. Hautmann stützte sich in diesem Beitrag auf erstmals ausgewertete Dokumente aus dem Nachlass seines Vaters Rudolf Hautmann, der im April 1945 vom sowjetischen Stadtkommandanten Blagodatow zum Chef des Polizeilichen Hilfsdienstes ernannt worden war und auch danach eine führende Stellung in der Wiener Polizeidirektion einnahm.²⁰

Nach seiner Pensionierung an der Universität Linz im Jahr 2005 ist die wissenschaftliche Produktivität von Hans Hautmann geradezu explodiert, vor allem zu Gunsten der *Alfred Klahr Gesellschaft* und ihres Mitteilungsblatts, für das er fast in jeder Ausgabe einen größeren Beitrag schrieb. Zwei im Jahr 2012 erschienene Texte widmen sich dem Thema KPÖ und Wiener Polizei: Jener über die KommunistInnen in der Wiener Polizeidirektion nach 1945 ist einer der wichtigsten Texte von Hans Hautmann insgesamt.²¹ Der Beitrag über die Kulturvereinigung der Polizeibediensteten wiederum stellt einen wertvollen Beitrag zur Kulturgeschichte und Kulturarbeit der KPÖ dar.²² Auf der einen Seite wies Hautmann auf die prominente Rolle von KPÖ-Mitgliedern beim Wiederaufbau der Wiener Polizei im Jahr 1945 hin. Mit Franz Honner stand ein Kommunist an der Spitze des Innenministeriums, was

der KPÖ eine vergleichsweise starke Verankerung in der Wiener Polizeidirektion sicherte. Auf der anderen Seite gelang Hautmann mit der konkreten Auflistung der kommunistischen Positionen in der Polizei der Nachweis, dass spätestens im Jahr 1947 der Einfluss der KPÖ bereits stark zurückgedrängt worden war und dass demnach keine Grundlage besteht für eine Dämonisierung der PolizeikommunistInnen. Hautmann fand mit diesen Beiträgen über die KPÖ hinaus breite Anerkennung, auch in Kreisen der heutigen Wiener Polizeidirektion, etwa beim ehemaligen Leiter des Wiener Sicherheitsbüros Max Edelbacher.

Ähnlich hoch einzuschätzen wie seine Texte über die KPÖ in der Wiener Polizei ist der 2010 erschienene Beitrag von Hautmann über die Parlamentspolitik der KPÖ, der auf einem intensiven Quellenstudium in der Bibliothek der Parlamentsdirektion beruht.²³ Anlass dieser Forschungen war ein gemeinsames Symposium der *Alfred Klahr Gesellschaft* mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark zum Thema „ArbeiterInnenbewegung und Parlamente“. Die Kooperation der AKG mit der KPÖ Steiermark war damit ein Ansporn für Hans Hautmann, weitere Forschungen über die KPÖ-Geschichte zu betreiben und wissenschaftliches Neuland zu betreten. Das dritte wichtige Forschungsfeld von Hautmann hinsichtlich der Parteigeschichte nach 1945 – neben der Wiener Polizei und der Parlamentspolitik – war der Oktoberstreik des Jahres 1950. Sein 2010 veröffentlichter Text über die ideologische Funktion der Putschmetapher ist die kompakteste Zusammenfassung der kommunistischen Argumentation über diese langlebige Geschichtslegende.²⁴ In diesem Beitrag zeigt sich die Fähigkeit von Hautmann, den aktuellen Forschungsstand mit eigenen originellen Interpretationen zu verbinden, besonders eindrucksvoll. Hautmann war auch Mitglied einer vom ÖGB eingesetzten HistorikerInnenkommission, deren Forschungsergebnisse zur Rehabilitierung der nach dem Oktoberstreik ausgeschlossenen kommunistischen GewerkschaftsfunktionärInnen führten.²⁵

Publikationen für die KPÖ

Neben seinen Beiträgen für die „rote“ und die „graue“ Parteigeschichte und seinen Texten für die Parteipresse hat Hautmann weitere von der KPÖ herausgegebene Publikationen verfasst: 1988 erschien im Globus-Verlag seine Broschüre mit dem Titel „Was hat uns der

November 1918 heute noch zu sagen?“,²⁶ in der zwei Beiträge aus *Weg und Ziel* über die österreichische Revolution zusammengefasst wurden. An seine frühen Forschungen anknüpfend verfasste er 2014 eine weitere von der KPÖ herausgegebene Broschüre anlässlich des 100. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs. In dieser Publikation mit dem Titel „Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich“ stellte Hautmann Texte und Dokumente über die Formierung der revolutionären Linken zusammen und kommentierte sie.²⁷ Sowohl 1988 als auch 2014 waren diese Broschüren der wesentliche geschichtspolitische Beitrag der KPÖ im jeweiligen Gedenkjahr.

Darüber hinaus veröffentlichte Hautmann elf Beiträge über die KPÖ-Geschichte in wissenschaftlichen Sammelbänden, fünf davon wurden von der *Alfred Klahr Gesellschaft* herausgegeben, etwa der Band „90 Jahre KPÖ“, in dem sich drei größere Aufsätze von Hautmann befinden.²⁸ Insgesamt 14 parteigeschichtliche Beiträge Hautmanns erschienen in wissenschaftlichen Zeitschriften, fünf davon in *Weg und Ziel*, neun in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*. Damit wurden alle Beiträge von Hautmann über die KPÖ, die in wissenschaftlichen Periodika zum Abdruck gelangen, im KPÖ-Kontext veröffentlicht.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Hans Hautmann nach seiner Pensionierung im Jahr 2005 in der universitären und akademischen Geschichtswissenschaft nicht mehr jenen Stellenwert einnehmen konnte, der ihm zugestanden wäre. Es hat ihn auch zu Recht irritiert, dass er als wichtigster Historiker über die Militärjustiz im Ersten Weltkrieg und als erster Wissenschaftler, der die Verbrechen der Habsburger-Monarchie thematisiert hatte, für die diversen Konferenzen, die 2014 anlässlich „100 Jahre Erster Weltkrieg“ stattfanden, und die verschiedenen Sammelbände, die zu diesem Anlass erschienen, nicht als Referent bzw. Autor angefragt wurde. Er hielt in diesem Jahr knapp 30 Vorträge über den Ersten Weltkrieg, allesamt im Rahmen fortschrittlicher Vereine und Institutionen, also im außeruniversitären Raum, jedoch keinen einzigen auf universitärem Boden. Es war daher in gewisser Weise eine Auszeichnung und Anerkennung für Hautmann, dass er in einem 2017 vom Grazer Historiker Stefan Karner herausgegebenen Sammelband über die Erste Republik als Autor eines Beitrags über

die Geschichte der Rätebewegung und über die Geschichte der KPÖ in den Jahren 1918 bis 1938 vertreten war.²⁹ Dies war der letzte Beitrag von Hautmann, der sich mit der Geschichte der KPÖ beschäftigte.

Wenige Wochen vor Hans Hautmanns Ableben erschien im Globus-Verlag eine Neuauflage seines (erstmalig 2002 veröffentlichten) Marx-Engels-Handbuchs³⁰ – als Beitrag der KPÖ zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Auch dies ist ein Beleg dafür, wie eng die wissenschaftliche Arbeit von Hans Hautmann – trotz seiner erfolgreichen akademischen Laufbahn – zeit lebens mit den Gestaltungsabläufen und der Geschichtspolitik der KPÖ verknüpft war. Es ist ein Beleg dafür, dass Hautmann zu keinem Zeitpunkt seine politischen Überzeugungen und sein politisches Engagement zurückstellte. Die KPÖ konnte sich glücklich schätzen, einen Historiker wie Hans Hautmann in ihren Reihen zu wissen, und es ist eine Herausforderung für heutige HistorikerInnen im Umfeld der KPÖ, in seinem Sinne weiterzuwirken.

Anmerkungen:

1/ Vgl. dazu und auch zum Folgenden Mugrauer, Manfred: Die Historiographie der KPÖ über ihre eigene Geschichte, in: Kuretsidis-Haider, Claudia/Mugrauer, Manfred (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2013, S. 205–222.

2/ Vorgeschichte, Gründung und revolutionärer Aufschwung – 1914 bis 1920, in: Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, hg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1976, S. 5–25; Vorgeschichte, Gründung und revolutionärer Aufschwung 1914–1920, in: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918–1955. Kurzer Abriss, von einem Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ unter Leitung von Friedl Fűrberg. Wien: Globus Verlag 1977, S. 3–45.

3/ Die Anfänge der Partei bis 1920, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, hg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ. Wien: Globus Verlag 1989, S. 15–60.

4/ ZPA der KPÖ, Fritz Glaubauf an die Kommission für Parteigeschichte, Max Stern, 28.9.1966. Dieser Vorschlag wurde Wochen später auch dem Polbüro unterbreitet (Protokoll der Sitzung des Polbüros des ZK der KPÖ am 9.11.1966, S. 1).

5/ Die Anfänge der linksradikalen Bewegung

und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Wien: Europa Verlag 1970 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich, Bd. 7).

6/ Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verlag 1971 (Europäische Perspektiven).

7/ L.M. [Leo Maché]: Lehren der Geschichte. An der Wiege der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1970), Nr. 11, S. 44–46, hier S. 46.

8/ Fűrberg, Friedl: Von den Anfängen der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 3, S. 116.

9/ Bailer, Brigitte/Garscha, Winfried R./Neugebauer, Wolfgang: Herbert Steiner und die Gründung des DÖW, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Opfergeschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 2013. Wien: Eigenverlag 2013, S. 43–62, hier S. 52.

10/ Hautmann, Hans: Erinnerungen an die Anfänge der Zeitgeschichte in Wien, in: Perz, Bertrand/Markova, Ina (Hg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien 1966–2016. Wien: new academic press 2017, S. 426–430, hier S. 427f.

11/ Leidingner, Hannes/Moritz, Verena: Gefangenschaft – Revolution – Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2003, S. 560–578 und 612–619.

12/ Soxberger, Thomas: Revolution am Donaukanal. Moderne jiddische Literatur und „Jiddischismus“ in Wien (1904 bis 1938). Wien: Mandelbaum 2013, S. 39f., 57–61 und 112–138.

13/ Hornik, Leopold: Die Zimmerwalder Linke und die Linksradikalen in Österreich (Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg), in: *Weg und Ziel*, 13. Jg. (1955), Nr. 9, S. 655–668.

14/ Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien, Zürich: Europaverlag 1987.

15/ Zu einigen Grundfragen der Historiographie der Arbeiterbewegung, in: *Fortschrittliche Wissenschaft*. Korrespondenz fortschrittlicher Hochschullehrer und Wissenschaftler, Nr. 1–2/1979, S. 7–15.

16/ Garscha, Winfried R./Hautmann, Hans: Februar 1934 in Österreich. Berlin: Dietz-Verlag 1984 [auch Wien: Globus Verlag 1984] (Schriftenreihe Geschichte).

17/ Der Februar 1934, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, S. 210–221.

18/ Kommunisten, in: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation. Band 1: 1934–1938, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Jugend

und Volk 21984, S. 213–217; Kommunisten, in: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, Band 1: 1934–1938, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien: Österreichischer Bundesverlag, Wien, München: Jugend und Volk, Linz: Oberösterreichischer Landesverlag 1982, S. 84–86.

19/ 30 Jahre nach der Befreiung – Der Wiederaufbau der Wiener Polizei, in: *Weg und Ziel*, 33. Jg. (1975), Nr. 4, S. 155–158.

20/ Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: Hautmann, Hans (Hg.): Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2000 (Quellen & Studien 2000), S. 277–346.

21/ Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 11–25.

22/ Die Kulturvereinigung der Polizeibediensteten, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 4, S. 1–7. Dasselbe gilt für den Beitrag über das Weltjugendfestival in Wien im Jahr 1959 (Die Weltjugendfestspiele 1959 in Wien, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 6. Jg. (1999), Nr. 3, S. 1–7).

23/ Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10.

24/ Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 1–5.

25/ Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016.

26/ Was hat uns der November 1918 heute zu sagen? Betrachtungen zum 70. Jahrestag der Gründung der Republik. Wien: Globus Verlag 1988.

27/ Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation, hg. von der KPÖ. Wien: Globus-Verlag 2014.

28/ Die KPÖ in der österreichischen Revolution 1918/19, in: Mugrauer, Manfred (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12), S. 9–16; Die Untersuchungskommission des Arbeiterrats über die Vorfälle des 15. Juni 1919 in Wien, in: ebd., S. 95–144; Die KPÖ in den 1960er bis 1990er Jahren, in: ebd., S. 53–59.

29/ Rätebewegung und KPÖ von 1918 bis 1938, in: Karner, Stefan (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2017, S. 175–180.

30/ Marx & Engels Handbuch. Ein Vademekum über ihr Leben & Werk. Wien: Globus-Verlag 2018.

„Die Revolution darf nicht vor den Toren der Steiermark Halt machen.“

Die KPÖ in Graz 1918/19

HEIMO HALBRAINER

Ein Jahr, nachdem die KPÖ in Graz gegründet worden war, meinte der Sprecher der Partei am 3. Parteitag der KPÖ im Dezember 1919: „Wir wollen jetzt unsere Organisation neu aufbauen und durch Organisation und durch das Hineintragen unserer Idee in die Massen können wir etwas erreichen.“¹ Was war in diesem Jahr geschehen, in dem ein kommunistischer Umsturz – auch im Schatten der Ereignisse der ungarischen Räterepublik – im Bereich des Möglichen war? Und was führte dazu, dass ein Jahr nach der Konstituierung der Grazer Organisation nun von einem Neuaufbau die Rede war?

Die Gründung der KPÖ Graz

Bald schon, nachdem in Wien am 3. November 1918 die Kommunistische Partei gegründet worden war, kamen Vertreter der Parteiführung nach Graz, um auch hier einen Grundstein für den Aufbau der KPÖ zu legen. So berichtete etwa am 8. Dezember 1918 die bürgerliche steirische Tageszeitung *Tagespost* über die erste kommunistische Versammlung im damaligen Grazer Vorort Eggenberg: „Die Wiener Kommunisten wollten gestern im Gasthaus Häuselbauer in Eggenberg eine Werbeversammlung zur Verkündung ihrer Ziele auf Besitzgemeinschaft und Gütergleichheit abhalten, vor allem aber sollte gegen die dermalige Leitung der sozialdemokratischen Partei Stimmung gemacht werden. [...] Zwischen dem genannten Gasthaus und dem Mautgebäude hatten sich etwa 150 Leute angesammelt, die in den Saal nicht hinein konnten, weil gerade Maurer mit Ausbessern beschäftigt waren. [...] Auch sonst fanden die vier Gäste aus Wien, darunter die bekannte Frau Dr. Frey-Friedländer (recte Eisler), so viel wie gar kein Entgegenkommen. Zwischen dem Abgesandten der Wiener Kommunisten Bertold Awin-Grad und einigen Sozialdemokraten kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Der junge Mann, der angeblich erst in letzter Stunde erfuhr, dass die Bezirkshauptmannschaft die Versammlung verboten hatte, erklärte, dass man sie nun auf den nächsten Samstag verschieben werde. Da

Awin-Grad die Unterrichtung in erregtem Tone noch fortsetzen wollte, verhaftete ihn die Militärpolizei.“²

War der erste Versuch, eine Versammlung der KPÖ in Graz abzuhalten, noch wegen eines Formfehlers bei der Anmeldung gescheitert, so war die zwei Wochen später abgehaltene Versammlung in Graz der Beginn der Kommunistischen Partei in der Steiermark. Dabei hatte es auch am 22. Dezember fast so ausgesehen, als könnte die Tagung erneut nicht stattfinden. Der Wirt vom „Schwarzen Adler“ am Griesplatz wollte seinen Saal nur gegen eine Bürgschaft von 4.000 Kronen zur Verfügung stellen.³ Da diese Summe nicht aufbringbar war, wurde beschlossen, die Versammlung im Freien, am Griesplatz, durchzuführen. In der *Tagespost* hieß es tags darauf, dass sich „an die 200 Anhänger beider sozialistischen Lager, aber auch zahlreiche deutschvölkische Parteigänger einfanden. Der Wiener Buchdrucker Steinhardt entwickelte in einstündiger Rede die Gedanken seiner jungen Partei. [...] Als dann Frau Dr. Eisler-Friedländer aufs Podium trat, machte sich allgemeiner Unwille in zahllosen heftigen Zurufen kund, die vornehmlich die Rassenzugehörigkeit der Sprecherin betrafen. Ein Arbeiter der Puchwerke forderte die organisierte Arbeiterschaft auf, nach Hause zu gehen, womit die Versammlung um die Mittagsstunde [...] ihr vorzeitiges Ende fand.“⁴

Die aus Wien angereisten Referenten Karl Steinhardt, Elfriede Friedländer und Karl Janistyn fuhren allerdings nicht gleich wieder nach Wien zurück, sondern blieben in Graz. In seinen Erinnerungen schrieb Steinhardt: „In einer die ganze Nacht dauernden Besprechung mit den Vertrauensmännern wurde die Gründung der Kommunistischen Partei diskutiert. Für Steiermark und Graz wurden Vertrauensmänner gewählt, die die Konstituierung der Partei durchführen sollten.“⁵

Revolutionärer Aufschwung

War der Beginn der Kommunistischen Partei in Graz im Dezember 1918 etwas holprig verlaufen, so sollte sich dies spätestens mit Beginn des neuen Jahres ändern. Im Jänner 1919 wurde der 31-

jährige Heinrich Brodnig, ein gelernter Schriftsetzer, von der Parteiführung in Wien mit dem Auftrag, die steirische Landespartei aufzubauen, nach Graz geschickt. Brodnig hatte bereits „Revolutionserfahrung“, war er doch in Russland Obmann des Kriegsgefangenenkomitees und ab April 1918 der technische Verantwortliche für die Herstellung der deutschsprachigen Zeitung der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) *Welt-Revolution* gewesen.⁶ Mit ihm nach Graz kam der 28-jährige Wiener Metallgießer Leopold Maresch, und gemeinsam begannen sie die KPÖ in Graz aufzubauen. Bereits Mitte Jänner 1919 wusste der Polizei-Kommissar, der die Versammlung der KPÖ am 11. Jänner besucht hatte, davon zu berichten, „daß die kommunistische Bewegung in Graz in verhältnismäßig kurzer Zeit sehr bedeutend zugenommen hat“. Mindestens 700 Personen folgten den Referenten im Gasthof „Zum Sandwirt“ in der Grazer Griesgasse zum Thema „Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs und ihre Stellungnahme zur Nationalversammlung“.⁷ Dabei wurde die Nationalversammlung als ein Mittel der herrschenden Klasse zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht charakterisiert, die zerstört werden müsse. Der „Irreführung der Massen“ bei parlamentarischen Wahlen sei die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen und die Funktion des Parlaments sei zur Gänze durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu ersetzen.⁸

Als am 9. Februar 1919 in Wien der erste Parteitag der KPÖ stattfand, war die Frage der Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar eines der Hauptthemen. Während die Mehrheit der Delegierten für einen Wahlboykott eintrat, worin sie durch Artikel von Nikolai Bucharin und Leo Trotzki⁹ in den Parteiorganen *Weckruf* bzw. *Die soziale Revolution* bestärkt wurden, sprachen sich die drei Delegierten aus der Steiermark – neben Brodnig aus Graz, der den Vorsitz am Parteitag führte, auch noch jene aus Voitsberg und Donawitz – sowie die Vertreter des „Revolutionären Soldatenkomitees“ gegen

den Wahlboykott aus und stellten den Antrag, „bei den Wahlen für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen“.¹⁰ Brodnig erklärte dies mit der besonderen Situation der Arbeiterschaft in der Steiermark: „Sie [die Arbeiter] sind seit Jahren organisiert und schwimmen ganz im sozialdemokratischen Fahrwasser. Wenn wir ihnen unsere Ideen vortragen, sind sie davon sehr begeistert, aber wenn wir Stellung zur Nationalversammlung nehmen, wollen sie von Wahlenthaltung nichts wissen. Sie versprechen sich zwar nichts von der Nationalversammlung, aber sie sind der Meinung, dass man sich an der Wahl doch beteiligen muss, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, Stimmen zersplittert zu haben. Es war uns in der kurzen Zeit nicht möglich, die genügende Aufklärung über die Nationalversammlung zu geben, doch glaube ich versichern zu dürfen, dass die Genossen in Steiermark in ihrer Mehrzahl zu den Kommunisten stehen werden, wenn sie von der Nationalversammlung enttäuscht werden. Wenn wir uns schon jetzt gegen die Nationalversammlung aussprechen würden, so hätten wir die Arbeiterschaft gegen uns.“¹¹ Tatsächlich dürften anlässlich der Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar 1919 nur wenige dem Aufruf zur Wahlenthaltung gefolgt sein. Ganz anders war es bei der Landtags- und Gemeinderatswahl am 11. Mai 1919 drei Monate später, wo um über 21 Prozent mehr der Wahl fernblieben als im Februar 1919.¹²

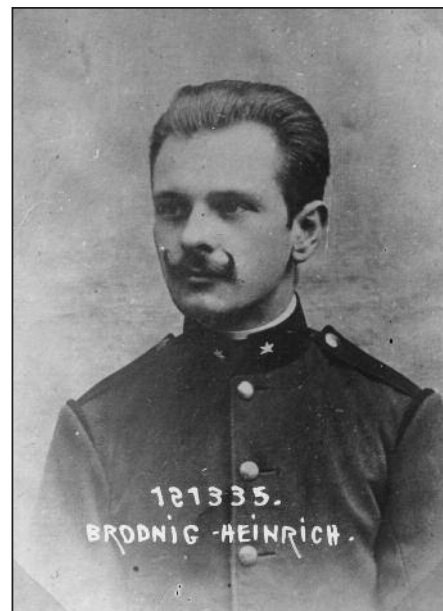
Bis Mitte Februar 1919 waren in Graz ein revolutionärer Aufschwung und ein Ansteigen der kommunistischen Bewegung zu verzeichnen. So fanden am Freiheitsplatz bzw. in Eggenberg mehrere Versammlungen mit bis zu 1.600 Teilnehmern statt, in denen die sofortige Sozialisierung, die Enteignung der Klöster und Stifte sowie die soziale Revolution gefordert wurden. Darüber hinaus fanden jeden Mittwoch und Samstag im Gasthaus Zum Grünen Baum in der Mariahilferstraße Diskussionsabende der KPÖ Graz statt, die von jeweils rund 90 Personen besucht wurden.¹³ Zudem hatte die KPÖ innerhalb kürzester Zeit große Teile der Volkswehr hinter sich gebracht, wie etwa eine Kundgebung von sozialdemokratischen Volkswehrmännern am 20. Februar am Freiheitsplatz zeigte. Dort hielt Brodnig vor rund 3.500 Demonstranten eine Rede, die begeistert aufgenommen wurde, während der Gegenredner, der sozialdemokratische Soldatenrat Ludwig Oberzaucher, von der Menge am Sprechen gehindert wurde.¹⁴

Die Polizeidirektion Graz sollte diese Kundgebung später als jene Möglichkeit einschätzen, die – wie es wörtlich hieß: „direkt zum Volksaufstand und Errichtung der Räteregierung in Graz und event. in Steiermark [hätte] führen können, da die gesamte Volkswehr am Freiheitsplatz versammelt war und auf die Seite Brodnigs trat und ihre berufenen Führer [...] nicht mehr zum Worte kommen ließen. Nach h. ä. Ansicht und Beobachtung war es schon damals nur einem taktischen Fehler Brodnigs zu verdanken, dass er die Situation nicht ausnützte und die Soldaten zur sofortigen Besetzung der Stadt aufforderte. [...] Nur diesem Umstande war es zuzuschreiben, dass seiner verderblichen Tätigkeit einigermaßen entgegen gearbeitet werden konnte.“¹⁵

Maßnahmen gegen die Kommunisten

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Kommunistischen Partei setzten erste Überlegungen ein, wie dieser Partei entgegengetreten werden könne. So erging bereits im Jänner 1919 ein Erlass des steirischen Landeshauptmanns an alle Behörden, Polizei- und Gendarmenkommandanten, in dem es hieß, „dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit zu schenken und alles Material sofort anher einzusenden. Desweiteren sind alle Gesetzesübertretungen sofort strafgerichtlich zu verfolgen.“¹⁶ Zudem schlug der Grazer Bürgermeister Adolf Fizia Anfang Februar 1919 vor, dass alle nicht in der Steiermark heimatberechtigten Personen, die sich als Sympathisanten der kommunistischen Bewegung zu erkennen geben, aus dem Bundesland abgeschoben werden sollten.¹⁷

Im Anschluss an die von den sozialdemokratischen Volkswehrmännern und Kriegsheimkehrern organisierte Kundgebung vom 20. Februar, bei der die Stimmung zugunsten der KPÖ gekippt war, wurden seitens der Stadt- und Landesregierung aber auch noch andere Maßnahmen ergriffen: So wurde die Versammlung der KPÖ, die für den 22. Februar am Freiheitsplatz angekündigt war, vom Bürgermeister untersagt, der zudem eine Kundmachung plakatieren ließ, in der er mit der Verhängung des Standrechtes drohte.¹⁸ Anton Rintelen¹⁹ – damals Stellvertreter des Landeshauptmanns – reiste nach Wien, von wo er mit 620 Mann niederösterreichischer Gendarmerie zurückkehrte. Zudem mobilisierte er die Grazer Polizei und Studentenwehr sowie die Bereitschaft der Volkswehr.



Heinrich Brodnig (1887–1962)

Am Samstag, den 22. Februar, verlegte die KPÖ – nachdem sie gegen das Versammlungsverbot protestiert hatte – die Kundgebung in die damalige Grazer Vorortgemeinde Gösting. In der Grazer Innenstadt versammelten sich aber dennoch viele Neugierige an den Absperrungen in der Sporgasse, Sackstraße und Herrengasse sowie am Murvorplatz, dem heutigen Südtirolerplatz. Aufgeheizt durch die Anwesenheit der „Wiener Gendarmerie“ – jenen Einheiten, die Rintelen aus Niederösterreich mobilisiert hatte – sowie über die Präsenz bewaffneter Studenten erobert, deren unverzügliche Entwaffnung verlangt wurde, gingen die Demonstranten gegen die Absperrungen vor. Ein Teil der Demonstranten war in der Zwischenzeit zur Andrärschule gezogen, wo das Arbeiterhilfskorps einquartiert war, und verlangte von diesem, es möge an Stelle der Studenten den Dienst an den Absperrungen versehen. Als dann gegen 17 Uhr eine Abteilung des Arbeiterhilfskorps durch die Annenstraße anmarschiert kam und die angesammelte Menge dies mit Jubel begrüßte, glaubten die Gendarmen und Studenten, es handle sich um einen bewaffneten Angriff und feuerten am Murplatz in die Menge. Die Bilanz: vier Tote und 13 Schwerverletzte.²⁰

Die Studenten flohen daraufhin über die Mur und zogen sich in das Rathaus zurück, das von der aufgebrachten Menge belagert wurde. Diese forderte die Entwaffnung der Studentenwehr, was die Studenten allerdings verweigerten. Erst nachdem es am Hauptplatz zu einer weiteren Schießerei gekommen war, was zur Folge hatte, dass erneut Verletzte und ein Toter zurückblieben, gelang es dem

Arbeiterhilfskorps und der Sicherheitswache die Studentenwehr zu entwaffnen, woraufhin sich die Lage beruhigte.

Während die Studenten entwaffnet und „unter dem Schutze des Arbeiterhilfskorps nach Hause geführt“²¹ wurden, verhaftete die Polizei noch in der Nacht acht Mitglieder der Führung der KPÖ, denen man die Schuld für die Vorfälle gab, da sie für diesen Tag zu einer Kundgebung aufgerufen hatten. Weitere Verhaftungen folgten tags darauf. Diese Ereignisse vom so genannten „Blutsamstag“ hatten zur Folge, dass die kommunistische Bewegung in Graz mehr als einen Monat lang fast gänzlich lahmgelegt wurde. Einzelne Kommunisten trafen sich in kleinen konspirativen Zirkeln in Privatwohnungen, einige traten mit Sozialdemokraten in Verbindung, um mit deren Unterstützung die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen.

Erst Mitte März 1919 kam für die führungslose KPÖ in Graz Unterstützung aus Wien. Karl Janistyn wurde nach Graz beordert, um die desorganisierte Partei wieder zu formieren. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft ereignete sich jedoch etwas, das den Versuch mittels Wiener Gesandter die Grazer Partei wieder aufzubauen, überflüssig machen sollte: Am 21. März 1919 wurde im benachbarten Ungarn die Räterepublik ausgerufen, was in der kommunistischen Bewegung die Hoffnung weckte, dass die Revolution nicht vor den Toren der Steiermark Halt machen werde und sich auch hier bald die Verhältnisse ändern würden.

Die Auswirkungen der Ungarischen Räterepublik

Nachdem die letzten noch inhaftierten Führer der KPÖ zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik auf Intervention des Staatskanzlers Karl Renner wieder freigelassen worden waren,²² kam es am 30. März 1919 in der Industriehalle zur ersten kommunistischen Versammlung in Graz seit dem „Blutsamstag“, in der Brodnig den Versammelten einen telefonischen Gruß von Béla Kun bestellte und mitteilte, dieser fordere die Grazer Kommunisten auf, „sich als klassenbewußte Proletarier zu bekennen und als solche zu handeln“. Der aus Wien angereiste kommunistische Funktionär Karl Tomann sprach daraufhin von der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Österreich nach russischem und ungarischem Vorbild.²³ Um dieses Ziel zu erreichen – das auch für das Überleben der ungarischen Revolution wichtig war – unternahm die KPÖ nun mit ungarischer Hilfe doppelte Anstrengungen.

In den folgenden Tagen und Wochen konnten die Behörden daher wieder eine sprunghafte Zunahme der kommunistischen Propaganda und eine steigende Akzeptanz der kommunistischen Ideen sowie einen Rückgang des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei in der Steiermark feststellen. In den ober- und weststeirischen Industriegemeinden kam es zu Ortsgruppengründungen und einem massiven Zustrom sozialdemokratischer Arbeiter zu den Kommunisten.²⁴ Daneben konnten Kommunisten bei den im April 1919 abgehaltenen Arbeiterrätewahlen Erfolge verzeichnen. So wurden in Donawitz von zwölf Arbeiterräten elf Kommunisten gewählt. Außerdem errangen sie bei den Invalidenräten von den sechs Räten vier,²⁵ und auch bei den Soldatenräten konnten die Kommunisten trotz wiederholter „Säuberungen“ einige neue Positionen erringen. Besonders stark waren sie im Arbeiterhilfskorps vertreten, wo die vier Soldatenräte des ersten Bataillons alle und unter den Soldatenräten des zweiten Bataillons zwei Kommunisten waren, was anlässlich einer Versammlung sogar dazu führte, dass ein Angehöriger des Arbeiterhilfskorps mitteilte, dieses werde sich bald in „Rote Garde“ umbenennen.²⁶

In Graz und den Umgebungsgemeinden fanden in den folgenden Wochen fast täglich Versammlungen statt,²⁷ die im Tenor der Reden sehr ähnlich waren und wo durch die Teilnahme von ungarischen Referenten immer schärfere Töne angeschlagen wurden. Es ging dabei neben dem neuerlichen Aufruf zum Wahlboykott – diesmal bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen – vor allem um Ungarn: Das österreichische Proletariat müsse im Falle des Einschreitens der Entente gegen die Räteregierung den Genossen in Ungarn beistehen. Dies gelänge am besten, indem Österreich dem Beispiel der Nachbarländer – am 6. April war auch Bayern Räterepublik geworden – folge und damit den Schlussstein für einen großen kommunistischen Block in Mitteleuropa bilde. Ungarn werde dafür im Falle einer Lebensmittelblockade seinerseits Österreich mit Lebensmitteln versorgen, hieß es.

Als typisches Beispiel für eine jener Versammlungen soll hier jene vom 16. April 1919 in den Annensälen etwas ausführlicher dargestellt werden, in der der aus Budapest nach Graz entsandte ungarische Rätebeauftragte Bela Weiss die Versammelten zu überzeugen versuchte, nicht als Rotgardisten nach Ungarn zu gehen, wie dies Leo Roth-

ziegel mit Hunderten Freiwilligen getan hatte, sondern sie aufforderte, „bleibt lieber hier und helfet tatkräftig mit zum Sturze“. „So wird die Proletarierdiktatur wie sie in Russland und Ungarn besteht, auch in Österreich und in den anderen europäischen Staaten ungeahnt und rasch Platz greifen. Deshalb schreckt nicht vor Gewaltmitteln zurück. Ein tüchtiger Sturm, ein energischer Anlauf und über Nacht haben wir die ‚Polizeidemokraten‘ gestürzt und herrlich wie das Morgenrot im Osten wird der neue gesunde Arbeiterstaat entstehen!“²⁸

Neuerliche Verfolgungen

Waren die Behörden im Februar des Jahres dem raschen Anwachsen der kommunistischen Bewegung zum Teil noch hinterhergehinkt, so waren sie diesmal darauf vorbereitet. Denn kaum waren die im Februar Verhafteten Ende März wieder freigelassen worden, wurden seitens der Behörden unter Einschluss der Sozialdemokratischen Partei Maßnahmen zum Zurückdrängen der Kommunistischen Partei ergriffen. Dies geschah auf mehreren Ebenen. Staatskanzler Karl Renner übermittelte am 8. April 1919 der Steiermärkischen Landesregierung detaillierte Anweisungen, wie gegen die Kommunisten vorzugehen sei.²⁹ „In dieser Richtung kommt“ – so Renner – „in erster Linie die *Abschaffung* in Betracht“, wobei nicht-österreichische Staatsangehörige – d.h. all jene Personen, die nicht im Gebiet der nunmehrigen Republik Deutsch-Österreich geboren und heimatberechtigt waren – über die Grenze abgeschoben und Österreicher aus dem Ort ihrer Agitationstätigkeit, in dem sie nicht heimatständig waren, ausgewiesen werden sollten. Diese Maßnahmen, so Renner, könnten am besten unter Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei erfolgen: „Zu diesem Zwecke wird es sich insbesondere empfehlen, wenn die Behörden im gegebenen Falle sich unter anderem rechtzeitig auch mit den in Betracht kommenden Faktoren der organisierten Arbeiterschaft ihres Bezirkes ins Einvernehmen setzen.“ Während die Sozialdemokraten Listen von mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden erstellten und die Behörden diese über die Landes- bzw. Staatsgrenzen abschoben,³⁰ ließ die Steiermärkische Landesregierung über Anraten des Landeshauptmannstellvertreters Anton Rintelen in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1919 in Graz erneut alle führenden Kommunisten verhaften. Der Grund dafür waren die Ereig-

nisse in Wien am Gründonnerstag. An diesem Tag, dem 17. April 1919, fand eine Versammlung von Invaliden, Heimkehrern und Arbeitslosen statt, die anschließend zum Parlament marschierten, wo es zu Schießereien kam, bei denen sechs Personen starben. Die KPÖ wurde daraufhin beschuldigt, einen Putschversuch unternommen zu haben. Auch wenn der Führung der KPÖ keine direkte Verstrickung in die Ereignisse am Gründonnerstag nachzuweisen war – das „kommunistische“ Volkswehrbataillon 41 war im Gegenteil mitbeteiligt bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung –, hatten diese Ereignisse weitreichende Auswirkungen,³¹ sowohl für die weitere Entwicklung der österreichischen Partei, als auch für die steirische Organisation. So kam es innerhalb der österreichischen bzw. Wiener Partei zu einer scharfen Auseinandersetzung über die einzuschlagende Linie, wobei sich bis Mitte Mai die sektiererische Linke³² durchsetzen konnte. Für die KPÖ in der Steiermark bedeuteten die Ereignisse des sogenannten „Gründonnerstag-Putsches“ die neuerliche Zerschlagung der Organisation. Neben der Verhaftung aller führenden Kommunisten in Graz wurden auch die Parteilokale in der Eggenberger Allee und der Idlhofgasse gesperrt. Zudem wurden die Volkswehrbataillone und das Arbeiterhilfskorps von Kommunisten gesäubert. In einem Bericht des Landesgendarmierkommandos an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung hieß es dazu: „Zu dem Erfolge der komm. Bewegung in Graz u. Stmk. von der gefahrdrohenden Höhe, die sie bereits eingenommen, herabgestürzt zu haben, hat die klare, eindeutige Stellungnahme der steirischen Sozialdemokraten u. der Einfluss des Vollzugs Ausschusses des Soldatenrates wesentlich beigetragen. Nahezu alle komm. Elemente wurden aus dem A.H.K. u. den VW. Formationen entfernt, von den in den Reihen dieser Formationen verbleibenden eine dezidierte Erklärung zur Sozialdemokratischen Partei gefordert. Mit diesem zielbewussten Vorgehen hat die Sozialdemokratie ihre Herrschaft über diese Massen u. die mil. Formationen, die durch die komm. Agitation bereits sehr erschüttert war, neu gefestigt.“³³

Die Abschiebungen auf der einen und die Säuberungen sowie die neuerliche Verhaftung der Führung am 24. April auf der anderen Seite führten dazu, dass es fast einen Monat dauern sollte, bis die KPÖ in Graz dank ungarischer Unterstützung wieder in Erscheinung treten

konnte. Als Ende Mai in Graz erstmals wieder Kundgebungen stattfanden, kam es in Wien seit einiger Zeit täglich zu großen Kundgebungen der KPÖ gegen den geplanten Abbau der Volkswehr und für die rasche Errichtung der österreichischen Räterepublik. Um auch in Graz mit diesen Forderungen wieder Fuß fassen zu können, wurden aus Wien erneut Karl Janistyn und aus Budapest Stefan Szigetvary³⁴ nach Graz entsandt, die jedoch bereits unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und ins Landesgericht Graz eingeliefert wurden. Dennoch gelang es der KPÖ in Graz Ende Mai und Anfang Juni wieder 1.000 bis 2.000 Teilnehmer zu ihren Versammlungen zu mobilisieren. Neben den Protesten gegen den geplanten Abbau der Volkswehr standen Petitionen zur Freilassung der inhaftierten Genossen im Mittelpunkt dieser Versammlungen, wobei immer wieder Drohungen ausgesprochen wurden, demnächst zu wirksameren Maßnahmen zu greifen, sollten die Inhaftierten nicht freigelassen werden. Die steirischen Behörden ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken und blieben ihrem bereits im Februar 1919 eingeschlagenen Sonderweg treu. So heißt es in einem Bericht u.a.: „In klarer Verfolgung der einmal eingeschlagenen Richtung wurden alle in diesen Versammlungen auftretenden Redner, welche zu gewaltsamen Vorgehen aufforderten, stets unmittelbar nach den Versammlungen verhaftet u. dem Landesgericht eingeliefert; so wurden nacheinander die letzten Ausschussmitglieder, die noch interkulturell [sic!] zu einer Führerschaft befähigt waren, ausgeschaltet. Durch Entsendung ergebnisloser Deputationen an die Landesregierung [...], die jedoch unbeachtet blieben, wurde die Ohnmacht der hiesigen Kommunisten klar dargetan.“³⁵ Dass die steirischen Behörden diesen Weg auch gegenüber den zentralen Behörden in Wien verfochten, zeigen die ablehnenden Stellungnahmen gegenüber den mehrmaligen Ersuchen des sozialdemokratischen Staatssekretärs des Inneren, Matthias Eldersch, die inhaftierten Kommunisten wieder freizulassen.³⁶

Auflösung der Kommunistischen Partei

Anfang Juli 1919 gelang es den steirischen Behörden schließlich gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, die Kommunistische Partei in Graz von innen her aufzulösen. Am 30. Juni 1919 übersandte das Präsidium des Landesgerichts Graz Landeshauptmann Rinte-



Plakat der KPÖ Graz vom Februar 1919

len ein Protokoll, das mit dem wegen kommunistischer Tätigkeit verhafteten Albert Bergauer aufgenommen worden war. Darin gab Bergauer an, er sei fälschlich als Kommunist festgenommen worden, vielmehr sei er seit 21 Jahren Sozialdemokrat und „als Sozialdemokrat ein Gegner der kommunistischen Partei“. Daher machte er die Behörden „darauf aufmerksam, dass die kommunistische Umsturzbewegung von verhafteten Kommunistenführern vom hiesigen Gefangenenhaus aus geleitet wird.“³⁷ Doch damit nicht genug: Bergauer sollte – von den Justizbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt – in der Folge und nachdem der gesamte Ausschuss der KPÖ zurückgetreten war, zum neuen Wortführer und letztlich Liquidator der Partei werden. Bei der am 14. Juli abgehaltenen Versammlung der KPÖ wurde Bergauer Mitglied des neu gewählten Ausschusses der KPÖ, der beschloss, Verhandlungen mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Ende Juli 1919 berichteten die steirischen Zeitungen von einer „Wandlung der Grazer Kommunisten“: „Dem Vernehmen nach haben sich die besseren Elemente der Partei in dem Bestreben vereinigt, die zweifelhaften Elemente unter sich abzustößen, der Putschtaktik völlig zu entsagen und einen Anschluss an die Sozialdemokratische Partei zu suchen.“³⁸

Damit der Anschluss an die Sozialdemokratische Partei nicht vom Wiener Direktorium der KPÖ gestört oder verhindert werden konnte, wurde etwa Anfang August seitens der steirischen Behörden Emil Taussig, der aus Wien mit dem Mandat des Direktoriums ausgestattet nach Graz geschickt wurde, um

„endlich Klarheit zu schaffen, allenfalls die bisherige Organisation aufzulösen und eine neue aufzurichten“,³⁹ unmittelbar nach seiner Ankunft in Graz verhaftet. So fanden bis Mitte September „ungestört“ weitere Gespräche zwischen den kommunistischen Ausschussmitgliedern in Graz und der Führung der Sozialdemokratischen Partei statt, ehe am 12. September 1919 folgende Erklärung der abdruckt wurde: „Die Angehörigen der steirischen Gruppe der ‚Kommunistischen Partei Deutschösterreichs‘ teilten mit, dass sie sich von dieser Partei losgesagt haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen sind, dass die Taktik der Partei das Proletariat schwächt und der unter der Mithilfe der imperialistischen Ententemächte immer mehr sichtbar werdenden Reaktion Vorschub leistet. Die Ereignisse in Deutschland und besonders in Ungarn haben gezeigt, dass die geschichtliche Entwicklung die Errichtung einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft dermalen noch ausschließt. Die unter dem Namen ‚Diktatur des Proletariats‘ in Ungarn aufgerichtete Herrschaft hat sich nicht auf die breiten Massen des Volkes gestützt, sie war eine Herrschaft, die auch gegen die Mehrheit des arbeitenden Volkes gerichtet war. Sie hat deshalb jener sittlichen Reinheit entbehrt, von der große geschichtliche Umwälzungen begleitet sind. Sie musste zusammenbrechen. Ihr Erfolg ist, wie sich nun zeigte, die Diskreditierung der sozialistischen und kommunistischen Idee bei den breiten Volksmassen und dass der Reaktion die Wege geebnet wurden, so dass jetzt sogar die errungene politische Freiheit, die demokratische Gleichberechtigung und die soziale Wohlfahrt der Arbeiterklasse bedroht erscheinen. Die Angehörigen der steirischen Gruppe der Kommunistischen Partei wollen nicht, dass man in Deutschösterreich dem abschreckenden Beispiele Ungarns folge. Sie sind der Überzeugung, dass angesichts der immer sichtbarer werdenden Sammlung der reaktionären Kräfte gegen den Bestand der freien Republik Deutschösterreich die Zersplitterung des Proletariats eine verderbliche Wirkung zeitigen könnte. Aus diesem Grunde beschlossen sie auch, wieder in die Sozialdemokratische Partei unter der Bedingung einzutreten, dass auch ihnen die gleiche Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Partei zukomme, wie allen anderen Parteiangehörigen und sie im Sinne der kommunistischen Endziele, die ja nicht außerhalb der programmatischen Grundsätze

der Sozialdemokratischen Partei liegen, frei zu wirken vermögen. Die sozialdemokratische Landesparteivertretung hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und die erwachte Einsicht und Rückkehr in die Reihen der Partei begrüßt.“⁴⁰ Drei Tage später, am 15. September 1919, fand die Einigungsversammlung der beiden Parteien statt, wo der Sozialdemokrat Josef Stanek abschließend meinte: „Die Kommunistische Partei in Graz hat sich also aufgelöst und es ist zu hoffen, dass nun nichts mehr die Einigkeit der Arbeiter stören wird.“⁴¹

Nachsatz

Dass die Auflösung der KPÖ in der Steiermark – obwohl hervorragend inszeniert und mit großem Getöse begleitet – dennoch nicht stattfand, hing damit zusammen, dass die Mitte August nach teilweise fast viermonatiger Haft entlassen und nicht über die Grenzen der Steiermark bzw. Österreichs abgeschobenen Mitglieder der KPÖ Graz sowie obersteirische kommunistische Vertrauensmänner in Bruck an der Mur am 13. September 1919 in einer Gegenresolution den Übertritt der kommunistischen Organisation zur sozialdemokratischen als nichtig erklärten, da es sich hierbei – wie es wörtlich hieß – lediglich „um den Übertritt von Personen handelt. Die kommunistisch gesinnte Arbeiterschaft Steiermarks ist trotz aller Verfolgungen den Idealen des revolutionären Sozialismus treu geblieben und wird sich auch in Hinkunft nicht durch die ekelerregenden Methoden der Resel, Eisler und Komplizen von ihrem Ziel, der proletarischen Revolution, abdrängen lassen.“⁴²

Am 1. Oktober 1919 fand schließlich in Graz wieder eine kommunistische Ausschusssitzung statt, bei der beschlossen wurde, sich wieder als eigenständige Organisation zusammen- und den Wienern anzuschließen. Aus diesem Grund wurde ein neuer Ausschuss gewählt, der seinen Sitz vorerst in die Obersteiermark verlegte.⁴³ In Graz wurde erstmals wieder am 13. Oktober eine Versammlung einberufen. Wenige Tage vor dem 3. Parteitag der KPÖ wurde in Graz am 3. Dezember 1919 ein neues kommunistisches Komitee gebildet, für das Heinrich Brodnig am Parteitag am 7./8. Dezember in Wien sprach, wo er mit dem Radikalismus der vergangenen Monate abrechnete und der Partei den mühevollen Weg der Massenarbeit vorschlug: „Manche Genossen scheinen den Parteitag als den Tummelplatz ihres Radikalismus anzusehen. Ich möchte ihnen raten,

in die Provinz zu gehen und es dort versuchen, ihre Taktik durchzusetzen. Wir in Steiermark haben daran gekrankelt, dass wir glaubten, durch überradikale Mittel die Macht erlangen zu können. Außerdem hatten wir keinen organisatorischen Grundstock und auch das wurde zum Grund des Zusammenbruches in Steiermark. [...] Der theoretische Streit über Minderheit oder Mehrheit ist für die Praxis ohne Bedeutung. Wir müssen uns den jeweiligen Verhältnissen anpassen. Wir haben nichts davon, wenn die Minderheit will und die Mehrheit nicht mitgeht. Bei uns ist der Terror am stärksten, es wird mit allen Mitteln gegen uns gekämpft und wenn wir einen radikaleren Weg einschlagen, verlassen uns die Mitglieder, die wir haben. [...] Die Genossen, die sich in Steiermark nach unserer Verhaftung den Sozialdemokraten angeschlossen haben, waren keine wirklichen Kommunisten. Diese sind bei uns geblieben. Wir wollen jetzt unsere Organisation neu aufbauen und durch Organisation und durch das Hineintragen unserer Idee in die Massen können wir etwas erreichen.“⁴⁴

Anmerkungen:

1/ Protokoll der 3. Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. u. 8. Dezember 1919. Wien 1920, S. 72f.

2/ *Tagespost*, 8.12.1918.

3/ Arbeiterwille, 23.12.1918; Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Statthaltereipräsidium (StH. Präs.) E 91–3416/1918, Heft (H.) 1, Kommunistische Bewegung in Graz, Bericht v. 22.12.1918.

4/ *Tagespost*, 24.12.1918.

5/ Karl Steinhardt: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters, hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer. Wien 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 197.

6/ Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien, Zürich 1987, S. 193f.

7/ StLA, StH. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht v. 14.1.1919.

8/ Dazu auch der Artikel: „Arbeiterschaft und Wahlkampf“, in: *Weckruf*, 4.1.1919.

9/ Nikolai Bucharin: Die Staatsidee der österreichischen Sozialdemokraten und der Marx'sche Kommunismus, in: *Weckruf*, 11.1.1919; ders.: Was ist die Eroberung der politischen Macht? in: *Die soziale Revolution*, 15.1.1919; Leo Trotzki: Proletarier, ihr habt von der Nationalversammlung nichts zu erwarten, in: *Die soziale Revolution*, 25.1.1919.

10/ Antrag der Ortsgruppe Graz, Donawitz und Voitsberg der Kommunistischen Partei, in: Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien 1919, S. 38.

11/ Brodnig am ersten Parteitag, in: ebd., S. 40.
 12/ Während bei der Wahl zur Nationalversammlung im Februar 1919 „nur“ 23,4 Prozent der Wahl ferngeblieben waren, waren es im Mai 1919 44 Prozent, die die Wahl boykottierten. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1920 lag die Zahl der der Wahl Ferngebliebenen wieder bei rund 24 Prozent. Die Rohdaten basieren auf: Die Wahlen in der Landeshauptstadt Graz von 1919–1963, hg. v. Magistrat Graz, Statistisches Amt. April 1964.
 13/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Berichte v. 1.2., 2.2., 5.2. und 16.2.1919.
 14/ StLA, BKA Inneres, 22/Stmk, 1918–1928, Kt. II, Zl. 10545/19, Beilage zum Bericht v. 18.3.1919; Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs: Die Wahrheit über die Ereignisse in Graz.
 15/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4, Bericht der Polizeidirektion Graz an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 12.1.1920.
 16/ Der Erlass wurde abgedruckt in: *Die soziale Revolution*, 1.2.1919.
 17/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht v. 5.2.1919 bzw. Brief des Bürgermeisters an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 20.2.1919.
 18/ *Tagespost*, Morgenblatt, 22.2.1919; *Arbeiterwille*, 22.2.1919. Maßnahmen des Bürgermeisters vom 21. Februar 1919. Die Kundmachung des Standrechtes für die Gemeinden Graz, Gösting, Eggenberg und Wetzelsdorf lag seitens der Steiermärkischen Landesregierung schon fertig vor, wobei nur noch das Datum einzutragen war. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4: Vordruck: Kundmachung über die Verhängung des Standrechtes wegen Verbrechens des Aufruhrs.
 19/ Anton Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles, Berchtesgaden, Großdeutschland. München 1941, S. 102ff. Rintelen irrt sich in seinen Erinnerungen sowohl bezüglich Datum als auch Zahl der Teilnehmer („etwa zehntausend aufgepeitschte Menschen“).
 20/ Es gibt verschiedene Darstellungen zu diesen Ereignissen. Vgl. dazu diverse Berichte in StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1; Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg, S. 104; Zeitungsberichte der *Tagespost* und *Arbeiterwille*.
 21/ *Arbeiterwille*, 24.2.1919.
 22/ *Die soziale Revolution*, 26.3.1919.
 23/ Dazu u.a. *Montagszeitung*, 31.3.1919; *Arbeiterwille*, 31.3.1919; *Die soziale Revolution*, 2.4.1919. Vgl. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht der Polizeidirektion an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 31.3.1919, Bericht des Landesgendarmeriekommandos an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 3.4.1919.
 24/ Diverse Berichte im April 1919 in StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2.
 25/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2,

Bericht v. 19.4.1919.
 26/ Ebd., Bericht v. 8.4.1919.
 27/ Ebd., diverse Berichte im April 1919. *Arbeiterwille*, 12. bzw. 14.4.1919; *Die soziale Revolution*, 12.4.1919.
 28/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2, Bericht v. 19.4.1919.
 29/ Ebd., Schreiben von Staatskanzler Karl Renner an die Steiermärkische Landesregierung v. 8.4.1919. Alle folgenden Zitate in diesem Absatz sind diesem Schreiben entnommen.
 30/ So waren etwa bereits am 18.4.1919 in Leoben auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei vierzehn nach Jugoslawien heimatberechtigte Kommunisten an die Bezirkshauptmannschaft zwecks Abschiebung angezeigt worden, „welchem Ansinnen seitens dieses Amtes natürlicherweise bereitwilligst Folge gegeben wurde“. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2, Bericht v. 19.4.1919.
 31/ Hans Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Wien 1970, S. 90ff.; Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München 1983, S. 48ff.
 32/ Diese Gruppe rund um Franz Koritschoner dürfte gemeinsam mit ungarischen Emissären bereits am 17. April 1919, ohne die Parteiführung zu informieren, eine Aktion geplant haben, die auf die Ausrufung der Räterepublik in Österreich abzielte, um so der bedrängten ungarischen Räterepublik beizustehen.
 33/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 3, Bericht v. 9.7.1919. Dazu auch die Erklärung des Wehrbataillons des Arbeiterhilfskorps, abgedruckt in *Arbeiterwille*, 28.4.1919.
 34/ Szigetvay war laut Bericht der Polizeidirektion Volksbeauftragter für Äußeres und die Armee an der Grenze. Siehe: StLA, Sth. Präs. E

91–3416/1918, H. 4, Bericht der Polizeidirektion an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 1.9.1919. Szigetvay wurde am 29. August 1919 nach Ungarn ausgeliefert, wo er – wie es im Polizeibericht heißt – schwer misshandelt wurde. Dennoch sei ihm die Flucht aus ungarischer Haft geglückt.
 35/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 3, Bericht v. 9.7.1919.
 36/ So hatte Eldersch bereits Anfang Juni auf die Bitte des Direktionsmitgliedes der KPÖ Tomann erstmals die steirischen Behörden er sucht, die Kommunisten zu enthaften, was diese jedoch rundweg ablehnten. Ebd., H. 2, Bericht v. 11.6.1919. Eldersch sprach – wie die Gendarmeriedirektion in Erfahrung brachte – auch bei der sozialdemokratischen Parteileitung mit dem Ansinnen vor, diese solle für die Enthaftung der Kommunisten eintreten, was diese genauso ablehnte wie die steirischen Behörden. Ebd., Bericht v. 14.6.1919.
 37/ Ebd., H. 3: Vernehmung des Beschuldigten Albert Bergauer, 30.6.1919.
 38/ *Tagespost*, 30.7.1919; *Arbeiterwille*, 31.7.1919.
 39/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, 22/Stmk, fol. 1062, Bericht der Oberstaatsanwaltschaft an das Staatsamt für Justiz vom 12.8.1919.
 40/ *Arbeiterwille*, 12.9.1919; *Tagespost*, Abendblatt, 12.9.1919.
 41/ Josef Stanek, zit. nach *Arbeiterwille*, 20.9.1919 („Die Einigungsversammlung mit den Kommunisten“).
 42/ Resolution vom 13. September 1919, in: *Die Rote Fahne*, 27.9.1919.
 43/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4, Bericht der Detektivabteilung an das Landesgendarmeriekommando v. 2.10.1919.
 44/ Protokoll der 3. Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. u. 8. Dezember 1919, S. 72f.

Ehrung für Claudia Kuretsidis-Haider

Claudia Kuretsidis-Haider, wissenschaftliche Mitarbeiterin des DÖW, Ko-Leiterin der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* und Mitglied des Vorstands der *Alfred Klahr Gesellschaft*, wurde mit der Rosa-Jochmann-Plakette des *Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen* ausgezeichnet. Überreicht wurde die Plakette vom geschäftsführenden Bundesvorsitzenden der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Gerald Netzl im Rahmen der Festveranstaltung „20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“ am 13. Dezember 2018 im Wiener Landesgericht. „Claudia Kuretsidis-Haider verbindet

auf beispielgebende Weise Wissenschaft und zivilgesellschaftliches Engagement. Ihre Aktivitäten sind gelebtes ‚Niemals vergessen‘“, so Gerald Netzl im Zuge der Ehrung.



© Dominik Lang

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 6 und Schluss)

Auswanderung aus Oberösterreich

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Die drückende wirtschaftliche Situation ließ viele Menschen an Auswanderung denken, in der Hoffnung, ihr Glück in der Fremde zu finden. Insgesamt wanderten zwischen 1918 und 1938 rund 80.000 Personen aus, darunter knapp 5.000 Personen aus Oberösterreich, viele von ihnen Arbeitslose aus Steyr. Zielländer waren vor allem die USA, Kanada, Brasilien und Argentinien, aber auch die UdSSR und Palästina. Das Auswanderungsamt beriet die Ausreisewilligen, Schifffahrtslinien schalteten in den Zeitungen großformatige Inserate und manche Staaten, etwa Brasilien, boten Anreize in Form von Geld und Land.

Mit der angespannten ökonomischen Situation nach dem Ersten Weltkrieg, die nahezu den gesamten österreichischen Wirtschaftsraum erfasste, setzten Wanderungsbewegungen in europäische und außereuropäische Gebiete ein. Steigende Arbeitslosigkeit, ein niedriges Bruttoinlandsprodukt und hohe Emigrationsquoten spiegeln diese Entwicklung für Österreich wider. Sieht man von den Konjunkturjahren 1924 bis 1929 ab, so trifft dieses Bild auf die gesamte Zwischenkriegsperiode zu. Dennoch waren verschiedene Wirtschaftsbereiche unterschiedlich stark von der Wirtschaftskrise betroffen. So erlebte zwar die Landwirtschaft nach 1918 eine Konjunktur, weil der Devisenhandel keine Importe zuließ. Die Situation änderte sich aber ab Mitte der Zwanzigerjahre und eine tiefe Rezession erfasste zu diesem Zeitpunkt den landwirtschaftlichen Sektor. Schwerwiegender und nachhaltiger traf es aber besonders die etablierten Industriestandorte in Österreich. Dies galt hauptsächlich für die Regionen Wien-Umgebung und Wiener Neustadt in Niederösterreich, einzelne Landstriche in der Steiermark und den Raum Steyr in Oberösterreich.¹

In den Jahren 1919 bis 1937 wanderten 80.164 Personen aus Österreich aus, davon stammten 4.965 Personen (6,2 Prozent) aus Oberösterreich. Auf Grund der schlechten Aktenlage in den Jahren 1918 bis 1921 sowie 1926 bis 1938 beschränkt sich dieser Beitrag auf eine Auswertung des kurzen Zeitraums zwischen 1922 und 1925. Hier wanderten insgesamt 33.353 Österreicherinnen und Österrei-

cher nach Übersee aus, darunter 2.215 (6,6 Prozent) Personen aus Oberösterreich.² Eine Besonderheit stellt das Jahr 1925 dar. Hier war ein Fünftel aller Auswanderer und Auswanderinnen (960 von österreichweit 4.627 Personen) nach außereuropäischen Ländern ein Oberösterreicher oder eine Oberösterreicherin. Dabei muss betont werden, dass alle Zahlen mit Vorsicht zu behandeln sind, es sich hier also eher um Richtwerte handelt. Michael John schreibt dazu: „Da die Feststellung der Wanderung über die Passgesetze funktionierte [...], sind in der Statistik nur jene Migrationen festgehalten, die vom österreichischen Gesetzesstandpunkt ‚legal‘ angesehen wurden.“³

Die USA waren mit rund 34.000 Personen das mit Abstand beliebteste Ziel-land, danach folgten mit knapp 15.500 Personen Brasilien, mit 11.300 Personen Argentinien und mit knapp 3.500 die anderen Staaten Süd- und Mittelamerikas einschließlich der Karibik.⁴

Die Konzentration auf den Zeitraum von 1922 bis 1925 bietet sich auch insofern an, als hier die Auswanderung aus Oberösterreich ihren Höhepunkt erreichte und sich zudem das meiste Datenmaterial finden ließ. Bezogen auf die gesammelten Daten der Fragebögen aus dem Wanderungsamt erfolgte eine Aufschlüsselung nach kontinentaler und Überseewanderung. So ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der Ausgewanderten nach Übersee, der Türkei und UdSSR machte aus den Bezirken Steyr Land und Steyr Stadt 48 Prozent (412 Personen) aus, gefolgt von Linz Stadt mit 21 Prozent (180), Linz Land mit 7,6 Prozent (65), Rohrbach mit 5,4 Prozent (46), Vöcklabruck mit 4,3 Prozent (37) und Urfahr-Umgebung mit 4 Prozent (34). Aus den übrigen Bezirken wanderten zusammen 9,8 Prozent (85 Personen) aus.

Im Jahr 1923 wanderten aus den Bezirken Steyr Land und Stadt 270 Personen aus, das sind – bezogen auf die Volkszählung 1923 – 37 Personen pro Zehntausend EinwohnerInnen. Aus dem Bezirk Linz Stadt emigrierten im selben Jahr 155 Personen, das sind 14 pro Zehntausend EinwohnerInnen. Aus dem Bezirk Linz Land wanderten 1923 57 Personen aus, das entspricht 13 Personen pro Zehntausend EinwohnerInnen und

aus dem Bezirk Rohrbach 35 Personen, das ergibt sieben pro Zehntausend EinwohnerInnen. Für den Bezirk Vöcklabruck (24 Emigrierte) ergibt sich für das Jahr 1923 eine Zahl von drei und für Urfahr-Umgebung (25 Emigrierte) eine Zahl von sechs Personen, jeweils pro Zehntausend EinwohnerInnen. Aus den restlichen oberösterreichischen Bezirken wanderten 30 Personen aus, das entspricht 0,7 pro Zehntausend EinwohnerInnen.⁵

Dieser hohe Prozentsatz im Raum Steyr ist durch die anhaltende Wirtschaftskrise, die auch die in Steyr 1864 gegründete Waffenfabrik betraf, zurückzuführen. Seit Anfang 1925 kam es zu einer monatlichen Abwanderung von rund 20 bis 30 Familien aus dieser Region.⁶ Eine Aussperrung im Steyr-Werk vom 29. September bis 25. November 1925 wegen Lohnforderungen verschärfte die anhaltend prekäre Situation der Beschäftigten noch weiter. Mit Ende des Jahres 1925 verließen etwa 800 Menschen die Region. Die Bezirkshauptmannschaft Steyr stellte dazu fest, dass ein Großteil der Auswanderungswilligen vorhabe, nach Brasilien auszureisen, und erklärte das Ansinnen der Männer und Frauen nicht nur mit der sehr hohen Arbeitslosigkeit in und um Steyr, sondern sie vermutete außerdem eine „Sogwirkung durch bereits Ausgewanderte“.⁷ Des Weiteren sei eine rege Propagandatätigkeit von Werberinnen und Werbern auszumachen, welche die Arbeitslosen und Ausgesteuerten gezielt mit Vorträgen über die guten Bedingungen in den Zielländern anspreche.⁸

Uhlfeld-Kolonie

In den Jahren 1926 bis 1927 wanderten rund 400 Familien aus Wien, Niederösterreich, der Steiermark und Oberösterreich in ein Gebiet in der Kirgisischen Republik aus.⁹ Die so genannte „Uhlfeld-Kolonie“ scheiterte aber bereits nach kurzer Zeit. Laut dem Wanderungsamt waren bei der ersten gemeinsamen Abreise im März 1926 unter den 209 Anwesenden fünf Personen oberösterreichischer Herkunft,¹⁰ davon dürften vier Personen aus dem Bezirk Grieskirchen stammen.¹¹ Leider wurden aufgrund von Skartierungen im Jahr 1948 viel Material im Oberösterreichischen Landesarchiv



Rudolf Burgstaller entschloss sich am 5. September 1929, von Kremsmünster nach Brasilien auszuwandern. In Hamburg bezog er eine Vierbett-Kabine dritter Klasse auf der „General Osario“. Am 18. September fand die beliebte „Äquatortaufe“ statt (hier im Bild), am 23. erreichte das Schiff Rio de Janeiro. Von dort fuhr Burgstaller nach Santos, einer Hafenstadt in der Nähe von São Paulo. Hier arbeitete er einige Jahre als Küchenhilfe im Hotel Balnearis, danach als Fahrer eines Elektrohändlers. In den 1950er Jahren kehrte Burgstaller nach Österreich zurück, heiratete und führte mit seiner Frau in Gmunden ein Geschäft.

vernichtet, welches weitere Hinweise auf eine Beteiligung von Personen aus Oberösterreich an der „Uhlfeld-Kolonie“ hätte geben können. Auch Arbeitsämter vermittelten in die Sowjetunion, wobei sich die Vorgehensweise dafür von Bundesland zu Bundesland unterschied. Beispielsweise verhalf das Arbeitsamt Steyr Facharbeitern oftmals direkt zu einer Stelle in der Sowjetunion. Die Reise dorthin wurde mitunter sogar durch einen Fahrtkostenzuschuss bis zur Grenze unterstützt. Auch die Industrielle Bezirkskommission Linz förderte diese Praxis für eine Auswanderung, hingegen lehnte die Kommission in Wien diese Art der Unterstützung ab.¹² Gerade aus stärker industrialisierten Bundesländern, wie Wien, Ober- und Niederösterreich, wanderten qualifizierte Arbeitskräfte in die Sowjetunion aus.¹³ In den Jahren 1931 und 1932 stand die UdSSR an erster Stelle der Einwanderungsländer für Ausreisewillige aus Österreich. Dorthin begaben sich 1931 1.262 (48,8 Prozent) und 1932 896 (42,1 Prozent) ÖsterreicherInnen.¹⁴

Emigration nach Kanada

Die Jahre zwischen 1923 bis 1930 waren auch die wichtigsten Jahre der österreichischen Emigration nach Kanada. Laut kanadischen Statistiken¹⁵ immigrierten in dieser Zeitperiode 5.439 Personen österreichischer Herkunft, danach

sank diese Zahl drastisch. Ungefähr 50 Prozent der österreichischen ImmigrantInnen kamen aus dem Burgenland, ungefähr 17 Prozent aus der Steiermark, elf Prozent aus Oberösterreich, und dort hauptsächlich aus den Bezirken Rohrbach und Steyr.¹⁶ Diese starke Zunahme der Auswanderung nach Kanada lässt sich darauf zurückführen, dass es bilaterale Vereinbarungen zwischen Österreich und der kanadischen Regierung im Jahre 1926 gab, die Erleichterungen für eine Ausreise dorthin möglich machten. Die Oberösterreichische Alpenländische Transport GesmbH., ein Reisebüro im Besitz Josef J. Leinkaufs mit Sitz in Linz, suchte im Jahr 1924 um eine Erweiterung der Konzession auf Auswanderungsgeschäfte an. Begründet wurde das Ansuchen damit, dass man zukünftig gemeinsam mit der *Canadian Pacific Railway* auswanderungswillige Personen bei der Ausreise nach Kanada und auch anderen Staaten beraten und unterstützen wolle. Die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie sowie die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz stellten sich beide gegen die Konzessionierung. Zum einen führte man an, dass die meisten Berichte von bereits Ausgewanderten ein tendenziell negatives Bild ihrer neuen Heimat zeichnen. Außerdem sahen die Kammern keinen Bedarf für eine solche Einrichtung in Oberösterreich, vor allem aber wollte man nicht, dass durch

die zu erwartende Propagandatätigkeit erst ein Anreiz zur Auswanderung geschaffen würde. Die Oberösterreichische Landesregierung verweigerte der Firma Leinkaufs daraufhin die Erweiterung. Leinkauf reichte in der Folge beim Bundesministerium für Handel und Verkehr Rekurs ein. Darin stellt er fest, dass es in ganz Oberösterreich bis dato noch kein Reisebüro explizit für Auswanderungswillige gebe, weshalb diese Personen nach Wien oder in andere Bundesländer ausweichen müssten. Dadurch würden ihnen hohe Kosten entstehen und für die örtlichen Behörden hätte dies einen Kontrollverlust zur Folge, den seine Firma beheben könnte.¹⁷ Das Ministerium schloss sich jedoch der Ansicht der Landesregierung an und wies darauf hin, dass „den Reisebüros die Anwerbung von Auswanderern sowie jegliche Förderung des Auswanderungswesens untersagt und sohin die Erweiterung der Konzession auf diese Berechtigung unzulässig ist.“¹⁸

Auswanderungsverbot

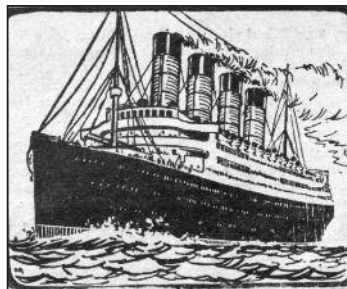
Das Thema Migration begann auch in der politischen Auseinandersetzung eine zunehmend bedeutende Rolle zu spielen. Ein Beitrag mit dem Titel „Sklavenhändler in Oberösterreich“ in der nationalsozialistischen Zeitung *Volksstimme* thematisierte etwa das Immigrationsland Frankreich und polemisierte gegen das Wanderungsamt. Dieses habe in Linz eine Pressekonferenz abgehalten, um den Oberösterreichern und Oberösterreichern eine Abwanderung nach Frankreich, wo es Arbeitsplätze gebe, schmackhaft zu machen. Besonders agitiert wurde gegen die Aussage, dass die „Franzosen einen Menschenschlag, wie den Oberösterreicher“ vorziehen würden und es skandalös sei, „die rassisch wertvollsten Menschen zur Abwanderung zu bewegen“, obwohl es in Wien 200.000 Zugewanderte aus Galizien gebe, die man aber nicht wegschicke, weil sie das Wählerreservoir des Bürgermeisters Karl Seitz bilden würden. Außerdem würde Frankreich die Immigranten deshalb zur Arbeit brauchen, weil die Franzosen noch immer voll gerüstet an der deutschen Grenze stehen müssten.¹⁹ Das Wanderungsamt nahm in seinem Wochenbericht darauf Bezug und stellte fest, dass „es gewiss sehr bedauerlich [sei], dass viele österreichische Arbeiter in der Heimat keine Beschäftigung finden können, aber solange diese Tatsache besteht, kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass Arbeit im Ausland bes-

ser ist, als die demoralisierende, langdauernde Arbeitslosigkeit im Inland.“²⁰ Als Begründung für den Versuch, die Auswanderungswilligen zu organisieren, führen die Verantwortlichen an, dass eine so genannte wilde Auswanderung für die Beteiligten definitiv unangenehmer sei. Daher läge es nahe, geeignete Strukturen anzubieten und die Leute nicht alleine zu lassen.²¹ Die *Volksstimme* kommentierte dies ironisch mit den Worten: „Daher arbeitslose Oberösterreicher packt eure sieben Zwetschken zusammen und auf nach Frankreich!“²²

Im September 1919 erließ das Staatsamt für Inneres ein Auswanderungsverbot für im Bergbau, hier vor allem im Kohlenbergbau, tätige Arbeiter. Im Februar 1922 wurde dieser Erlass widerrufen, da zu diesem Zeitpunkt der heimische Bergbau mit genügend Arbeitskräften versorgt werden konnte. Dennoch stellte man klar, dass emigrationswillige Bergarbeiter auch weiterhin genau beobachtet werden sollten, um einen unkontrollierten Wegzug zu verhindern.²³ 1926 wurden laut der Industriellen Bezirkskommission für Oberösterreich 16 Bergleute zu der belgischen Firma Charbonnages-Limbourg-Meuse abgestellt.²⁴ Dies sollte den Auftakt für weitere Werbemaßnahmen bilden: „Laut Aussage des den Transport begleitenden Firmenvertreter[s] Gelenne werden in ca. 4 Wochen weitere 50 Bergarbeiter angesprochen“, jedoch nur, sofern die Berichte der jetzt abgegangenen Arbeiter günstig lauten. Einer der Arbeiter war Otto Altenhofer, geboren 1901, aus der oberösterreichischen Heimatgemeinde Gaspolthofen, der nach Belgien emigrieren wollte und dazu 1926 einen Fragebogen für Passwerber ausfüllte.²⁵ Doch auch in diesem Fall gelang es den Bergleuten kaum, eine dauerhafte Arbeitsstelle zu erlangen. Viele waren rasch enttäuscht über die teils miserablen Arbeitsbedingungen und waren bemüht, so rasch als möglich wieder nach Österreich zurückzukehren.

Resümee

Für die Zwischenkriegszeit kann die Zahl der oberösterreichischen Emigranten und Emigrantinnen von 4.965 durch die Erfassung der legalen Binnenmigration zwischen 1922 und 1925 um mindestens 436 Personen nach oben gehoben werden. Innerhalb dieser vier Jahre konnte beobachtet werden, dass die außereuropäische Auswanderung aus Oberösterreich im Vergleich zur oberösterreichischen Binnenmigration wesentlich höher lag. Dies widerspricht der



Nach Amerika und Kanada

Nächste Abfahrten
 von Southampton-Cherbourg über Hamburg: von Hamburg direkt nach New York:
 Schnelldampfer „Mauretania“ ... 18. November Schnelldampfer „Ausonia“ ... 4. Dezember
 Schnelldampfer „Aquitania“ ... 25. November Schnelldampfer „Saxonia“ ... 20. Dezember

Schnellste Dampfer der Welt!
 Telefon 66-7-13. — Telegrammadresse: **Cunard Wien**
Cunard-Linie, Wien, IV., Argentinierstraße Nr. 62
 Hauptbureau: Wien, I., Graben Nr. 30
 Auskünfte werden jederzeit kostenlos erteilt
 Vertretung für das Burgenland: **Güssing**, Stephan Klee, Güssing Nr. 16

Inserat in der „Österreichischen Illustrierten Zeitung“ vom 19. November 1922.

bisher geltenden Annahme, die Auswanderung erfolgte hauptsächlich in europäische Länder. Eine Feststellung, die sich aber bisher nur für Oberösterreich und nur für die legale Emigration belegen lässt, sofern nicht eine selektive Skartierung des Archivmaterials stattgefunden hat. Weitere Untersuchungen für andere Bundesländer könnten bei der Klärung dieses Sachverhalts helfen. Da sich die vorliegende Arbeit auch der Auswanderung nach Bezirken widmete, lassen sich gewisse Entwicklungen nachzeichnen. Dabei bestätigte sich die These, dass durch die massenhafte Arbeitslosigkeit in den Industrieregionen, die Auswanderung vorwiegend aus diesen Gebieten erfolgte. Der Bezirk Vöcklabruck und das Traunviertel waren bis auf den Bezirk Gmunden von der Abwanderung am stärksten betroffen. Aus dieser Region wanderten Personen aus den östlichen Bezirken größtenteils nach Brasilien, USA und Argentinien aus, westliche Gebiete bevorzugten hingegen den Kontinent und hier die Länder Deutschland, Rumänien und die Schweiz. In diesem Zusammenhang lässt sich in Bezug auf Gesamtösterreich ein gegenläufiger Trend für die außereuropäische Emigration aus Oberösterreich feststellen, denn an erster Stelle der Zielländer befand sich Brasilien und erst dann folgte das Immigrationsland USA. Aus zeitlicher Sicht heben sich die Jahre 1924 und 1925 für die Emigration aus Oberösterreich hervor, die in diesem Zeitraum ein Fünftel der gesamten Auswanderung aus Österreich ausmacht. Oberösterreich bewegt sich dennoch im Vergleich mit den anderen Bundesländern im Mittelfeld der Auswanderung insgesamt.

Anmerkungen:

- 1/ John, Michael: Arbeitslosigkeit und Auswanderung aus Österreich 1919–1937, in: Horvath, Traude/Neyer, Gerda (Hg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Wien 1996, S. 86–91.
- 2/ Österreichisches Wanderungsamt, Wochenbericht, 8. Jg. (1930), Nr. 14, S. 270a
- 3/ John: Arbeitslosigkeit, S. 86.

4/ Sonstiges Lateinamerika sind Paraguay (1.064 Personen), Uruguay (408), Chile (347), Peru (299), Bolivien (108), Kolumbien (238), Ecuador (193), Venezuela (208), Mexiko (293) sowie Kuba (89).

5/ Statistik Austria: Volkszählungsergebnisse 1923 nach politischen Bezirken, in: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerungsstand/index.html [13.3.2014].

6/ Stockinger, Josef: Zeit die prägt. Arbeiterbewegung in Steyr. Linz 1988, S. 109.

7/ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Landesregierung, Autonome Verwaltung 1926ff., Allg. Reihe, Abt. E, MF 8, Zl. 521.

8/ Ebd.

9/ Meixner: Auswanderung 110

10/ McLoughlin, Barry/Schafraneck, Hans/Szevera, Walter: Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945. Wien 1997, S. 615.

11/ OÖLA, BH Grieskirchen, I, Kt. 157: 1925, Abt. I 1, Zl. 169 Auswanderungsaktion nach Russland, Erlass.

12/ McLoughlin u.a.: Aufbruch, S. 82.

13/ Ebd. S. 73f.

14/ ÖStA/AdR, BKA/I, Wanderungsamt, 2236, Kt. 345–347: Wanderungsstatistik et al.

15/ Österreichische Quellen (ebd.) sprechen in diesem Zeitraum von lediglich 4.533 Personen. Eine genaue Aufschlüsselung nach Bundesländern ist demnach nicht möglich.

16/ Engelmann, Frederick (Hg.): A history of the Austrian migration to Canada. Ottawa 1996, S. 59f.

17/ ÖStA/AdR, BKA/I, Wanderungsamt, 2236, Kt. 262: Reisebureaus/Statistik; Zl. 50.555–13/25.

18/ Ebd.

19/ Sklavenhändler in Oberösterreich, in: *Volksstimme*, 14.2.1930, S. 4.

20/ Österreichisches Wanderungsamt, Wochenbericht, 8. Jg. (1930), Nr. 16, S. 310.

21/ Ebd.

22/ Sklavenhändler in Oberösterreich.

23/ OÖLA, BH Grieskirchen, Kt. 102, 1921, III 2, Zl. 7022, Auswanderung von Bergarbeitern nach Deutschland.

24/ ÖStA/AdR, BKA/I, Wanderungsamt, 2236, Kt. 347, Zl. 57759. Die Fragebogen der 16 Bergleute sind erhalten. Auch sie waren, so wie die meisten AuswandererInnen, relativ jung, alle bis auf einen waren unter 30.

25/ Ebd.

Auf der Donau in die Wachau

Das Schicksal zweier politischer Häftlinge von Stein: David Jetzt aus Donawitz und Theodor Kurtz aus Salzburg

ROBERT STREIBEL

Regelmäßig besucht David Jetzt aus Donawitz die Wachau. Das ist nichts Ungewöhnliches, denn der Steirer hat sich seinerzeit in ein Mädchen aus Aggstein verliebt. Und wenn die Marillen blühen oder die Marillen reif sind, dann zieht es die Familie wieder an die Donau. Dass David in einer ganz anderen Zeit auch hier gewesen ist, das ist seiner Enkeltochter Christine Kipper nicht bewusst, als sie auf einer Zille die Donau abwärts treiben. Es wird irgendwann in den frühen 1960er Jahren gewesen sein, als sie am Treppelweg neben der Donau einen Justizbeamten mit zwei Gefangenen sehen. „Der Großvater hat damals Smart geraucht und greift plötzlich in seine Jackentasche, fingert ein nicht geöffnetes Packerl heraus und wirft es direkt den zwei Gefangenen vor die Füße.“ Ratlosigkeit auf der Zille, die Großmutter tadelt den Großvater und herrscht ihn an, warum er das denn tue. An die Antwort kann sich Christa bis heute erinnern. „Ich weiß, wie wichtig Zigaretten sind, wenn man eingesperrt ist, und wie ich mich damals gefreut hätte, wenn mir einer ein Packerl hingeschmissen hätte.“

Sonst hat der Großvater nie über den Krieg gesprochen. Auch die Tochter von David Jetzt hat damals nicht viel über den Vater in der Schule gesagt. Der Vater ist eingerückt, das hat ihr die Mutter aufgetragen, erinnert sich Josefine Waidbacher. „Am Montag sind wir von der Lehrerin immer geprüft worden, und wir mussten wissen wie viele Bruttoregistertonnen deutsche U-Boote versenkt worden waren.“ Das war jedoch nicht ihr Krieg, und der Papa war nicht Soldat, sondern er saß im Zuchthaus Stein an der Donau. Direkt vom Hochofen in Donawitz wurde David Jetzt verhaftet, seine Frau war zu dieser Zeit mit der Tochter am Kirtag.

Nach dem Tode seines Vaters war David Jetzt im Alter von 13 Jahren gezwungen, die Schule zu verlassen und in der Alpine Montangesellschaft im Feinwalzwerk zu arbeiten. Er war zuerst als „Türlbua“ beschäftigt, d.h. er musste „bei einem Ofen die Türe zur Beschickung hochziehen und wieder schließen“. Bei seiner Verhaftung durch

die Gestapo am 9. Oktober 1941 arbeitete er im Feinwalzwerk.

Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat. Er hat Geld gespendet für die Armen. Dafür wurde er letztlich zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. „Politisch war er nie, er war Kommunist“, erinnert sich die Tochter von David Jetzt. In der Zwischenzeit ist Josefine Waidbacher auch schon 88 Jahre alt. Sie freut sich, dass jemand nach dem Vater fragt, und erzählt auch über die Zeit nach 1945. Ein sozialdemokratischer Betriebsrat hätte ihn gefragt, ob er nicht zu ihnen kommen wolle, da hätte er auch mehr verdient, aber das war nichts für ihn. „Er ist sich immer treu geblieben auch nach 1945.“

Wichtig ist für Josefine Waidbacher, dass man ein Mensch bleibt. Sie kann es in diesem jungen Jahr 2019 nicht verstehen, dass zum Beispiel ein Neujahrsbaby, weil es eine Ausländerin als Mutter hat, verächtlich gemacht wird, und es heißt „Unser Neujahrsbaby ist der Hendryk.“ Sie ist trotz allem Optimistin. Es hat auch unter den Bösen gute Menschen gegeben. Der Vater wurde beim Massaker in Stein im April 1945 durch einen SA-Mann gerettet. Manchmal hat er die Geschichte erzählt, wie der SA-Mann zu ihm sagte: „David komm her, ich versteck Dich“, und er hat ihn in der Kleiderkammer mit Uniformen zugedeckt. So hat David Jetzt aus Donawitz überlebt, so wurde er wenige Tage nach dem 6. April 1945 als Gefangener im Transportschiff bis nach Suben verbracht, und so kam es, dass er Jahre später mit der Zille die Donau wieder abwärts getrieben ist mit seiner Familie.

Im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* finden sich sowohl die Anklageschrift wie auch das Urteil gegen David Jetzt. Demnach begannen in den Hermann-Göring-Werken in Donawitz nach der Verhaftung von Mitgliedern und Funktionären der kommunistischen Organisation im Frühjahr 1940 mehrere Arbeiter, „einen neuen organisatorischen Zusammenhalt zu schaffen, indem sie unter den Arbeitern des Betriebes Mitgliedsbeiträge für die KP und Spenden für die Angehörigen verhafteter Kommunisten sammelten,

wobei insbesondere die Angehörigen der durch das damals anhängige Hochverratsverfahren betroffenen Parteigänger unterstützt werden sollten.“¹

Die Verhaftungswelle wurde offenbar durch eine Denunziation ausgelöst, denn der erste, der verhaftet wurde, war der Werksarbeiter August Gaisrucker, der wegen des Hörens ausländischer Sender bereits am 29. September 1941 in Haft kam. Die Verhaftungswelle für die insgesamt acht Angeklagten begann am 9. Oktober 1941, an dem Franz Strahovnik, David Jetzt und Gottfried Jantschgi in Untersuchungshaft kamen. Am Ende des Monats wurden Johann Hopf, Georg Raffer und Franz Prevorcic eingesperrt. Die letzten beiden, die verhaftet wurden, waren am 29. Oktober der Walzer Josef Salmun und der Kranführer Wilhelm Wickl, sie waren auch die einzigen, die im November aus der Schutzhaft entlassen wurden. Mit den gesammelten Beträgen wurden die Ehefrauen der verhafteten Kommunisten Hermann Poimer und Johann Stampfl unterstützt. Wer sonst noch unterstützt wurde bzw. was mit den gesammelten Beträgen noch passiert ist, kann offenbar nicht geklärt werden, da in der Anklageschrift betont wird, dass der Verbleib von 100 Reichsmark fraglich ist.

In der Anklageschrift gibt es Unklarheiten über den Beginn der Aktion. So wird einerseits betont, dass Wilhelm Wickl bereits im Jahr 1940 mit dem „hochverräterischen Unternehmen“ begonnen habe, wobei in der späteren Folge der Schlosser Franz Strahovnik als Katalysator genannt wird, denn er habe bereits im April 1940 mit der Sammlung von Beträgen begonnen. August Gaisrucker hat offenbar in den Verhören einen anderen Arbeitskameraden belastet, denn er verbreitete die Nachrichten über hohe Verluste der Wehrmacht an der Ostfront an einen Josef Tremmel und andere Arbeitskameraden, die ihm von einem Josef Krankenöhr erzählt worden waren. Gaisrucker ist auch der einzige, von dem es heißt, dass er geständig gewesen sei. „Die übrigen Angeschuldigten suchten ihre vor der Polizei abgelegten Geständnisse vor dem Ermittlungsrichter durch die Behauptung abzu-



David Jetzt

schwächen, ihre Leistungen seien lediglich für Angehörige armer Arbeitskameraden bestimmt gewesen.“ Das Verfahren gegen Krankenöhrl wurde abgetrennt, wobei keine weiteren Anhaltspunkte für seine Teilnahme an dieser kommunistischen Organisation gewonnen werden konnten.

Im Urteil des 7. Senats des Oberlandesgerichts Wien (Tagungsort Graz)² wurden Franz Strahovnik zu zwölf Jahren, Gottfried Jantschgi zu sieben Jahren, August Gaisrucker zu sechs Jahren, Franz Prevocic zu fünf Jahren und David Jetzt, Georg Raffer und Johann Hopf zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Josef Salamun wurde freigesprochen, und der Kranführer Wilhelm Wickl taucht in diesem Verfahren nicht weiter auf, da er zu diesem Zeitpunkt bereits zur Wehrmacht eingerückt war und damit „dem durch die Kriegsgerichte abzuführenden Kriegsverfahren unterworfen“ war.

Die Bedeutung von Geldsammlungen für die Solidaritätsorganisation *Rote Hilfe* wurde im Gerichtsurteil treffend zusammengefasst: „[...] die Unterstützung der Familienangehörigen bestärkt die Anhänger einer verbotenen Bewegung in ihrem Ausharren im revolutionären Kampfe, festigt ihre Gesinnungstreue, ist geeignet, die Gewinnung neuer Anhänger zu fördern und stärkt die finanzielle Kraft der Partei selbst.“

Da sich im Urteil auch kurze biografische Angaben zu den einzelnen Verurteilten finden, kann deren politische Herkunft rekonstruiert werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass außer August Gaisrucker und David Jetzt alle anderen vorher in der sozialdemokratischen Bewegung organisiert waren. Gaisrucker war politisch bis zu seiner

Verhaftung nicht in Erscheinung getreten. David Jetzt war in einem katholischen Burschenverein und später christlich organisiert und ab 1927 im Heimatschutz. Franz Strahovnik war bei den *Kinderfreunden* und ab 1923 bei der Sozialdemokratischen Partei, danach im Heimatschutz. Gottfried Jantschgi gehörte der SDAP ab 1922 an, Johann Hopf war ab 1924 in der SDAP, Georg Raffer war ab 1926 Mitglied dieser Partei. Franz Prevoric war bei den *Kinderfreunden*, der SAJ, dem Arbeiterturnverein und der SDAP.

Verhungert in Stein

Der in der Wachau lebende Ing. Otto Fuchsbauer, langjähriger sozialdemokratischer Gemeinderat in Rossatz, der auch mit der Familie von David Jetzt verwandt ist, hat den Verfasser auf die Geschichte dieses Stein-Häftlings aufmerksam gemacht. Wie es der Zufall will, stieß Fuchsbauer bei einem Spaziergang durch Salzburg vor Weihnachten auf einen Stolperstein, der an einen weiteren Häftling von Stein erinnert, der die Haft nicht überlebt hat. Die dortigen Angaben lauten: „Hier wohnte Theodor Kurtz, Jg. 1872, verhaftet am 22.11.1942 Zuchthaus Stein an der Donau. Tot 24.8.1943 im Zuchthaus.“

Theodor Kurtz war der Inhaber des Geschäfts „Zum Touristen“ in der Linzer Gasse 28.³ Er war Schneidermeister und besaß die Konzessionen für das Schneidergewerbe und den Handel mit Wäsche, Kleidern, Damen- und Herrenmoden. 1906 trat er zum altkatholischen Glauben über. Dass er mit einer Nichtjüdin verheiratet war, hat ihm während der NS-Zeit nicht geholfen. In einer Niederschrift hält Marie Kurtz, seine Ehefrau, fest, dass das Geschäft bereits seit März mit Hetzplakaten beklebt und beschmiert wurde und SS-Männer davor postiert waren. Im Zuge des Novemberpogroms wurde das Geschäft und die Wohnung am 10. November 1938 um halb fünf Uhr Früh total zerstört.

„Trotzdem, dass ich meinen Gatten nach Wien brachte, nutzte dies nichts, er wurde kurze Zeit darauf verhaftet und in das Landesgericht in Wien eingeliefert. Durch die großen Entbehrungen und Misshandlungen wurde er schwer krank. Er litt zeitlebens an Angina pectoris, Aortaentzündung und Herzerweiterung. Vom Landesgericht wurde er in die Strafanstalt Stein überführt. Dort starb er am 24.10.[recte 8.]1943 an Blutzersetzung und Unterernährung mit 26 kg. Sein Körpergewicht betrug vor der Ver-

haftung 72 kg. Mein täglicher Leidensweg war die Gestapo, wo man mir erklärte: „Nehmen Sie einen Besen und schauen Sie, dass Sie weiterkommen.““⁴

Anmerkungen:

1/ DÖW 40810, Anklageschrift gegen Franz Strahovnik u.a., 22.5.1942.

2/ DÖW 8558, Urteil des Oberlandesgerichts Wien gegen Franz Strahovnik und sieben weitere Angeklagte, 13.1.1943.

3/ Gert Kerschbaumer: Stolpersteine in Salzburg (http://www.stolpersteine-salzburg.at/de/orte_und_biographien?victim=Kurtz,Theodor [20.12.2018]).

4/ DÖW 17940, Niederschrift von Marie Kurtz, o.D.

15. März 2019, 19.00

VHS Hietzing

Hofwiesengasse 48, 1130 Wien

April in Stein – Απρίλιος στο Στάιν

Dieser Roman von Robert Streibel erzählt vom (Über-)Leben im Zuchthaus Stein an der Donau, von Zwangsarbeit und politischem Widerstand, vor allem aber erstmals vom Massenmord in Krems am 6. April 1945.

Unter den Opfern waren auch viele Griechen. Streibels Buch ist nun in griechischer Übersetzung im *Alfeios Verlag* in Athen erschienen.

Die Lesung auf Deutsch und Griechisch wird von einigen Musikstücken, gesungen von Yulie Perivolaki, umrahmt.

Es lesen: Robert Streibel, Dimitris Papaoikonomou. Der Verleger Kostas Anastopoulos (*Alfeios Verlag*) berichtet über die Reaktionen auf das Erscheinen des Buches in Griechenland.

Im Anschluss daran erfolgt die Eröffnung der Ausstellung

„Besetzt & jetzt“

Österreich und Griechenland: Ein Verhältnis zwischen Besetzung und Bürgerkrieg, zwischen Waldheim und Vergessen, zwischen Widerstand und Vertreibung. Eine Ausstellung von TeilnehmerInnen der 2018 stattgefundenen Studienreise „Die Geschichte der Linken 1941–1949. Nazibesatzung und Bürger*innenkrieg“ in Kooperation mit *present:history*.

15. März bis 24. April 2019

Zur Ausstellung: Sissi Luif (*present:history*), Ali Kohlbacher

Im Gedenken an Johann Koplenig

Am 13. Dezember jährte sich der Todestag des KPÖ-Vorsitzenden Johann Koplenig zum 50. Mal. „Kop“, wie er in der KPÖ genannt wurde, stammte aus einer armen Kärntner Familie. Von 1924 bis 1965 stand er an der Spitze der KPÖ, zunächst als „Reichssekretär“, ab 1945 dann auch formal als Parteivorsitzender. Mit dem Namen Johann Koplenig ist nicht nur die Geschichte der KPÖ aufs engste verbunden, sondern auch die Gründung der



Denkmal für Johann Koplenig vor dem Globus-Haus am Höchstädtplatz in Wien.

Zweiten Republik, deren Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 er als Vizekanzler der Provisorischen Regierung neben Staatskanzler Karl Renner und den Vertretern von SPÖ und ÖVP unterzeichnete. Alfred Hrdlicka hat dieses Dokument samt den Unterschriften als Bestandteil des Denkmals gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz in Stein gemeißelt.

Johann Koplenig war von 1945 bis zum Ausscheiden der Partei aus dem Parlament im Jahr 1959 Nationalratsabgeordneter der KPÖ. 1965 übergab er am 19. Parteitag die Führung der Partei an den damals 35-jährigen Franz Muhri. Zum Ehrenvorsitzenden gewählt, starb Koplenig am 13. Dezember 1968.

Die KPÖ kämpft seit vielen Jahren um eine offizielle Ehrung durch die Benennung eines öffentlichen Raumes nach Johann Koplenig. Möglicherweise ist dieser Kampf in nächster Zeit von Erfolg gekrönt. Die Brigittenauer Bezirksvertre-

tung hat im November mit den Stimmen der SPÖ und den Grünen einen Antrag angenommen, der vorsieht, die Fläche vor dem ehemaligen Globus-Haus am Höchstädtplatz, wo sich bereits seit 1988 ein Koplenig-Denkmal befindet, nach dem früheren KPÖ-Vorsitzenden zu benennen.

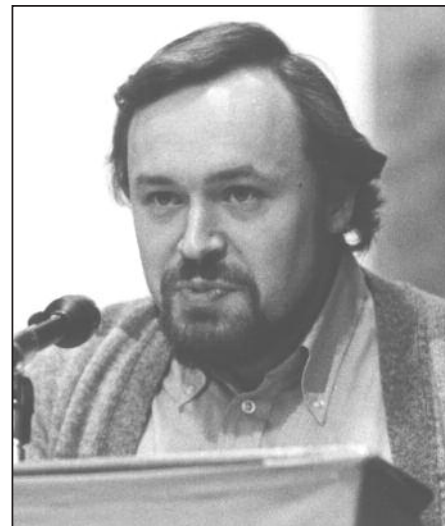
MICHAEL GRABER

Josef Ehmer 70 Jahre

Am 7. November feierte der Historiker Josef Ehmer seinen 70. Geburtstag. Ehmer gehört zu den renommiertesten deutschsprachigen Wirtschafts- und Sozialhistorikern. 1948 als Sohn kommunistischer WiderstandskämpferInnen in Gschwandt in Oberösterreich geboren, besuchte er in Gmunden das Gymnasium und studierte von 1968 bis 1976 Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. Ab 1978 war er zunächst Forschungsassistent und dann Universitätsassistent am dortigen Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Er war Gründungsmitglied des *Kommunistischen Studentenverbands* (KSV) und lange Jahre auch Mitglied der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ.

1989 habilitierte er sich mit einer Arbeit über den Zusammenhang von kapitalistischer Gesellschaftsstruktur und Heiratsverhalten im 19. Jahrhundert, wobei er einen Vergleich zwischen Industrieregionen Mitteleuropas und Englands zog. Damit war er in Österreich einer der Pioniere der historischen Demographie und der quantifizierenden Geschichtswissenschaft, die mit der statistischen Analyse von Massenquellen die Lebenswirklichkeit von Bevölkerungsgruppen erforscht.

1993 wurde Ehmer zum Professor für Allgemeine Neuere Geschichte an die Universität Salzburg berufen, wo er bis 2005 tätig war. Wer in dieser noch nicht von bildungspolitischer Mangelwirtschaft geprägten Zeit in seiner Abteilung arbeitete oder studierte, erinnert sich an weltoffene Diskussionsrunden, an Debatten über wissenschaftliche und politische Themen, und an eine Atmosphäre, die von Ehmers liebevoller und menschenfreundlicher Persönlichkeit geprägt war. 2005 wurde er Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2015 lehrte und forschte. Neben vielen anderen Ehrungen ist Ehmer Träger des Victor-Adler-Staatspreises für die Geschichte sozialer Bewegungen. Er ist Mitglied der wissen-



schaftlichen Kommission „Demographischer Wandel“ der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und Vorstand des *Edith Saurer Fonds zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Projekte*. Wir gratulieren – und wünschen viele weitere schaffensfrohe Jahre!

SABINE FUCHS/SIMON LOIDL

Georg Tidl: Frieden, Freiheit, Frauenrechte! Leben und Werk der österreichischen Schriftstellerin Marie Tidl. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2018, 274 S., 24 Euro

Der Historiker und Journalist Georg Tidl hat ein Buch über seine Mutter Marie Tidl herausgebracht. Marie Tidl, geb. Hofmann (1916–1995), war kommunistische Widerstandskämpferin, nach der Befreiung Mittelschulprofessorin, Funktionärin des *Bundes demokratischer Lehrer und Erzieher*, Historikerin und Schriftstellerin. 20 Jahre nach ihrem Tod begann Georg Tidl den umfangreichen Nachlass seiner Mutter aufzuarbeiten und entdeckte dabei zahlreiche Dokumente und Texte, die es erlauben, ein lebendiges Bild dieser vielseitig begabten und tätigen Frau zu zeichnen.

Die erste Hälfte des Buches nimmt die Biographie Marie Tids ein, die sich aus Briefen, Selbstzeugnissen, Erinnerungen und ergänzenden Kommentaren von Georg Tidl zusammensetzt. Die zweite Hälfte bildet eine Auswahl von Prosatexten und Gedichten aus den 1970er und 1980er Jahren. Marie Tids antifaschistisches Engagement, vor allem an der Universität Wien im Rahmen des *gemeinten Roten Studentenbundes*, dem kommunistische und revolutionär sozialistische Studierende angehörten, brachten ihr zwei Jahre Untersuchungshaft in Nazigefängnissen ein. Charakteristisch für Tidl und außergewöhnlich war die



Marie Tidl (1916–1995)

Art und Weise, wie sie die Zeit in der Haft nutzte. Sie ließ sich von ihrer Mutter, die ihr die Bücher ins Gefängnis brachte, an der Universität „vertreten“, sodass Marie ihre Dissertation fertig stellen konnte. Ihr Talent war dem bekannten Historiker Heinrich Srbik aufgefallen, der sie entsprechend seiner Möglichkeiten förderte und unterstützte.

Am 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, befand sich Marie Tidl in Spittal an der Drau, wo sie unterrichtete. Sie begann sofort, sich im Rahmen des Aufbaus einer demokratischen Verwaltung um die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern Zurückgekehrten und um Flüchtlinge zu kümmern, z.T. in Auseinandersetzung mit der britischen Besatzungsmacht. Im Leben Marie Tids spiegelt sich das Bemühen der KommunistInnen, am Aufbau eines demokratischen Österreich teilzunehmen. Nach

Wien zurückgekehrt, wirkte sie zunächst in der kommunistischen Studierendengruppe an der Universität Wien (der Vorläuferin der *Vereinigung demokratischer Studenten*), dann im *Bund demokratischer Lehrer und Erzieher*. Marie Tidl strebte nie eine höhere Parteifunktion an, sondern beteiligte sich über viele Jahrzehnte an ihrer Bezirksorganisation auf der Wieden. Sie kümmerte sich auch um eine überparteiliche Mittelschülerorganisation, offenbar die Vorläuferin des *Forums der Mittelschüler*, das in den 1960er Jahren existierte.

Mit Grete Schütte-Lihotzky, mit der sie befreundet war, organisierte Tidl die Urania-Filmveranstaltungen. 1966 erhielt sie den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien für den historischen Roman über 1848 „Sprich zu mir, Barbara“ und erneut 1993 für das Buch „Es brennt in der Au“ über Roma und Sinti. Trotzdem musste sie – wie viele andere kommunistische AutorInnen – die Erfahrung machen, dass es im Kalten Krieg fast unmöglich war, in bürgerlichen Verlagen zu publizieren. 1978 erschien ihr Buch „Die Roten Studenten. Dokumente und Erinnerungen 1938–1945“ in der Schriftenreihe des Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Im selben Jahr erhielt sie das Ehrenzeichen der Republik Österreich für Verdienste um die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Am Ende des Buches befindet sich ein Schriftenverzeichnis von Marie Tidl. Der Band reiht sich in die nunmehr schon große Zahl von Biografien ein, die in den letzten Jahrzehnten über kommunistische Persönlichkeiten erschienen sind.

MICHAEL GRABER

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ernst

Berger, Stefan Bollinger, Sabine Fuchs,

Winfried R. Garscha, Michael Graber,

Heimo Halbrainer, Rudolf Kropf, Simon

Loidl, Peter März, Manfred Mugrauer,

Robert Streibel, Ruth Wodak

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43–1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Vor hundert Jahren, am 3. November 1918, wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet. Sie ist damit die drittälteste kommunistische Partei der Welt und die älteste Partei Österreichs mit ungebrochener Kontinuität.

Hundert Jahre KPÖ bedeuten in erster Linie hundert Jahre aufrechten Gangs Hunderttausender Menschen durch die österreichische Zeitgeschichte. Wie mehr als 2.000 Abbildungen zeigen, waren die österreichischen KommunistInnen in Politikfeldern aktiv, die sich wie eine Konstante durch sämtliche Perioden der Parteigeschichte ziehen: in Betrieben und Gemeinden, sozialen Kämpfen, friedenspolitisch, frauenpolitisch und im antifaschistischen Kampf. Hinzu kommt ein „Internationalismus der Tat“, der für alle Phasen der KPÖ-Geschichte kennzeichnend ist. Die KPÖ war dabei nicht nur eine politische und soziale Emanzipationsbewegung, sondern auch eine Kulturbewegung.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Partei in Bewegung. 100 Jahre KPÖ in Bildern** Wien: Globus-Verlag 2018, 448 S., mit ca. 2.300 Abbildungen, 39,90 Euro Erhältlich beim Bundesvorstand der KPÖ (bundesvorstand@kpoe.at).

